Polizei auf verlorenem Posten – Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 38 – 25. September 2010

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Was haben die Landtage überhaupt noch zu sagen? Der Protest der Straße hat die SPD zum „Umdenken“ in Sachen Stuttgart 21 bewegt – für die Grünen ist so viel „Konsequenz“ ein Traum. Die CDU hat gut daran getan, hier fest zu bleiben.

Foto: Reuters

Der Entlastungsangriff

Merkel setzt überraschende Akzente bei Atomkraft und »Stuttgart 21«

Der Wahlerfolg einer nationalkonservativen Partei in Schweden hat bestätigt, wie groß der Druck von rechts ist, unter dem die CDU steht. Bundeskanzlerin Merkel hat nun überraschend zwei konservative „Duftmarken“ gesetzt.

Schon im Streit um die Restlaufzeiten der Kernkraftwerke hat Angela Merkel Profil gezeigt: Die deutliche Verlängerung zu recht günstigen Konditionen für die Energieversorger ist vernünftig, aber wenig populär. Bemerkenswert ist, dass die Kanzlerin damit dem FDP-Minister Rainer Brüderle einen Erfolg beschert hat, während gleichzeitig Umweltminister Norbert Röttgen von der CDU – an sich ein Vertrauter Merkels – eine herbe politische Niederlage einkassiert hat. Die Abfuhr für Röttgen ist umso erstaunlicher, als der momentan im innerparteilichen Wahlkampf um den Landesvorsitz in Nordrhein-Westfalen steht.

In genau dieselbe Richtung zielte Merkels völlig überraschende und temperamentvolle Parteinahme für das große Verkehrsprojekt „Stuttgart 21“ in der Haushaltsdebatte. Der Projektname täuscht etwas darüber hinweg, dass es hier um das Kernstück einer europäischen Hochgeschwindigkeitsstrecke von Paris bis Budapest geht, das für ganz Süddeutschland wichtig ist und überwiegend vom Bund finanziert wird.

> Im März geht es nicht nur für Mappus um die Wurst

In beiden Fällen hat die Kanzlerin gegen den Ruf der Straße und für die ökonomische Vernunft entschieden. Schon deswegen waren diese Entscheidungen eine Geste an die Konservativen, denen es zuwider ist, wenn Ideologen über die Energiepolitik entscheiden und wenn Demonstranten meinen, rechtmäßig von Parlamenten beschlossene und von Gerichten geprüfte Großprojekte gleichsam mit der Trillerpfeife stoppen zu können.

In beiden Fällen hat Merkel zudem große Anliegen der Südwest-CDU und ihres Ministerpräsidenten Stefan Mappus erfüllt. Baden-Württemberg nutzt die Kernkraft ziemlich intensiv und es zahlt mächtig drauf für die Subvention an Kohle, Wind und Sonne in anderen Bundesländern. Das Interesse an Stuttgart 21 ist sowieso klar. Die Südwest-CDU vertritt das Projekt auch gegen die Stimmung des Augenblicks offensiv im laufenden Landtagwahlkampf.

Bei dieser Wahl geht es Ende März 2011 nicht nur für Mappus, sondern auch für Merkel um Kopf und Kragen. Momentan stehen CDU und FDP im Südwesten zusammen bei 40 Prozent – in einem Land, in dem die CDU jahrzehntelang mit absoluter Mehrheit regiert hat. Dagegen kommen Grüne und SPD auf 48 Prozent, wobei die Grünen zuletzt auf 27 Prozent geklettert sind. Ein Verlust der Macht im Südwesten, womöglich an eine Koalition unter grüner Führung, wäre für die CDU ein Schock. Merkel hat sich nicht zuletzt deswegen mit den genannten zwei Projekten für den Südwesten engagiert. Ob ihr das auch in der bedrückenden Zuwanderungsfrage Entlastung bringt, ist indes völlig offen (siehe Kommentar Seite 8).

Konrad Badenheuer

Wilhelm v. Gottberg:

Schöne Bescherung

Die verstaatlichte Immobilienfinanzierungsbank Hypo Real Estate (HRE) kommt nicht aus den Schlagzeilen. Erst in der vorigen Woche berichtete die *PAZ* über die Gewährung einer weiteren Bürgschaft in Höhe von 40 Milliarden Euro an die Bank. Wann endlich kommt die ganze Wahrheit über diese marode Pleitebank auf den Tisch? Die Politik ist gefordert, denn die Bank gehört dem Staat.

Nun ein weiterer Skandal aus dem Haus HRE. 25 Millionen Euro Boni hat die Bank an ihre Mitarbeiter zuletzt ausgeschüttet. Dies vor dem Hintergrund, dass die HRE 2009 2,2 Milliarden Euro Verlust eingefahren hat und der Bund nun insgesamt mit 142 Milliarden Euro für die Bank bürgt. Wer hat das zu verantworten? Eindeutig, es liegt ein Versagen der Politik vor. Das Schäuble-Ministerium ist zuständig. Zahlreiche Unternehmen in Deutschland sind in den vergangenen Jahren notleidend geworden. Um den Konkurs abzuwenden, haben die Mitarbeiter auf Zuschläge, Weihnachtsgeld, Tariferhöhungen verzichtet, oder durch Kurzarbeit Gehaltsabschläge hingenommen. Die Karstadt-Mitarbeiter haben – natürlich im eigenen Interesse – einen signifikanten Beitrag zum Überleben ihres Unternehmens beigesteuert. Hätte man das nicht auch von den Mitarbeitern der HRE erwarten müssen?

Die Boni haben auch hochbezahlte Führungskräfte mit Jahresgehältern jenseits von 100 000 Euro erhalten. Es sind zum Teil die Mitarbeiter, die vor Jahren mit riskanten Bankgeschäften die HRE in Schieflage gebracht haben. Dafür gibt es nun Boni. Deutsche Realität im Jahre 2010.

Neues von Gabriel

Integrationsunwillige »können nicht in Deutschland bleiben«

Eben erst hatte SPD-Chef Sigmar Gabriel in der „Zeit“ noch zu erklären versucht, warum Thilo Sarrazin auf keinen Fall SPD-Mitglied bleiben könne: Mit selektiv ausgewählten und arrangierten Zitaten aus dessen 460 Seiten starkem Buch rückte Gabriel Sarrazin in die Nähe von Rassisten und schmähte ihn so nebenbei als „Hobby-Darwin“ und Eugeniker. Doch die als „Anklage“ bezeichnete Polemik geriet mehr als einseitig. Die „Zeit“ sah sich nach massiven Protesten gezwungen, die Überschrift „Anleitung zur Menschenzucht“ zu verändern.

Auch Gabriel selbst wollte schon am Sonntag von seinen am Mittwoch veröffentlichten Worten offenbar nicht mehr viel wissen. In „Spiegel Online“ zog er in einer Weise gegen integrationsunwillige Zuwanderer vom Leder, für die es bei Sarrazin keine Parallele gibt.

> Plötzlich schärfer als der verhasste Sarrazin

„Wer auf Dauer alle Integrationsangebote ablehnt, der kann ebenso wenig in Deutschland bleiben wie vom Ausland bezahlte Hassprediger in Moscheen“, polterte Gabriel. Zwar müssten Förderangebote für Immigranten ausgeweitet und mehr Ganztagsschulen eingerichtet werden, aber: Wer seine Kinder nicht regelmäßig und pünktlich in die Schule schicke, „dem schicken wir die Polizei vorbei und der zahlt auch empfindliche Bußgelder“. Dies müsse für Deutsche und Immigranten „gleichermaßen“ gelten, ließ Gabriel durch die Blume erkennen, wen er vor allem im Sinne hatte. Wie ein schwarzer Scheriff sprach er sich auch für „deutlich mehr polizeiliche Präsenz“ in Kriminalitätsbrennpunkten aus. „Das Sicherheitsgefühl der Deutschen ist auch etwas, vor dem man Respekt haben muss.“ – Hört, hört: der „Deutschen“, nicht der „Bürger“ oder der „Menschen“. Zur Erheiterung des Publikums grenzte Gabriel sich bei dieser Gelegenheit von Sarrazin erneut „scharf“ ab. *K.B.*

»Paradigmenwechsel«

Am Sonntag diskutiert das Bundeskabinett neue Hartz-IV-Sätze

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen macht es in der aktuellen Debatte zur Festlegung neuer Hartz-IV-Sätze „spannend wie bei der Lottofee“ („taz“). Häppchenweise wirft sie Begriffe wie „Bürgergeld“ oder „Bildungschipkarte“ in die Manege, ohne konkret zu werden. Die Opposition beißt reflexartig an.

Am Montag legte die CDU-Politikerin ihren Gesetzesentwurf vor. Geplant ist, die Sätze der rund 6,5 Millionen Hartz-IV-Empfänger im Land an Preis- (70 Prozent) und Lohnniveau (30 Prozent) zu koppeln. Bislang orientierte sich die Gesetzgebung an der Rentenentwicklung zum 1. Juli eines Jahres. Im Endeffekt ist nun jährlich mit leichten Erhöhungen zu rechnen. FDP-Chef Guido Westerwelle drängte laut „Bild“ darauf, monatlich die 400 Euro-Marke (heute 359 Euro) nicht zu übersteigen. Kommenden Sonntag will man sich in einer Kabinettssitzung einigen, am 20. Oktober soll ein gemeinsamer Entwurf beschlossen werden.

> Opposition warnt vor »Schein-Erhöhung«

Die Opposition rügt die „Schein-Erhöhung“. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil warnte von der Leyen, durch Kürzungen an anderer Stelle „Tricks anzuwenden, um die Regelsätze künstlich niedrig zu halten“. Jürgen Trittin (Grüne) warf der Ministerin vor, sich vor der Frage nach der tatsächlichen „Grundhöhe“ zu drücken.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im im Februar geurteilt, dass die bisherigen Sätze neu zu regeln seien. Bis Ende des Jahres muss die Bundesregierung ein Gesetz vorlegen, das auch den von der Opposition dominierten Bundesrat passieren kann. Hier sieht man im Karlsruher Urteil ein „Paradigmenwechsel für die Politik“ (Heil) und kramt für die erwünschte Generaldebatte um Existenzminimum und Grundsicherung schon die alten Mindestlohnpläne wieder aus dem Köcher. *Carlo Clemens*

MELDUNGEN

Neues *PAZ*-Gewinnspiel

Hamburg – Die meisten neuen Abonnenten lesen die *Preußische Allgemeine Zeitung* zunächst vier Wochen kostenlos zur Probe. Weil das so ist und weil wir glauben, neue Leser mit dem Blatt selbst am besten überzeugen zu können, werben wir nun erstmals um Probeleser: Schicken Sie uns Adressen von Personen ein, die die *PAZ* gerne vier Wochen lang kostenlos zur Probe lesen wollen – gern auch ihre eigene. Die benannten Interessenten dürfen in den vergangenen zwölf Monaten die *PAZ* weder kostenlos zur Probe noch als Abonnent bezogen haben. Einsender nehmen mit der Zahl der eingeschickten (und überprüften) Adressen an der Verlosung teil. Der Hauptpreis sind 500 Euro, der zweiten und dritte Preis 350 und 100 Euro. Vierter bis 20. Preis ist das Buch von Alfred de Zayas: „50 Thesen zur Vertreibung“. Einsendeschluss ist der 1. November (Eingang in der Redaktion). Wie immer können Mitarbeiter von *PAZ* und LO nicht teilnehmen, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. *PAZ*

Steinbach rudert zurück

Berlin – BdV-Präsidentin Erika Steinbach hat ihre umstrittene Äußerung über den früheren polnischen Außenminister Wladislaw Bartoszewski („Ein schlechter Charakter, ohne Wenn und aber“) zurückgenommen. Die Wortmeldung, für die kein aktueller Anlass erkennbar war, war vielfach auf Unverständnis gestoßen, auch LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg hatte sie als „politisch einfach nicht klug“ zurückgewiesen. Viele Medien nahmen den Vorgang dennoch zum Anlass, an die zahlreichen unversöhnlichen und polemischen Äußerungen Bartoszewskis zu erinnern, selbst das Magazin „Spiegel“. *K.B.*

Die Schulden-Uhr:

Zu hohe Ausgaben

Das Institut der deutschen Wirtschaft bewertet die Sparanstrengungen des Bundes als zu gering. „Ohne ein zweites Sparpaket wird der Bund sein Schuldenproblem langfristig nicht lösen können“, warnt IW-Direktor Michael Hüther. Für ihn verlässt sich der Staat zu sehr auf wachsende Staatseinnahmen aufgrund einer besseren Konjunktur. Dabei seien steigende Einnahmen keineswegs eine Garantie für sinkende Schulden. Er verweist darauf, dass die Steuereinnahmen des Staates sich in den vergangenen 47 Jahren 39-mal erhöht haben, der Schuldenberg trotzdem immer weiter anwuchs. So ist die deutsche Wirtschaftsleistung seit 1970 um 560 Prozent gestiegen, doch die Ausgaben des Staates stiegen im selben Zeitraum um 1000 Prozent. *Bel*

1.713.771.431.005 €

Vorwoche: 1.711.646.530.448 €
Verschuldung pro Kopf: 20 964 €
Vorwoche: 20 938 €

(Dienstag, 21. September 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Den ganzen Blick verhindern

Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« kämpft gegen Kritiker, die die Wahrheit selektieren wollen

Vergangenen Sonnabend hat der Direktor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Manfred Kittel, auf einer Tagung in Berlin „einige der Grundüberlegungen“ vorgestellt, die seine Stiftung zum Konzept der Ausstellung und Dokumentation erarbeitet hat.

Es kristallisiert sich immer mehr heraus, dass die Vertriebenen ihr Ziel auf Anerkennung des an ihnen begangenen Unrechts selbst bei größter Konzessionsbereitschaft nicht werden erzielen können. Die Einsicht in diese für viele Vertriebene desillusionierende Tatsache bietet vielleicht auch eine plausible Erklärung für das sogenannte skandalöse Verhalten ihrer Präsidentin Erika Steinbach.

Diese Grenzen der Interessensvertretung deutscher Vertriebener zeigen sich auch im politischen Streit um Manfred Kittels Vorstellungen von einer Konzeption für das Ausstellung- und Dokumentationszentrum der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ (SFVV) in Berlin. In einem Redebeitrag auf einer Tagung zum Thema „Flucht, Vertreibung, ‚ethnische Säuberung‘ – Eine Herausforderung für Museums- und Ausstellungsarbeit weltweit“ hat Professor Kittel einen Einblick in diese Vorstellungen gewährt.

Obwohl Kittel als Direktor des SFVV die geschichtspolitischen Spielregeln dieser Republik bestens beherrscht und mit viel Elastistizität wie Flexibilität versucht, ihnen Rechnung zu tragen, entgeht er doch nicht der Kritik von Vertreibenenseite. Dabei verweist Kittel darauf, dass von Vertriebenenseite bereits der Anspruch auf Singularität der an ihnen begangenen Verbrechen aufgegeben wurde. Doch selbst das Zugeständnis (sind nicht alle historischen Ereignisse einmalig und in diesem Sinne auch singulär?) von Vertriebenenseite, dass in dem ihnen zugestandenen sogenannten sichtbaren Zeichen auch das Leid anderer Vertriebener thematisiert wird, stellt die Kritiker nicht ruhig, weil die Vertreibung der Deutschen alleine durch die Zahl ihrer 14 Millionen Opfer hervorsticht. Zum Vergleich: Im Zweiten Weltkrieg wurden – laut Kittel – „über eineinhalb Millionen Polen seit September 1939 durch das nationalsozialistische Deutschland“ vertrieben.

Das ist ungefähr ein Neuntel, nach anderen Quellen sogar eher ein Fünfzehntel; vor allem aber: Diese Menschen sind nach 1945 in völligem Kontrast zu den deutschen Vertriebenen in Heimat und Eigentum zurückgekehrt. Da sich das an den Ost- und Sudetendeutschen begangene Unrecht also auch durch Verweis auf andere Vertreibungen gerade nicht relativieren lässt, wird von den Kritikern des BdV nun Zweierlei gefordert. Zum einen müsse die Vertreibung der Deutschen intensiv mit dem Hinweis verbunden werden, dass sie ja nicht so schlimm wie der von Deutschen verübte Genozid gewesen sei. Zum anderen aber soll die Schuld der für die Vertreibung Verantwortlichen im Grunde rundheraus geleugnet werden, indem einseitig der deutsche Nationalsozialismus zur „letzten Ursache“ auch der Vertreibung der Deutschen stilisiert wird.

> Darf die Ausstellung 1915 beginnen – oder muss es 1933 sein?

Vehement wird dabei gegen Kittels Vorschlag angegangen, die Ausstellung chronologisch mit dem Ersten Weltkrieg beginnen zu lassen, den der Stiftungsdirektor aus guten Gründen als „‚Katalysator‘ für ‚ethnische Säuberungen‘“ bezeichnet.

Die Absicht der Kritiker ist klar: Die fragwürdige These, dass die Vertreibung der Deutschen eine nachgerade unvermeidliche Folge des Zweiten Weltkriegs gewesen sei, ist ja nur dann aus Vertreibersicht zielführend, wenn der Besucher der Ausstellung und Dokumentation nicht im Analogieschluss auf die naheliegende Idee kommt, dass dann ihrerseits die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg eine Folge des Versailler Vertrages und des an Deutschen in der Zwischenkriegszeit verübten Unrechts sein könnten.

Zudem bergen Informationen über Vertreibungen in der Zwischenkriegszeit – etwa an Griechen oder eben auch an Deutschen – die Gefahr, dass der Besucher auf die Idee kommen könnte, dass die Vertreibung der Deutschen um 1945 zumindest nicht alleine mit der NS-Herrschaft zu erklären ist, sondern auch mit Phänomenen, die es schon vor den Nationalsozialisten gab. Wenn dann noch jemand darauf hinzuweisen wagt, dass es neben den Vertreibungen von Deutschen in der Zwischenkriegszeit auch schon lange vor 1933 in Polen und der Tschechoslowakei Gedankenspiele und auch Planungen für Bevölkerungsaustausche und auch große Vertreibungen gab, wie sie dann um 1945 traurige Realität wurden, ist die Entrüstung auf Seiten der politischen Gegner der deutschen Vertriebenen und des geplanten Zentrums in Berlin perfekt.

Alle dieser Argumente werden von den Kritikern des Zentrums verständlicherweise kaum je so artikuliert. Sie prägen aber deren Denken, wie auch das Gegenkonzept zu Kittels Grundüberlegungen erkennen lässt, das bezeichnenderweise schon gut eine Woche vorher präsentiert wurde.

Museumsdidaktisch will man in dreierlei Weise vorgehen: Das „Rückgrat der Ausstellung“ soll ein chronologisch angelegter Rundgang bilden, „der den für Zwangsmigration im 20. Jahrhundert zentralen politischen Ereignissen“ folgt. „Einen zweiten Zugang zum Thema sollen Fallstudien zu einzelnen Regionen und Orten bilden, die in den chronologischen Rundgang eingebettet werden.“ „Einen dritten Erzählmodus“ soll dann die „Ebene der persönlichen Erlebnisse und ihrer späteren Verarbeitung“ bilden.

Nachdem Kittel am Sonnabend nun, wie er selber es formulierte, „einige der Grundüberlegungen“ vorgestellt hat, welche die SFVV zur Konzeption der Ausstellung und Dokumentation erarbeitet hat, muss diese Konzeption laut Stiftungsgesetz als erstes dem Stiftungsrat präsentiert werden, der voraussichtlich am 25. Oktober das nächste Mal tagen wird, um anschließend im Wissenschaftlichen Beraterkreis weiter diskutiert und entwickelt zu werden. *Manuel Ruoff*



Manfred Kittel vertraut auf erfolgreiche Vorbilder: Schon das vom Bund der Vertriebenen geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ begann in seiner ersten Ausstellung mit dem frühen 20. Jahrhundert. Bild: epd

Tandem gerät aus dem Tritt

Schlammschlacht gegen Luschkow stellt Medwedews Macht auf die Probe – Putin schweigt

Das Regierungstandem Medwedew/Putin hatte wohl nicht damit gerechnet, dass eine Medienkampagne gegen Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow zur Machtfrage und zum verfrühten Präsidentenwahlkampf führen würde. Immer offener wird über Wladimir Putins Rückkehr ins Präsidentenamt 2012 spekuliert. Bis kurz vor der Wahl wollen beide Politiker sich bedeckt halten und die Regierungsgeschäfte in gewohnter Aufteilung fortführen.

Während Medwedew und Putin sich bemühen, nach außen den Schein des gut funktionierenden Tandems aufrechtzuerhalten, berichten Kremlinformanten jedoch von einem sich immer weiter zuspitzenden Machtkampf im Inneren. Ausgelöst hat ihn der schillernde Oberbürgermeister mit der Schiebermütze. Es heißt, Medwedew versuche bereits seit langem, Luschkow loszuwerden, unter dessen seit 18 Jahren währender Leitung die Korruption in der Hauptstadt seltsame Blüten trieb. Insbesondere soll Luschkows Ehefrau, Jelena Baturina, Inhaberin einer Baufirma, von der Protektion ihres Mannes profitiert haben. Sie ist heute mit über zwei Milliarden Euro die reichste Frau Russlands. Der Präsident rügte Luschkow, als dieser seinen Urlaub während der Torfbrände im August nicht unterbrach. Der ließ das nicht auf sich sitzen und schmähte den Präsidenten öffentlich wegen dessen Nachgiebigkeit gegenüber der Opposition. Medwedew ließ den Bau der Autobahn von Moskau nach St. Petersburg stoppen, nachdem Umweltschützer die geplante Trasse durch den Chimki-Wald vehement mit Sitzstreiks und Besetzung der Baumaschinen bekämpft hatten. Medwedew ordnete die Prüfung von Alternativen an. Den Auftrag zum Bau der Autobahn hat „Inteko“, die Firma Baturinas, inne.

> Nach außen Einigkeit, im Innern Kämpfe

Laut Gesetz hätte Medwedew Luschkow längst absetzen können, denn wie die Gouverneure ernennt der Präsident auch den Moskauer Oberbürgermeister. Oppositionspolitiker glauben jedoch, dass Medwedews Macht für eine solche Entscheidung nicht ausreiche. Der Kreml holte auf alterprobte Weise zum Schlag gegen Luschkow aus: In mehreren regierungsnahen TV-Sendern liefen eiligst zusammengeschusterte Dokumentarfilme über das Bürgermeisterpaar. Im Stil des „Kompromat“ der 90er Jahre wurde kompromittierendes Material über Jurij Luschkow und seine Frau ausgestrahlt, eine gnadenlose Abrechnung. Neben seiner Abwesenheit während der Brandkatastrophe wird Luschkow vorgeworfen, einem befreundeten Honigproduzenten 6,6 Millionen Euro und Brandopfern nur 2,7 Millionen Euro Nothilfe gezahlt zu haben, und Filetgrundstücke der Stadt erhielte stets die Firma seiner Frau. Für das Verkehrschaos auf Mos-kaus Straßen sei er ebenfalls verantwortlich, weil nur die Stadtteile gut ausgebaut würden, in denen Frau Baturina baut. Diese Schmutzkampagne ist untypisch für den liberalen Medwedew und hätte für ihn leicht zum Bumerang werden können. Obwohl 65 Prozent der Moskauer Luschkow für korrupt halten, würden 56 Prozent ihn bei einer Wahl unterstützen. Er ist Mitbegründer der Regierungpartei „Einiges Russland“. 1999 wollte er selbst für das Präsidentenamt kandidieren, doch als Putin an die Macht kam, zog er sich unter dessen Schutz zurück. Seitdem schaltet und waltet Luschkow in Moskau, wie es ihm beliebt. Diesmal hält Putin sich jedoch zurück. Auf einem Parteitreffen in Nischnij Nowgorod lehnte er jeden Kommmentar ab. Putin reist weiter durch das Land und gibt sich volksnah als Garant für Sicherheit. Mal über Brandherde fliegend, mal als Fahrer eines quietschgelben Sportwagens aus der Produktion des Lada-Werks in Togliatti.

> Kreml bedient sich des »Kompromat«

Noch hält das Tandem den Reibereien, die innerhalb der Partei in Kreml und Regierung toben, stand. So sollen Medwedew und Putin sich geeinigt haben, Luschkow bald abzusetzen. Da dieser sich zur Zeit in Österreich aufhält, wo seine Frau ein großes Anwesen besitzt, kamen Gerüchte über seine Flucht auf. Als Nachfolger wird bereits Krisenminister Sergej Schojgu gehandelt. Die Medienkampagne passt eher zu Putin, der einen langjährigen Mitstreiter fallen lässt, um die Destabilisierung der Macht zu verhindern. Als Garant für Stabilität könnte er Medwedew als Präsident ablösen. *M. Rosenthal-Kappi*

Egon Klepsch gestorben

Mit großer Trauer haben viel Vertriebene die Nachricht vom Tod des sudetendeutschen Europapolitikers Egon Klepsch (CDU) aufgenommen. Der 1930 im böhmischen Tetschen-Bodenbach Geborene wurde zunächst in die Sowjetzone vertrieben, wo er in Magdeburg Abitur machte und in Rostock Geschichte und Geographie studierte. Nach Übersiedlung in den Westen promovierte er 1954 in Marburg. Schnell machte Klepsch in der CDU Karriere: Von 1963 bis 1969 war er Bundesvorsitzender der Jungen Union, 1965 war er zeitweilig Organisator des Wahlkampfes von Ludwig Erhard im Bundeskanzleramt. Ab 1964 engagierte er sich auf europäischer Ebene. Von 1965 bis 1980 gehörte er dem Bundestag an, von 1973 bis 1994 dem Europäischen Parlament – die gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden Parlamenten war damals noch möglich. Von 1977 bis 1982 und 1984 bis 1992 war Klepsch Vorsitzender der EVP-Fraktion und erwarb sich dabei große Verdienste darum, aus der Straßburger Versammlung nach und nach ein echtes Parlament zu machen. Von 1992 bis 1994 war Klepsch Präsident des Europäischen Parlaments, seine sudetendeutschen Wurzeln hat er zeitlebens nie vergessen. *K.B.*

Und überall war Osten

Von JEAN-PAUL PICAPER

Die Giraffe war das erste, was ich von Berlin erblickte, als ich dort im Oktober 1959 als Stipendiat der Freien Universität ankam. Nach 51 Jahren hängt diese Tierfigur in Großformat noch am Gebäude gegenüber dem Bahnhofsausgang Zoologischer Garten. War Berlin denn ein Zoo, wunderte sich der ankommende französische Student. Dabei waren die Einwohner der ehemaligen Reichshauptstadt noch nicht wie Affen im Käfig hinter der Mauer eingesperrt. Aber Tiere gab es schon reichlich: Füchse und Hasen, Eichhörnchen, die einem im Charlottenburger Park frech am Hosenbein hochkletterten. Ganz normal, denn Berlin wurde als Stadt „auf dem Land" beziehungsweise „im Wald" gebaut. Dennoch tauchten wir damals auch in den westlichen Sektoren in Lysol- und Braunkohleduft ein, wenn der Wind der russischen Steppe über die Stadt wehte. Dieser Geruch ist in manchen Treppenhäusern der Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee, früher Stalinallee, als Fossil erhalten geblieben. Heute ist Berlin sonst die grünste Stadt Europas. Echt „öko" dank der Abgasniedrigkeitszone und der Pflanzenvielfalt bis in den Stadtkern.

Vor August 1961 war Berlin ein großes, nach allen Seiten offenes Floß auf dem roten Sowjetozean. Es konnte jederzeit auseinanderbrechen. Es war auch die einzige Stadt der Welt, wo in allen Himmelsrichtungen Osten war. Ich erhielt aber Orientierungshilfe und verknallte mich gleich in diesen politischen Mikrokosmos. In einem knatternden Goggomobil fuhren mein Kommilitone und ich durch das Brandenburger Tor in den Sowjetsektor hinein und speisten dort mit im Westen illegal getauschtem DDR-Geld (1 zu 5 oder 6, statt 1 zu 1) in Ost-Berlins Vorzeigeestaurant „Ganymed" zu Preisen wie in der Mensa. Es war unsere Art, der DDR-Wirtschaft zu schaden. Das Risiko war groß, aber es schmeckte.

Das Virus der Gelbsucht, medizinisch Hepatitis, bot mir kurz nach meiner Ankunft die Chance, die Frontstadt Berlin aus der Froschperspektive kennenzulernen. Unter dem Verdacht, Opfer des französischen Alkoholismus zu sein, wies mich der Studentenarzt ins Auguste-Viktoria-Krankenhaus ein, wo mich im Vorzimmer ein Schild mit den Worten: „Humor ist, wenn man trotzdem lacht", empfing. Ich fand seitdem keine bessere Definition des Berliner Humors, dieser Mischung aus Fatalismus und Zynismus. Ich verbrachte sieben Wochen im Gemeinschaftsraum dieser Klinik mit waschechten Berliner Proletariern. Mein Bettnachbar links empfing seine Besucher mit den Worten „Die Erbschleicher kommen". Ein anderer Betnachbar war mit unserem Essen nicht zufrieden. „Det schmeckt wie Laterne unten", pflegte er zu sagen. Nach zirka 15 Tagen dort beherrschte ich einigermaßen den Berliner Dialekt. So wurde ich Berliner und beschloss, es lebenslänglich zu bleiben.

Polizei auf verlorenem Posten

Selbst erwischte Autobrandstifter müssen kaum mit Strafe rechnen



Immer wieder nimmt die Polizei mutmaßliche Autobrandstifter fest. Doch die Beweisanforderungen vor Gericht sind schwer zu erfüllen: Der Kreuzberger Sami Aydoglu vor seinem in der Nacht angezündeten Wagen

Bild: imago

Rund 300 politisch motivierte Autobrandstiftungen hielten 2009 allein in Berlin die Menschen in Atem. Inzwischen hat die juristische Aufarbeitung der nächtlichen Attacken begonnen. In Berlin steht ein 25-jähriger Niederländer vor Gericht.

Der Fall zeigt: Die Justiz tut sich nicht nur angesichts der Beweislage enorm schwer, Urteile zu fällen. Die Polizei kämpft indes mit falschen Vorgaben und unter wachsendem Sparzwang weiter.

Im März sprach das Berliner Landgericht einen 23-Jährigen frei: „Die Beweise reichen bei weitem nicht aus", so die Richterin. Laut Staatsanwaltschaft hatten der Angeklagte und sein mutmaßlicher Komplize Lampenöl an der Kleidung, sie sahen sich am Tatort nervös um und wechselten die Kleidung. Doch Hinweise auf Brandbeschleuniger waren letztlich nicht zu ermitteln – Freispruch.

Der nun angeklagte Niederländer soll im Juni 2009 in Berlin-Kreuzberg ein Oberklasse-Auto angezündet haben. Auch bei ihm fanden Zivilfahnder nach der tatnahen Verhaftung verdächtige Spuren an der Kleidung: Grillkohleanzünder. Er versuchte noch, sie abzuwischen. Doch eine Verurteilung ist auch hier unwahrscheinlich. Ein erstes Verfahren war vom zuständigen Amtsgericht gar nicht erst eröffnet worden. Nun sitzt der Verdächtige ein zweites Mal in Untersuchungshaft – auf Beschwerde des Staatsanwalts. Der wolle unbedingt „ein Exempel statuieren", wirft ihm der Beklagte vor. So könne es nicht angehen, dass er verurteilt werde, nur weil er „in einem Haus ohne Heizung" lebe. Deshalb habe er Grillanzünder bei sich gehabt – im Juni: Berlin war mit durchschnittlich 18,5 Grad vergangenen Sommer das wärmste Bundesland.

Auch Hamburg ist von Brandanschlägen betroffen. Joachim Lenders, der dortige Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), sagte dieser Zeitung zur rechtlichen Aufarbeitung der Fälle: „Abenteuerliche Ausreden, warum man mit Brandbeschleuniger in Tatortnähe angetroffen wird, sind keine Seltenheit, führen aber leider nicht automatisch zu einer Verurteilung. Dann lautet es leider wieder: im Zweifel für den Angeklagten, selbst wenn seine Version wenig glaubhaft ist."

Sparzwang: Kaum noch Beamte gehen Streife

Es gibt sie, die Festnahmeerfolge, so jüngst beim bekannten Hamburger Schanzenfest. Auf Spurensicherung legen die Beamten großen Wert. Nicht deren Ausbildung, sondern ihre geringe Zahl behindert den Kampf gegen die Feuerleger: „Wir haben ein grundsätzliches Personalproblem. Überall fehlen Beamte – das eigentliche präventive Streifefahren wird immer weniger möglich. Wir werden zu einer reinen Einsatzpolizei. Ich will damit sagen, dass wir häufig von Einsatz zu Einsatz fahren, aber nicht mehr wirklich Streife. Das wissen natürlich auch die Täter", so Lenders.

Die für die Sonderkommissionen (Sokos) gegen Autobrandstiftung nötigen Beamten müssen anderswo abgezogen werden. Berlins Polizisten stehen vor ähnlichen Problemen. Bodo Pfalzgraf, Berlins DPolG-Landesvorsitzender, ist Spezialist in Fragen der Ausstattung der Polizei und der Prävention: „Wir befinden uns auf dem Weg dahin, dass uns das Kiez-Wissen verlorengeht – die Kontaktbereichsbeamten können wegen anderer Dienste nicht mehr wie früher vor Ort sein."

In der Hauptstadt erschwert nicht nur der Zwang, Brandstifter quasi auf frischer Tat zu ertappen, die Lage. „Politisch motivierte Autobrandstiftungen haben wir in Berlin dieses Jahr bisher rund 50 gehabt – die Medien berichten darüber nicht mehr so sehr", so Pfalzgraf. Obwohl teils Lebensgefahr besteht, drohen die Fälle Alltag zu werden. Der Schaden trifft Bürger ohne Vollkasko-Schutz am härtesten, also nicht die „Bonzen", das angebliche Feindbild linksmotivierter Zündler. „Die von Links angezettelten Autobrandstiftungen sind inzwischen bei den unpolitischen Pyromanen angekommen – jetzt brennen kaum noch Mülltonnen in Berlin, dafür Autos", sagt Pfalzgraf.

Polizisten haben Erfahrungen mit den Tätern jenseits der Statistik: Autobrandstifter legen überwiegend Feuer, wo sie wohnen. „Die sind gut vorbereitet. Im Internet gibt es regelrechte Handbücher, sozusagen für den kleinen Kiez-Terroristen", erläutert Pfalzgraf. Einschlägige Internetseiten böten Strategien gegen die Polizeiarbeit. Wegen ausbleibender politischer Unterstützung droht der Polizei ein Kampf auf verlorenem Posten. Der Berliner DPolG-Chef kritisiert: „Vor allem die Politik macht uns das Leben schwer. Der gesellschaftliche Konsens gegen jede politische Gewalt ist aufgegeben worden, doch wenn wir politische Gewalt ablehnen, muss das auch für linke Gewalt gelten – das wird von der Politik nicht gelebt."

Ihm geht es wie seinem Hamburger Kollegen Lenders längst nicht mehr um die übliche gewerkschaftliche Rhetorik in Personalfragen. Der Umgang mit den Brandstiftern legt exemplarisch Versäumnisse offen: „Politiker halten gerne Fensterreden, wie wichtig die Innere Sicherheit für sie ist. Den schönen Reden folgen dann aber meistens keine Taten", so Lenders. Im Gegenteil: Polizeistellen würden abgebaut mit dem Hinweis auf leere Kassen. „Und zu allem Überdruss wird dann an die Bevölkerung appelliert, selbst Vorsorge zu treffen. Längst nicht jeder kann sich aber eine Alarmanlage in der Wohnung, am Haus oder im Auto leisten", sagt der Hamburger – er saß selbst von 2001 bis 2004 als CDU-Politiker im Hamburger Parlament und im Innenausschuss. Der Prozess gegen den Niederländer geht Anfang nächster Woche weiter. *Sverre Gutschmidt*

Beinahe verschlafen

ILA bleibt nun doch in Berlin – kein Verdienst der Politik

Die nächste Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) findet 2012 nun doch wieder in Berlin-Schönefeld statt. Wegen der Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI) zieht die Messe jedoch auf ein neues Gelände im Westen des neuen Flughafens um. Diese Entscheidung traf der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Monatelang war der Standort Berlin unsicher. Schuld daran war die örtliche Politik. Am alten Standort konnte die ILA nicht mehr stattfinden, weil dort der BBI entsteht. Bereits 2006 hatten Berlin und Brandenburg sowie die Messe Berlin eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, zeitig Vorschläge für einen neuen Ort vorzulegen. Aber Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit und Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (beide SPD) ließen sich Zeit.

Bis dem BDLI der Geduldsfaden riss: Nach dem Motto „Wir können auch anders" schrieb der Verband der Ausrichtungsort frei aus. Gierig griffen Hannover, Köln/Bonn, Stuttgart, München/Oberpfaffenhofen und Leipzig/Halle zu und reichten Konzepte ein. Erst durch den möglichen Verlust der Schau und den damit drohenden Image- und Geldverlust raffte sich auch die Hauptstadtregion auf und legte ein Konzept vor. Im Mai nahm der BDLI Leipzig/Halle und Berlin-Schönefeld in die engere Auswahl und traf schließlich die erwartete Entscheidung zugunsten des bisherigen Veranstaltungsortes. Alles andere wäre für die rot-roten Regierungen in Berlin und Potsdam eine Blamage erster Ordnung gewesen.

Jahrelang blieb die Frage nach einem neuen Standort offen

Die erste Flugausstellung in Deutschland fand 1909 in Frankfurt am Main statt. 1912 drängten Flugbegeisterte erstmals in die Ausstellungshallen am Berliner Zoo. Der Erste Weltkrieg stoppte zunächst weitere Veranstaltungen. Erst 1928 begrüßte die Hauptstadt eine neue „Internationale Luftfahrtausstellung".

Nach dem Zweiten Weltkrieg richtete der Flughafen Hannover-Langenhagen erstmals 1957 eine „Internationale Reiseflugzeugschau" aus. Dort blieb die Schau bis zur deutschen Vereinigung. 1992 zog die ILA dann wieder nach Berlin.

Die Schau zählt heute mit dem Pariser „Aerosalon" und der „Farnborough Air Show" in England zu den größten Luftfahrtmessen der Welt. Auf der ILA 2006 war erstmals der Airbus A 380 zu sehen. *Theo Maass*

Potsdam spart an Sicherheit

Polizeiwachen werden dichtgemacht – Opposition protestiert

Brandenburgs Reform „Polizei 2020" krempelt die Strukturen der inneren Sicherheit radikal um – das Land hat bald als erstes Bundesland kein Landeskriminalamt mehr. Der Protest gegen die rot-roten Pläne von Innenminister Rainer Speer (SPD) reißt nicht ab.

Nach Speers aktuellen Plänen sollen 2020 nur noch 7000 Polizisten bei der Landespolizei Dienst tun – derzeit sind es 8900. Der einstige Finanzminister ist selbst nicht vom Fach, vertraut seinem Planungsstab und den Empfehlungen einer Expertenkommission. Das Kostenargument bringt Rainer Speer jedoch erst an zweiter Stelle: Geringere Einnahmen aus dem Länder-Finanzausgleich ließen Brandenburgs Haushalt in den nächsten zehn Jahren um ein Fünftel schrumpfen, so seine Prognose.

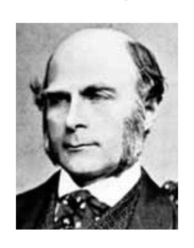
Speers Plan: Die bestehenden zwei Polizeipräsidien, jenes des Landeskriminalamts (LKA) und das Präsidium der Landeseinsatzeinheit (LESE), werden zu einem Präsidium zusammengefasst. Außerdem werden aus 15 Schutzbereichen vier Land-Direktionen geformt.

Die Reform sei ein Verstoß gegen das BKA-Gesetz, kontert die Gewerkschaft der Polizei (GdP), denn das verpflichte jedes Bundesland, zentrale Dienststellen für die Zusammenarbeit mit dem Bund bereitzuhalten. Dazu sei keine eigene Organisation nötig, behauptet Speer. Doch auch die Kommunen sowie die Opposition im Potsdamer Landtag haben erhebliche Zweifel, denn die Reform bedeutet, dass Wachen stillgelegt werden. Schon jetzt sei der Krankenstand bei der Polizei im Bundesvergleich spitze, so die Opposition – ein Anzeichen hoher Belastung.

Spitzenreiter beim Krankenstand – Folge von Überlastung?

Nicht auf die Wachen, sondern auf die Streifen komme es an, entgegnet der Minister – die Wachen würden nur unnötig Personal binden, überhaupt sei die Reform ein Abbau der „Häuptlinge", kein Sparen bei Revier- und Streifenpolizisten. Speer sieht sich in der Kontinuität von Ex-Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) und dessen Polizeireform von 2001. Doch auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sieht in der Reform Gefahren: den Wegfall vieler Stellen bei der Kriminalpolizei, die zudem nicht mehr in die Wachen integriert sei. „Der geplante Rückzug der Polizei aus rund zwei Dritteln ihrer Standorte im Lande birgt erhebliche Risiken für die Kriminalitätsbekämpfung", so der BDK. Gerade bei der Kripo sei die „Schmerzgrenze eindeutig überschritten". *SV*

Zeitzeugen



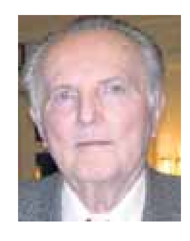
Francis Galton – Der enorm vielseitige britische Naturforscher war ein Cousin von Charles Darwin. Galton (1822–1911) prägte den Begriff der Eugenik; viele seiner Theorien zur Vererbung von geistigen Eigenschaften und Verhaltensweisen sind naturgemäß überholt, sein Rang als Pionier der Humangenetik ist ihm indes nicht mehr zu nehmen.

Alan S. Kaufman – Der 1944 geborene US-amerikanische Psychologe gilt als Experte der Intelligenzforschung. Er kommt zu einem hohen Anteil der Vererblichkeit intellektueller Fähigkeiten. Der englische Wikipedia-Artikel über die „Vererblichkeit des IQ“ („Heritability of IQ“) umfasst übrigens volle 15 Seiten und zitiert 86 Quellen, darunter Kaufman. Ein deutschsprachiger Artikel zu diesem Thema existiert hingegen nicht.



Gregor Mendel – Der katholische Ordenspriester und Naturforscher gilt als Begründer der Vererbungslehre (Genetik) überhaupt. Mendel lebte von 1822 bis 1864 meist in der mährischen Hauptstadt Brünn und wurde durch seine Kreuzungsversuche mit Erbsen weltberühmt. Er verfolgte über Generationen die Vererbung von sieben Merkmalen und entdeckte, dass manche dominant, andere rezessiv vererbt werden. Viele Merkmale vererben sich indessen weit komplizierter.

Richard J. Herrnstein – Der US-amerikanische Psychologe (1930–1994) machte 1994 mit dem Buch „The Bell Curve“ über den wissenschaftlichen Bereich hinaus Schlagzeilen. Seine Kernthese lautete, dass die menschliche Intelligenz bestimmten statistischen Verteilungsregeln folgt und durch Bildungspolitik im Durchschnitt kaum zu beeinflussen ist.



Arthur R. Jenson – Der 1923 geborene Psychologe dänisch-polnischer Herkunft bezweifelt den Nutzen sogenannter „kompensatorischer Bildung“ für Schüler aus „bildungsfernen Schichten“. Der Nutzen sei im Durchschnitt so gering, dass solche Programme sich nicht lohnten. Jenson sieht aber durchaus Begabungen bei Arbeiterkindern, insbesondere in deren „assoziativer Intelligenz“, die durch geeignete Förderung, vor allem praktischen Unterricht, optimal entwickelt werden sollte.

Tabuisierte Forschungen

Bei uns wird die Humangenetik misstrauisch beäugt – anderswo intensiv erforscht

Während die humangenetische Forschung weltweit wahre Erkenntnissprünge macht, ist in Deutschland politisch umstritten, ob die Ergebnisse solcher Forschungen überhaupt offen diskutiert werden dürfen. Deutschland ist in dieser Frage wissenschaftlich längst zur Provinz geworden.

Aus den Jahren, als Galileo Galilei mit dem Vatikan um die Kugelgestalt der Erde kämpfen musste, ist überliefert, dass die Vertreter des Papstes den von Galileo empfohlenen Blick ins Teleskop auf die Juppitermonde mit dem Verdikt ablehnten, das Gerät sei „Teufelszeug“. Und lehrte der Vatikan noch im 19. Jahrhundrt offiziell, die Sonne kreise um die Erde und nicht umgekehrt.

Ein ähnliches intellektuelles Desaster zeichnet sich heute in Deutschland beim Thema Humangenetik ab. Während SPD-Chef Sigmar Gabriel voller Abscheu sinngemäß erklärte, Thilo Sarrazin sei als Person des öffentlichen Lebens untragbar geworden, weil er ganzen Völker genetische Unterschiede zuschreibe, zeichnen überall sonst in der Welt Humangenetiker ein immer detaillierteres Bild der genetischen Geschichte von Völkern, Ländern, ganzen Kontinenten und von der Menschheit insgesamt.

Die Ergebnisse haben hunderte Facetten und sind für jeden an Geschichte und Anthropologie interessierten Menschen schlechterdings faszinierend. Ein winziges Beispiel der Ergebnisse der Arbeit der Humangenetiker zeigt die Grafik in der Bildmitte. Durch systematische genetische Vergleiche ist es gelungen, die Verwandtschaft der Indianervölker des amerikanischen Doppelkontinents verblüffend genau zu beschreiben. Diese Untersuchungen haben zwar (bisher) nicht dieselbe Sicherheit wie der typische DNA-Test mit seiner sprichwörtlichen 99,9999-prozentigen Sicherheit bei der Identifikation von Personen. Und doch liefern sie Ergebnisse, die überaus lehrreich sind. Beispielsweise leben (wie zu erwarten) verwandte Völker oft in räumlicher Nachbarschaft. Allerdings gibt es Ausnahmen von dieser Regel. Diese sind letztlich nur durch prähistorische Wanderungen erklärbar, für die humangenetische Untersuchungen ebenso den (indirekten) Nachweis geben wie für frühe Vermischungen ganzer Völker.

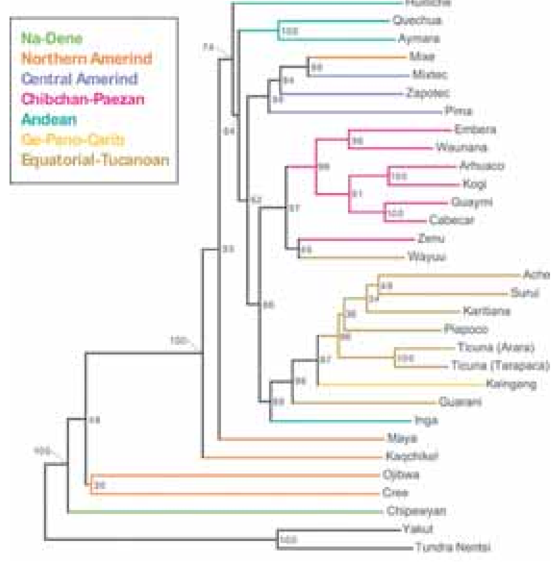
> Nicht alle Ergebnisse der Humangenetik freuen Nationalisten

Das eine oder andere Ergebnis der Humangenetik taugt durchaus als Argument für eine Politik, wie Thilo Sarrazin sie empfiehlt. Zwar ist es bis heute nicht gelungen, intellektuelle Begabungen des Menschen mit diesem oder jenem der rund 28000 menschlichen Gene in Verbindung zu bringen – eher im Gegenteil: Je länger man über „Intelligenz“ forscht, umso deutlicher wird, dass dieses Phänomen viele Dimensionen hat und nicht so einfach zu fassen ist.

Und doch spricht vieles dafür, dass die Fähigkeiten des menschlichen Verstandes zu recht großen Teilen genetisch bestimmt werden. Das wusste man schon lange vor der Sequenzierung der menschlichen DNA etwa durch Forschungen an eineiigen Zwillingen. Später kamen die oft verblüffenden Schulerfolge solcher Kinder hinzu, die zwar in bildungsfernen Familien aufwachsen, deren biologischer Vater aber ein Spitzenwissenschaftler ist. Samenbanken in den USA, bei denen Frauen quasi nach Katalog bestellen können, haben solche Fälle „hervorgebracht“, über die inzwischen einiges geforscht wurde.

Allerdings sind die Ergebnisse der Humangenetik oft unerwartet und keineswegs so, dass Nationalisten immer ihre Freude daran hätten. Beispielsweise galten die Isländer bis vor einigen Jahren als „lupenreine“ Nachkommen der Wikinger und damit als sozusagen „waschechte“ Germanen – schließlich war Island bis zur Landnahme im 9. Jahrhundert menschenleer. Forschungen an der sogenannten mitochondrialen DNA, die allein in der mütterlichen Linie vererbt wird, ergaben hingegen einen erheblichen keltischen Einschlag im Genom der Isländer. Einzige Erklärung nach nochmaliger Sichtung der alten Sagas und Annalen: Vor der Besiedlung Islands sind die Wikinger des Öfteren auf Irland und den britischen Inseln vorbeigekommen. Dort kam es offenbar zu Entführungen einheimischer Frauen, reguläre Eheschließungen wären überliefert worden. Nichts war es mit dem genetisch reinen Volk – und selbst die Ehre der alten Wikinger, deren brutale Raubzüge allerdings schon bekannt waren, hatte einen zusätzlichen Kratzer abbekommen.

Deutsche Medien berichten erstaunlich wenig über alle diese Dinge, vermutlich weil man doch irgendwelche Berührungspunkte mit der NS-Ideologie befürchten zu müssen meint. Das Ergebnis ist blanke Ignoranz, wie ein kurzer Vergleich der deutschen und englischen Wikipedia zum Themenkreis der Humangenetik eindrucksvoll zeigt. Über die eine oder andere Frage, die bei uns hochnervös diskutiert wird, wurde in den USA bereits vor 40 Jahren gestritten. Ein schwacher Trost: Viel souveräner wurden diese Debatten damals dort auch nicht geführt (siehe unten). *K. Badenheuer*



Faszinierende Forschungsergebnisse: Die Humangenetik erlaubt es, die Verwandschaftsbeziehungen ganzer Völker – hier der amerikanischen Indianer – verblüffend detailliert zu verstehen. Manchmal sind Völker, die nahe beieinander siedeln (hier durch gleiche Farben markiert) genetisch dennoch nur entfernt miteinander verwandt. Dies setzt frühe Wanderungsbewegungen voraus, die nicht historisch überliefert sind. Bild: Wikipedia

Eiertänze auf dünnster Wissensbasis

Der deutschen Diskussion um die Vererblichkeit fehlt es oft an Grundkenntnissen. Beispielsweise schrieb Thilo Sarrazin in seinem vieldiskutierten Buch, Kinder erbten „gemäß den Mendelschen Gesetzen die intellektuelle Ausstattung ihrer Eltern“ (S. 175). Das von Sarrazin erkennbar Gemeinte stimmt vermutlich: Intellektuelle Fähigkeiten vererben sich zu einem bedeutenden Teil, was jede realistische Zuwanderungs- und Bildungspolitik berücksichtigen sollte. Und doch folgt diese Vererbung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gerade nicht den Mendelschen Gesetzen.

Viele Untersuchungen wurden durchgeführt, welche Eigenschaften in den beiden Varianten

> Nicht alles vererbt sich nach »Mendel«

dominant und rezessiv „nach Mendel“ vererbt werden und welche Merkmale anderen Regeln folgen. Die Ergebnisse sind oft verblüffend: So simple und unzweideutig genetisch bestimmte Eigenschaften wie die menschliche Haar- und Augenfarbe folgen *nicht* den Mendelschen Gesetzen. Dies hängt damit zusammen, dass mehrere Gene die entsprechende Informationen tragen, womit die simple Statistik der Mendelschen Regeln nicht mehr anwendbar ist. Für die ungemein komplexe Eigenschaft der menschlichen Intelligenz gilt das selbe umso mehr.

Dagegen vererben sich angewachsene Ohrläppchen (rezessiv) nach Mendel, ebenso Albinismus (rezessiv), Sommersprossen, Grübchen und ein spitzer Haaransatz über der Stirn (alle drei Merkmale dominant). Mit politisch heißen Eisen hat das wenig zu tun, aber es belegt doch, wie dünn die Wissensbasis oft ist, auf der Politik und Medien in Deutschland viele ihrer Eiertänze und Schlammschlachten austragen. *K. B.*

Schon 1969 ausdiskutiert

Vererbt sich Intelligenz? – Wissen, das einfach nicht durchdringt

Die gegenwärtige IQ-Debatte in Deutschland fand nahezu identisch schon im Jahre 1969 in den USA statt. Damals wurde dort offensichtlich: „Kompensierende Bildung [für schwächere Schülergruppen] ist in massivem Umfang für etliche Jahre und ... (mit) beispiellosem Einsatz von Bundesmitteln versucht worden, und sie ist offenkundig gescheitert“ (A. R. Jenson). In der Folge musste selbst die Bürgerrechtskommission der USA zugeben: „Tatsache bleibt, dass offenbar keines der Programme die Leistungen der beteiligten Schüler im Gruppendurchschnitt signifikant angehoben hat.“

Der bekannte Bildungspsychologe Professor Arthur R. Jenson, (Universität Berkeley) hat im „Harvard Educational Review“ seine diesbezüglichen Forschungsergebnisse unter dem Titel „In welchem Umfang können wir IQ und Schulerfolg durch Förderung steigern?“ veröffentlicht. In der selben Ausgabe bezogen sieben andere Professoren vorwiegend kritisch, Stellung gegen seine Befunde. Wegen des großen Interesses der Öffentlichkeit an dem Thema wurde Jensons Artikel in einer zweiten Auflage dieser Zeitschrift unverändert nachgedruckt, nun unter dem Titel „Umwelt, Vererbung und Intelligenz“, wiederum mit sieben kritischen Stellungnahmen diverser „Milieutheoretiker, der Linken und der Egalitären“. Daran anschließend konnte Jenson all diesen Kritikern ausführlich antworten. Das Kapitel „Punkte des Missverstehens“ beginnt er wie folgt: „Der verbreitetste Punkt von Verwirrung bei etlichen Diskutanten betrifft die Unterscheidung zwischen allgemeinen Umweltfaktoren, die den Bevölkerungsdurchschnitt betreffen, und solchen Faktoren, die individuelle Abweichungen von diesem Durchschnitt verursachen. Sowohl genetische als auch Umweltfaktoren haben Einfluss auf beide (Bevölkerungsdurchschnitt vs. individuelle Abweichung von diesem), aber nicht unbedingt im selben Umfang ...“

> Förderprogramme helfen eher Einzelnen als ganzen Gruppen

Im Zusammenhang der damaligen Diskussion, die heute eine Neuauflage erlebt, hieß das im Klartext: Eine Politik der Unterschichtenförderung wird es immer wieder schaffen, bei einzelnen Schülern Leistungssprünge zu bewirken, es ist jedoch außerordentlich schwierig, damit den Leistungsdurchschnitt der ganzen Gruppe nennenswert anzuheben.

Jenson beendete seine Replik mit dem Satz: „Die gesamte Gesellschaft hat den größten Nutzen, wenn Wissenschaftler und Pädagogen diese Probleme im Geist wissenschaftlicher Untersuchung behandeln und nicht wie ein Schlachtfeld, auf dem diese oder jene Ideologie siegen könnte.“

Der Appell an Mäßigung und Vernunft ging ins Leere: Ähnlich wie Thilo Sarrazin im Jahre 2010 vom Vorstand der Bundesbank, von der Bundesregierung sowie vom Staatspräsidenten wurde auch Jenson 1969 nach Protesten und sogar Todesdrohungen streng gemaßregelt: Die Universitätsleitung von Berkeley verbot ihm, seine Thesen weiter zu verbreiten oder auch nur die vielen Beschwerdebriefe öffentlich zu beantworten. *R. Gnauck/ K. B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8394**

Alles für den eigenen Machterhalt

CSU-Chef meint, mit Frauenquote die Bayern begeistern zu können – Vor allem junge Frauen sind dagegen

Die CSU ringt in der Konservatismus-Debatte um ihr Profil. In der Ausländerpolitik und der Inneren Sicherheit fährt die bayerische Unionsschwester seit jeher einen klaren Kurs. Aber nun unterstützt Parteichef Seehofer ein innerparteiliches „Frauen-Quorum". Ein Großteil der Basis murrt.

Die CSU ist die männlichste aller großen Parteien in Deutschland. Nur 19 Prozent der Mitgliedschaft ist weiblich. Allerdings sind seit vielen Jahren viele Kreisvorsitzende schon der Außenwirkung wegen bestrebt, vor allem junge Frauen auf wichtige Posten ihrer Vorstände und weit vorne auf Wahllisten zu hieven.

Das Problem nur: Es gibt einfach zu wenige (konservative) junge Frauen, die bereit sind, sich dauerhaft in der CSU zu engagieren. Eine mehrmonatige Stadtratskandidatur geht gerade noch, aber jahrelange Arbeit in irgendwelchen Vorstandsgremien, stundenlange abendliche Debatten in Hinterzimmern stickiger Schützenheime? Das ist für junge Frauen wenig attraktiv. Für die meisten, die dafür in Frage kommen, ist Familienleben und/oder berufliche Karriere, aber auch abendliches Ausspannen nach einem anstrengenden Tag wesentlich interessanter.

Daher hört man oft folgendes Argument in der CSU-internen Diskussion: „Eine Frauenquote würde lediglich das männliche Mittelmaß, das wir bisher haben, durch weibliches Mittelmaß ersetzen, weil gute Frauen sich schon bisher durchsetzen konnten." Mit anderen Worten: Es ist illusionär zu glauben, dass wegen einer Quote hunderte junger Frauen quasi von den Bäumen fallen, die politisch hoch interessiert und gleichzeitig bereit sind, viele Stunden Engagement in die Parteiarbeit zu stecken. Das dominierende weibliche Mittelmaß, das die SPD dank Frauenquote hervorgebracht hat, dient ebenfalls als abschreckendes Beispiel.

Der Riss der Zustimmung zur Frauenquote verläuft bei den CSU-Frauen auch entlang einer Generationengrenze: Die jungen, selbstbewussten Frauen wie CSU-Vizegeneralsekretärin Dorothee Bär, Carmen Langhanke, die Landesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) oder Bayerns JU-Vizechefin Katrin Poleschner sprechen sich entschieden gegen jede Quotierung aus – wie auch die gesamte Junge Union Bayern. Auf www.maedchen-denken-schneller.de haben sie ihre Argumente zusammengetragen. Am schwerwiegendsten dürfte sein, dass diejenigen, die sich eine Position in der Partei erkämpfen, künftig als „Quoten-Tussi" abqualifiziert werden könnten.

Demgegenüber sind es eher die mittleren bis gehobenen Semester, die eine Quote fordern: Bayerns Landtagspräsidentin Barbara Stamm etwa, Justizministerin Beate Merk und die Chefin der bayerischen Frauen-Union, Angelika Niebler. Eine CSU-Vorstandssitzung schlug ein „Quorum" vor: Eine 40-Prozent-Frauenquote ab Kreisverbands-Ebene aufwärts – in der ersten Wahlrunde. Wenn das mangels Kandidatinnen nicht erfüllt werden kann, kommt es zu einer zweiten Runde ohne Quote.

> Erst »sozialistisches Teufelszeug«, jetzt Rettungsanker?

Für dieses Modell will Parteichef Horst Seehofer nun auf mehreren Bezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenzen werben, ehe es beim Parteitag Ende Oktober verabschiedet werden soll. Offiziell gilt dies als Diskussionsprozess, aber nachdem Seehofer erklärte, er wolle sich mit seinem ganzen Gewicht dafür einsetzen, dürfte klar sein, wohin die Reise geht.

Mit der Quotendiskussion will Seehofer innerparteilich Boden gutmachen. Der Parteichef hatte nämlich zuvor bei seinem Taktieren gegen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in Sachen Wehrpflicht eine herbe Schlappe hinnehmen müssen. Er hatte wohl erwartet, dem jungen Superstar und Konkurrenten einen Dämpfer zufügen zu können, wenn er die Wehrpflicht zum „Markenkern" der CSU erkläre.

Doch zu Guttenberg hatte offensichtlich die besseren Argumente und schließlich die Zustimmung der CSU-Basis hinter sich: Ein Gremium nach dem anderen schloss sich seiner Sichtweise an, dass die Wehrpflicht für die Bundeswehr in der neuen Bedrohungslage nicht mehr Nutzen, sondern Last sei. Eine kleinere, schlagkräftigere Bundeswehr brauche keine Sechsmonats-Praktikanten, die dann wieder entlassen werden – wobei die Ausbildung dieser Praktikanten mehr als 10000 hervorragend ausgebildete Offiziere binde. Die CSU sei die Partei der Inneren und Äußeren Sicherheit und damit die Partei der Bundeswehr, aber nicht unbedingt die Partei der Wehrpflicht. Diese habe auch nichts mit „konservativ" zu tun, obgleich die Linkspresse genau das suggeriert. Dieser Sichtweise zu Guttenbergs schlossen sich immer größere Teile von CSU und CDU an. Seehofer drehte sehr rasch bei, seine „Markenkern"-Rhetorik entpuppte sich als reines Taktieren.

Mit der Unterstützung der Frauenquote sichert sich Seehofer die innerparteiliche Sympathie der Frauen-Union. Dabei ist es ihm nachrangig, ob er erneut Konservative vor den Kopf stößt. Ebenso die Tatsache, dass die CSU eine solche Quotierung früher, als sie nur bei SPD und Grünen vorhanden war, als sozialistisches Teufelszeug und damit als Gegenteil von konservativ brandmarkte. All das tritt im Ringen um den Machterhalt gegen Strahlemann Guttenberg, der von Parteikollege Michael Glos vergangene Woche als „schon jetzt mit weitem Abstand die führende Figur der CSU" genannt wurde, in den Hintergrund. Und das trotz miserabler CSU-Umfragewerte, weil die konservativen Stammwähler sich weiterhin irritiert abwenden.

Anton Heinrich



Foto: ddp

Horst Seehofer (Mitte) fürchtet überstrahlt zu werden: Mit Ilse Aigner und Karl-Theodor zu Guttenberg

MELDUNGEN

Lernpflicht staat Schulpflicht

Berlin – Der Deutsche Bundestag prüft eine Petition, die Straffreiheit für Hausschulunterricht fordert. Das teilt das „Netzwerk Bildungsfreiheit" mit. 5474 Personen unterstützen das Anliegen. Hausunterricht werde in allen anderen Ländern der EU und englischsprachigen Nationen schon länger mit Erfolg praktiziert und erweise sich immer mehr als Bildungsweg der Zukunft, heißt es in der Petition. In Deutschland sei es dagegen eine noch weitgehend unbekannte und mit zahlreichen Vorurteilen behaftete Form des Lernens. „Die unzureichende Vermittlung von ethischen und moralischen Grundwerten an öffentlichen Schulen, Gewalt und Mobbing, negative Sozialisation der Kinder, fehlende Lernfreude, sinkendes Bildungsniveau" hätten dazu geführt, dass sich immer mehr Eltern Alternativen im Bildungssystem wünschten. *idea*

Wackelige Rating-Bestnote

Berlin – Klaus Regling, der Chef des Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF), die einen Teil des Euro-Rettungsschirmes darstellt, freut sich über das gute Rating der Zweckgesellschaft. Alle drei US-Ratingagenturen gaben dem Finanzkonstrukt ihre Bestnote. Allerdings stellten sie hierfür Forderungen. Und zwar darf die EFSF statt der mit Staatsgarantien versehenen 440 Milliarden nur Anleihen für 356 Milliarden Euro am Markt aufnehmen. Da bei dem EFSF die Aktionäre zugleich Bürgen und potentielle Kreditnehmer sind, verlangen die Ratingagenturen eine Übersicherung der Anleihen von 20 Prozent. Zudem haben nur 60 Prozent der Garantien gebenden Staaten ein AAA-Rating, so dass nach Einhaltung einer Barreserve nur maximal 250 Milliarden Euro als Kredit vergeben werden dürfen. *Bel*

Weg mit Gebühren

Universitäten fürchten Finanzierungslücke

Als die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) vor Studenten der Hochschule Hamm-Lippstadt nochmals betonte, dass die Studiengebühren im bevölkerungsreichsten Bundesland bald wegfallen werden, erntete sie Applaus. Es gebe eine „gesellschaftliche Mehrheit für die Abschaffung", betont die rot-grüne Minderheitsregierung immer wieder. Schon bei Studentenprotesten lautete die Devise: „Linke Mehrheit nutzen – Gebühren abschaffen!"

Das am 31. August vom Kabinett beschlossene Gesetz sieht vor, die Gebühren zum Wintersemester 2011/12 abzuschaffen. Die dadurch ausbleibenden 249 Millionen Euro werden den Hochschulen aus der Landeskasse bereitgestellt. Insbesondere Sprösslinge bildungsferner Familien will man erreichen. Dabei beruft man sich auf den „Bildungsbericht 2010" der Bundesregierung, wonach Finanzierungsprobleme und die Angst vor Verschuldung für viele zu den triftigsten Gründen gegen das Studieren gehören.

Während in Österreich die Wiedereinführung des bezahlten Studiums diskutiert wird, sterben die Gebühren hierzulande aus. Nur noch vier unionsgeführte Bundesländer bleiben übrig.

> Demographischer Wandel bietet Chancen

Die Verbesserung der Lernbedingungen durch die Gebühren ist auf allen Seiten unbestritten. In einem Offenen Brief warnt die Landesrektorenkonferenz in NRW vor einem Einnahmeausfall: „Angesichts der erheblichen Unterfinanzierung der Hochschulen und den zukünftig weiter wachsenden Anforderungen ist es dringend notwendig, die Studienbeiträge, wenn sie abgeschafft würden, in vollem Umfang durch staatliche Mittel zu kompensieren."

Steigende Bildungsausgaben rechtfertigen offenbar jede Neuverschuldung. Dagegen regt das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer neuen Studie für das Land Hessen an, „Umschichtungspotenziale durch den demographischen Wandel" zu nutzen. Durch sinkende Schülerzahlen hätte man künftig mehr finanziellen Spielraum. Weitere Einsparmöglichkeiten seien neben Studiengebühren auch eine leistungsorientierte Lehrervergütung. *C.C.*

»Nationalgesellschaft durchbrechen«

Unbelehrbar: Frankfurt am Main strebt immer noch die multikulturelle Gesellschaft an

Keine Lokalposse, sondern eine fundamentale Weichenstellung: Am 30. September werden in der hessischen Main-Metropole sämtliche Fraktionen mit Ausnahme der Freien Wähler das „Integrations- und Diversitätskonzept" der schwarz-grün regierten Stadt Frankfurt am Main durchwinken. Hierbei handelt es sich mitnichten bloß um eine weitere Erklärung mit schönen Worten. „Man will aus einem linksintellektuellen Milieu heraus die Gesellschaft grundsätzlich verändern", resümiert Wolfgang Hübner von den Freien Wählern, der mit seiner vierköpfigen Fraktion als einzige dagegenhält.

Frankfurt sah sich stets als Vorreiter in der Integrationspolitik. Hier gründete der heutige Europa-Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit (Grüne) 1989 das bundesweit erste Dezernat für Integrationsfragen. In dieser Tradition sieht sich die jetzige Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne). Im Oktober 2009 stellte sie ihr ambitioniertes Projekt, mit dem Vorsatz „moderne kommunale Integrationspolitik" zu betreiben, der Öffentlichkeit vor. Das Konzept, das den Anspruch erhebt, wissenschaftliches Gutachten zu sein, liest sich wie eine sozialwissenschaftliche Abhandlung. Die geistigen Urheber sind Steven Vertovec, der in Göttingen Forschungen zu „multireligiösen und multiethnischen Gesellschaften" betreibt, und Regina Römhild, Kulturanthropologin mit Schwerpunkt „Kosmopolitismus in europäischen Einwanderungsgesellschaften" (HU Berlin). Römhild erklärte, dass Multikulti benötigt wurde, um „die Nationalgesellschaft zu durchbrechen". Das Bild von Minderheiten, die sich in eine deutsche Mehrheitsgesellschaft eingliedern, sei heute jedoch nicht mehr zeitgemäß.

> Sexuelle Ausrichtung und Hobbies werden wie Religion bewertet

Die überarbeitete Magistratsvorlage spricht deshalb von einem „Neben- und Miteinander sich überkreuzender, sich verändernder, sich weiter ausdifferenzierender oder auch mischender und neu bildender Milieus". Der Mensch wird als Einzelfall gesehen, dessen Lebensentwürfe oder individuellen Vorlieben nicht durch „Gruppenzwänge" beeinträchtigt werden dürfen. In diesem Werterelativismus bekommen Hobbies oder die sexuelle Ausrichtung den gleichen Stellenwert wie Religion oder Herkunft. Das Grundgesetz, die deutsche Sprache als Verständigungsorgan, die „Global Diversity", sowie „die fortdauernde Verantwortung für das Verbrechen des Holocaust" – interessanterweise in Zukunft auch für Fremdländische – sollen die Gesellschaft prägen.

> Grundgesetz und Holocaust sollen die Gesellschaft prägen

Integration sei ganzheitliche „Querschnittsaufgabe", die jeden betrifft. Auf allen Kanälen soll die „urbane Realität" propagiert werden. Im Resultat sollen Gelder bereitgestellt werden, um Kunst, Kultur, Schule oder öffentlichen Dienst auf „Vielfalt" zu trimmen. Dazu wird eine „abgestimmte Medienberichterstattung" verlangt. Der Ausbau interkultureller Treffs, Feste, sozialpädagogischer Einrichtungen: Alles soll sich um „Vielfalt" drehen.

Im Rahmen der Kampagne „Vielfalt bewegt Frankfurt" stellte sich das Projekt zur breiten Debatte. Mit einer Serie von öffentlichen Podiumsdiskussionen und einem Online-Portal, in dem sich Bürger durch eigene Kommentare und Videos einbringen konnten, sollte dem Konzept demokratische Legitimation verliehen werden.

Doch der Schein trügt: Die Veranstaltungen waren größtenteils vom Bildungsbürgertum und einigen wenigen bildungsnahen Migranten besucht. Auch die Podien waren einseitig besetzt, so dass eine tabufreie Diskussion nie wirklich stattfand. Kritiker wie Hübner wurden nicht nur von Kommunalpolitikern jeglicher Coleur, sondern auch von der einseitig berichtenden „Frankfurter Rundschau" als „ewiggestrige Rechtspopulisten" tituliert. Frankfurt soll zur Pionierstadt eines neuen Verständnisses von Multikulturalismus werden und dabei Vorreiter für weitere Städte sein.

Doch das öffentliche Interesse ist begrenzt, wie etwa die Zugriffszahlen im Internet auf das neue 240-Seiten-Papier zeigen. Nicht zuletzt die Sarrazin-Debatte hat gezeigt, dass die einfachen Bürger die Realität von Zuwanderung und Integration anders wahrnehmen. Bezeichnend ist, dass das Thema Islam vollends ausgeblendet wird.

Carlo Clemens

MELDUNGEN

Bulgarien stützt Sarkozy

Sofia – Bulgariens Premier Bojko Borissow und die Minister seiner Mitte-Rechts-Regierung freuen sich: Ihr Wunsch, vor Ende 2011 Mitglied der Schengen-Zone zu sein, wird unerwartet von Frankreich unterstützt. Dafür hat Borissow in Brüssel französische Abschiebungen rumänischer und bulgarischer Roma als legal verteidigt und will diesen Standpunkt auch in wenigen Tagen gegenüber den Regierungschefs Deutschlands, Österreichs und Ungarns wiederholen, wenn diese Bulgarien besuchen. Dort genießt man die Vorteile seiner Haltung: Französische Kritik an Bulgariens Roma-Politik ist verstummt, und „nur 41 bulgarische Roma wurden aus Frankreich ausgewiesen“. Bulgarien wird „nicht mehr mit Rumänien im Tandem begutachtet“ (Borissow), also im Dezember allein auf Schengen-Tauglichkeit bewertet. Zudem stiftete Brüssel 8,5 Millionen Euro „für bessere Ernährung armer Bulgaren“. *W.O.*

Moskau umarmt Kuba

Moskau – Russlands Satelliten-Ortungssystem „Glonass“, das militärisch und zivil nutzbare Gegenstück zum amerikanischen Global Positioning System (GPS), soll demnächst von Kuba übernommen werden. Dies bestätigte der russische Botschafter Michail Kamynin in Havanna. Gleichzeitig wurde bekannt, dass auf dem gesamten Gebiet der Hochtechnologie eine engere Zusammenarbeit geplant ist. Die neuerliche Umarmung zwischen Moskau und Havanna ist Teil der russischen Strategie, im atlantischen Raum wieder stärker Fuß zu fassen. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit mit Venezuelas Präsident Hugo Chavez auf technischem und militärischem Gebiet, die sich bereits in gemeinsamen Seemanövern vor der Haustür der USA niedergeschlagen hat. *J.F.*

Der Sozialismus verrät seine Kinder

Kubas Führung entlässt 500 000 Staatsbedienstete ins wirtschaftliche Nichts

Die kommunistische Führung Kubas steht mit dem Rücken zur Wand: Mit ihrer Ankündigung, bis kommenden März eine halbe Million Staatsbeschäftigte auf die Straße zu setzen, hat sie ein zentrales Versprechen des roten Regimes gebrochen: Dass es im Sozialismus keine Arbeitslosen gebe.

Die Dimension der Maßnahme lässt sich ermessen, wenn man die Gesamtzahlen vor Augen hat: Von den elf Millionen Kubanern sind offiziellen Angaben zufolge 5,7 Millionen beschäftigt. Davon arbeiten rund 4,4 Millionen direkt beim Staat oder bei staatsnahen Kooperativen. 600 000 sind angeblich im privaten Sektor tätig. Was die übrigen 700 000 machen, geht aus vorliegenden Daten nicht hervor. Auch von den 600 000 Privatbeschäftigten verfügen nur 140 000 über eine staatliche Lizenz.

Die halbe Million Entlassener fällt sozial in ein Loch, denn die Betroffenen werden nicht einmal die Arbeitslosenhilfe von 60 Prozent des letzten Gehalts erhalten, die bislang üblich war. Statt dessen sollen sie sich selbst eine Erbwerbsquelle suchen. Und: Bis 2015 soll ihnen eine weitere halbe Million Staatsbedienstete in die Arbeitslosigkeit folgen.

Dabei ist das verlorene Gehalt nicht einmal das Schlimmste. Die umgerechnet 15 bis 25 Euro Monatslohn reichten ohnehin nicht zum Leben. Doch konnten die allermeisten Staatsbediensteten allerlei Güter von ihrer Arbeitsstelle mitgehen lassen, von deren Tausch oder Verkauf sie ihren Lebensunterhalt mehr schlecht als recht bestritten.

Aus den Ankündigungen spricht die völlige Ratlosigkeit der kommunistischen Führung. Das Land ist wirtschaftlich am Ende und Havanna hat keinen Plan, wie es den ökonomischen Zusammenbruch aufhalten soll. Der 2006 seinem Bruder Fidel gefolgte Raúl Castro hat zwar ein wenig „Glasnost“ gespielt und an zahllosen Diskussionen mit Bürgern teilgenommen, wo einiger Unmut geäußert wurde. Doch darauf geschehen ist nichts, es blieb beim Gerede, was die Wut nur noch gesteigert hat. Wie sehr die Partei den Volkszorn bereits fürchtet, ja, wie tief er bereits in ihre eigenen Reihen vorgedrungen ist, zeigte sich im November 2009. Auf dem Parteitag der Kommunisten in jenem Monat sollte über die Unzufriedenheit im Volk „offen“ diskutiert werden. Doch kurz vor Beginn packte die Parteispitze offenbar die blanke Panik: Sie sagte den gesamten Parteitag einfach ab.

In einem in Windeseile weltbekannt gewordenen Interview hatte Fidel Castro vor einigen Tagen das kubanische Modell selbst für gescheitert erklärt. Als die Sache Wellen schlug, bezeichnete der greise „Revolutionsführer“ seine Äußerung als ironisch. Natürlich sei der Kapitalismus gescheitert, nicht Kubas Sozialismus, versuchte er den Versprecher zurechtzurücken. Doch da war der Verdacht, Castro habe, die Krise im Nacken, nur aus Versehen die Wahrheit gesagt, nicht mehr zu entkräften.

Weil Felder brach liegen, werden Lebensmittel importiert

In gewohnter Manier versuchen die roten Regenten, ihre desaströse Krise auf den Klassenfeind abzuschieben: Das Embargo der USA sei schuld an der wirtschaftlichen Talfahrt. Das aber glaubt selbst auf der Insel kaum noch jemand. Wie kann Washington dafür verantwortlich sein, dass die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der fruchtbaren Insel brachliegt, dass Kuba daher jährlich für rund zwei Milliarden Euro Lebensmittel einführen muss? Auch weisen die hohen Auslandsschulden von schätzungsweise 20 Milliarden US-Dollar auf Einfuhrmengen hin, die nur möglich waren, weil das Embargo längst beträchtlich gelockert wurde. Für Nahrungsmittel gilt es ohnehin nicht. Kuba, das vor der roten Machtergreifung 1958/59 auf Platz 22 der Rangliste der reichsten Länder der Welt stand und dessen Sozialprodukt pro Kopf damals doppelt so hoch war wie das der Spanier, ist zum Armenhaus geworden durch den Sozialismus. Daran zweifeln selbst Kubaner kaum noch, womöglich nicht einmal mehr seine roten Herren.

Wie drastisch die Ratlosigkeit der „Castristas“ angewachsen ist, lässt sich an ihrem Zickzackkurs der vergangenen 20 Jahre ablesen. Als der Ostblock zusammenbrach, ließen Kubas Kommunisten erstmals seit 1968 wieder kleine Privatunternehmertum zu. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung 1995 besaßen etwa 200 000 Kubaner eine Lizenz für einen kleinen Privatbetrieb. Dann jedoch meinten die Kommunisten offenbar, den Sturm überstanden zu haben – und fürchteten obendrein, aus den Kleinstunternehmern könnte sich eine bürgerliche Schicht entwickeln. Also legten sie den Schalter wieder um, bis zuletzt nur noch knapp 140 000 Lizenzen draußen waren.

Nun plötzlich empfiehlt Raúl Castro, die 500 000 und bald eine Million Staatsbediensteten mögen sich eine Stelle in der Privatwirtschaft besorgen. In welcher Privatwirtschaft? Experten bemängeln nicht bloß, dass diese von den kommunistischen Herren zuletzt gezielt gebremst wurde. Auch gebe es für einen (wieder) größeren privaten Sektor bislang nicht einmal die entsprechende Genehmigungs- und Steuergesetzgebung.

Es ist also zu befürchten, dass Zigtausende längerfristig in der Arbeitslosigkeit enden werden. Ein enormes Protestpotenzial von Menschen, die sich betrogen fühlen dürfen von einem Staat, der ihnen – für alle Entbehrungen durch Bevormundung, Unterdrükkung und Mangelwirtschaft – zumindest die „Freiheit von Arbeitslosigkeit“ versprochen hatte. Nun finden sie sich wieder wie die Ausgestoßenen eines frühkapitalistischen Staates ohne Arbeitslosenhilfe.

Eine spürbare Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Borniertheit der roten Führung löste 1953 in der DDR den Aufstand vom 17. Juni aus. Auch die Geduld der Kubaner sollte an irgendeinem Punkt ein Ende finden. *Hans Heckel*



Verlust der Handelsware: Staatsbedienstete erhalten über ihren Arbeitsplatz oft auch Zugang zu Tauschwaren, mit denen sie auf der Straße handeln. Bild: pa

US-Militär nach Mexiko?

Ministerin Clinton macht Anspielung – Obama rudert zurück

Höchst alarmiert über die Lage im Nachbarland Mexiko, die die USA unhaltbar berührt, verglich US-Außenministerin Hillary Clinton jetzt dieselbe mit Kolumbien zu Präsident Clintons Amtszeit. Damals versuchten Linksrebellen, die Regierung zu stürzen, was nur mit US-Militärhilfe verhindert werden konnte. Die Gewalt in Mexikos Drogen-Krieg eskaliert in einer Weise, die auch in den USA zu steigender Besorgnis um die Stabilität des Landes führt. Seit Präsident Philipe Calderon 2007 den Kartellen den Kampf ansagte, sind 28 228 Menschen zumeist auf grausame Weise ums Leben gekommen. Die im Drogenkrieg eingesetzten 45 000 Mann starken Truppen plus 5000 Bundespolizisten haben die Gewalt nicht verhindern können, sondern eher angefacht. Zudem blüht der Menschenhandel an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze.

Auch die ökonomische Basis Mexikos ist in Gefahr. Selbst die große Öl-Gesellschaft Pemex in Burgos Basin mit den größten Öl- und Gas-Feldern des Landes wird immer wieder von kriminellen Banden attackiert. Nicht nur, dass seit Jahren die Pipelines von den Gangstern angezapft werden, auch Mitarbeiter werden erpresst und, falls sie Widerstand leisten, ermordet. Die Situation hat in der Region, die jahrzehntelang in wirtschaftlicher Blüte stand und wo die meisten Familien seit Generationen mit der Pemex verbandelt sind, zu einem kollektiven Gefühl von Furcht und Bedrohung geführt.

Mexikos Drogenkrieg hat in drei Jahren 28 228 Tote gefordert

Clintons Vergleich mit Kolumbien empörte Mexikos Präsident Calderon und Teile der mexikanischen Politiker und Bevölkerung aufs Äußerste. Sie befürchten bereits eine Übernahme von Mexiko durch die USA.

„Die Aufständischen in Kolumbien wollten die Regierung stürzen“, konterte Calderon. „Die Drogen-Kartelle sind nicht interessiert, Mexiko zu regieren, sondern ihre Milliarden-Geschäfte zu retten.“ US-Präsident Barack Obama sah sich gezwungen, seine Außenministerin zu kritisieren. „Mexiko ist eine dynamische Demokratie mit einer ständig wachsenden Wirtschaft. Das kann man in keiner Weise vergleichen mit Kolumbien vor 20 Jahren.“

Wie gerufen kam für Calderon daher die Verhaftung eines der mächtigsten Drogen-Bosse: Sergio Villareal Barragan, genannt „Le Grande“. Er gehörte zum höchst einflussreichen Beltran-Leyva-Kartell, dessen Gründer Arturo Beltran Leyva der Polizei 2009 ins Netz gegangen war. Arturo hatte sich von Joaquin Guzmans Sinaloa-Kartell getrennt, und man nimmt an, dass der noch flüchtige, allmächtige Guzman ihn verraten hatte. Ebenso wie „Le Grande“ offensichtlich verraten wurde: von seinem Rivalen Valdez, der im August verhaftet wurde. Dafür erschossen Beamte im Juli den Guzman-Verbündeten Ignacio Colronel.

Präsident Calderon sieht eine Wende zum Erfolg seines Krieges. „Die Kartelle sind zerrsplittert, verunsichert und schlagen blindlings um sich“, meint er. „Sie fürchten, ihr Ende ist nahe.“ Man könnte es Mexiko, das am 16. September seinen 200. Unabhängigkeitstag gefeiert hat, nur wünschen. *Liselotte Millauer*

Linke Stoßtrupps im Einsatz

Wahlkampf in Österreich – 83 Prozent: Es ist etwas faul im Staat

Die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP haben allen Grund, den Landtagswahlen am 26. September in der Steiermark und am 10. Oktober in Wien mit Bangen entgegenzusehen. Denn bei den Kernfragen ist alles offen, nämlich ob die steirische ÖVP ihre 2005 knapp verlorene Führung im Land und den Posten des Landeshauptmanns zurückgewinnen wird und ob die Wiener SPÖ ihre absolute Mehrheit halten kann. Die Antworten dürften erst nach Auszählung der Wahlkartenstimmen feststehen, und da es bloß auf deren fristgerechtes Einlangen ankommt, können Wahlkartenwähler de facto sogar erst nach Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse ihre Entscheidungen treffen. Als sicher gilt nur, dass die FPÖ, die 2005 – kurz nach Abspaltung von Haiders BZÖ – auf dem Tiefpunkt war, zulegen wird.

In der Steiermark führen SPÖ und ÖVP einen eher lauen Wahlkampf, denn die Landesverfassung schreibt eine Konzentrationsregierung vor, und man wird so oder so zusammenarbeiten müssen. ÖVP-Chef und Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer schließt aber nicht aus, sich notfalls auch von den FPÖ-Mandataren zum Landeshauptmann wählen zu lassen. Heftige Scharmützel gibt es hingegen zwischen FPÖ und Grünen, primär wegen der Zuwanderungs- und Islam-Probleme. Die KPÖ, die 2005 dank eines populären Spitzenkandidaten in den Landtag einziehen konnte, hat diesmal kaum Chancen. Dasselbe gilt für das BZÖ.

FPÖ warnt vor Überfremdung – und wird attackiert

In Wien haben sich die drei Oppositionsparteien ÖVP, FPÖ und Grüne zwar auf eine Reform des Wahlrechts festgelegt, das bisher der SPÖ mit deutlich unter 50 Prozent der Stimmen die absolute Mandatsmehrheit sicherte. Aber ob die FPÖ so viel zulegen kann, dass sie die sichtlichen Schwächen von ÖVP und Grünen mehr als kompensiert, ist fraglich. Außerdem haben die ÖVP-Spitzenkandidatin Staatssekretärin Christine Marek und die aus Griechenland stammende Grünen-Chefin Maria Vassilakou beide ihre Hoffnung bekundet, von der SPÖ mit dem Vizebürgermeisterposten belohnt zu werden.

Hauptkontrahenten sind somit Bürgermeister Michael Häupl und FPÖ-Chef Heinz Christian Strache, der als Spitzenkandidat auftritt. Auch hier stellt die FPÖ ihre bewährten Themen Sicherheit und Überfremdung in den Vordergrund – und wird dafür mit allen Mitteln attackiert, einschließlich der Verunstaltung von Wahlplakaten und der Störung von Veranstaltungen durch linke Stoßtrupps. Insgesamt hat man fast den Eindruck einer Absprache der Bundes-SPÖ mit der ÖVP: Ihr lasst Häupl ungeschoren, und wir haben nichts dagegen, wenn ihr Landeshauptmann Franz Voves wieder aus dem Amt drängt. Der war ja den Wiener SPÖ-Appartschiks oft recht lästig.

Inzwischen hat die Politikverdrossenheit, nicht zuletzt dank der Affäre Sarrazin, einen neuen Höhepunkt erreicht: Laut Umfragen meinen 83 Prozent, „es ist etwas faul im Staate Österreich“, und zwei Drittel, man müsse sich heute mit seiner Meinung „zurückhalten“, weil man sonst mit „Nachteilen“ zu rechnen hätte. *RGK*

Planlos in die Zukunft

Obwohl die Bilanz des SoFFin mager ist, bekommt die zuständige Behörde neue wichtige Aufgaben

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) sollte die angeschlagene deutsche Bankenbranche neu strukturieren helfen. Die Liste der Gründe, warum die Behörde die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllte, ist lang.

War die am 8. Juli gegründete FMS-Wertmanagement der Hypo Real Estate wirklich die zweite und letzte Bad Bank nach jener der WestLB, die als Folge der Finanzkrise eingerichtet werden musste? Es scheint fast so, denn die Bundesregierung beabsichtigt nicht, den anlässlich der Bankenkrise 2008 gegründeten Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) über das Jahr 2010 hinaus laufen zu lassen.

Doch diese Entscheidung ist keineswegs ein Zeichen dafür, dass die Krise vorbei ist. Denn das Ende des SoFFin bedeutet nur, dass keine neue Bad Bank zur Auslagerung „toxischer" Wertpapiere mehr gegründet werden darf, die Abwicklung der vorhandenen dürfte sich jedoch noch über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinziehen. Auch ist ungewiss, wann die über den SoFFin abgewickelten Staatshilfen in Form von Garantien und stillen Einlagen von den zehn unterstützten Banken nicht mehr benötigt werden. Außerdem wird die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA), die den SoFFin verwaltet, weiter existieren und sogar ab 2011 mit neuen Aufgaben bedacht werden. Die Anstalt, die von Hannes Rehm, Christopher Pleister und Gerhard Stratthaus gemeinsam geleitet wird, soll neben der Abwicklung des SoFFin ab dem nächsten Jahr neue Aufgaben im Rahmen des neuen Restrukturierungsgesetzes, das auch ein Spezialinsolvenzrecht für Banken enthalten soll, übernehmen. So ist geplant, dass die Bankenaufsicht künftig systemrelevante Teile einer insolventen Bank ausgliedert und die restlichen Teile marktschonend abwickelt. Die FMSA soll diesen Vorgang begleiten, indem sie einen noch einzurichtenden, auch über die neue Bankenabgabe finanzierten Restrukturierungsfonds verwaltet, der die Reorganisation der Pleite-Bank mit Bürgschaften und Krediten absichert. Somit wird zwar nicht der SoFFin zur Dauereinrichtung, wie eine Zeit lang befürchtet wurde, dafür aber die FMSA, was im Grunde dasselbe ist, zumal auch die führenden Köpfe identisch sind.

Zwar ist die Entscheidung über die Ko-Existenz der FMSA bereits getroffen, doch fragt man sich, ob die Arbeitsergebnisse des Dreiergespanns und der von ihnen geführten Bundesanstalt die Weiterführung überhaupt rechtfertigen. Will man dem „Manager Magazin" Glauben schenken, sollte die FMSA lieber abgewickelt werden: „Am SoFFin offenbart sich die Unfähigkeit der Politik, die strukturellen Defizite des deutschen Bankensektors zu beseitigen. Die Behörde hat weder die Köpfe noch die Kompetenzen, um sinnvolle Gestaltungsmöglichkeiten für das marode Geldgewerbe zu entwickeln. Stattdessen verzetteln sich die Bankenretter unter der Leitung des früheren Nord-LB-Chefs Hannes Rehm (67) meist in Detailfragen."

Zwar hatte Angela Merkel bei der Einführung des SoFFin den Eindruck erweckt, als solle dieser helfen, neue Strukturen in der deutschen Bankenlandschaft zu schaffen, doch davon ist bisher nicht viel zu sehen. Die Hypo Real Estate (HRE) machte gerade wieder Schlagzeilen, weil sie erst 40 Milliarden Euro an zusätzlichen Garantien dieses Mal für ihre neue Bad Bank benötigte, so dass das Institut inzwischen auf 142 Milliarden Euro Staatshilfen in Form von Garantien und stillen Einlagen kommt. Kurz darauf wurde publik, dass die HRE ihren 1400 Mitarbeitern 25 Millionen Bonus zahlt, obwohl das Unternehmen weiter tiefrote Zahlen schreibt. Offiziell tritt die HRE am Markt fast nur noch über ihre 2009 gegründete Deutsche Pfandbriefbank AG auf, die vom Konzern als „strategische Kernbank" gesehen wird. Ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept für den Konzern scheint es aber nicht zu geben, obwohl auf Drängen des SoFFin mehrere teure Unternehmensberatungen die HRE durchleuchtet haben. Für neue Investitionen wird ihr zudem kein Geld zur Verfügung gestellt. „Der Bank neues Geld in die Hand zu geben, um ihr Geschäft wieder aufzubauen, wäre politisch nicht vermittelbar", zitiert das „Manager Magazin" einen SoFFin-Mitarbeiter.

> Weder die Köpfe noch die Kompetenzen für Veränderungen



Der Leitungsausschuss für den SoFFin: Christopher Pleister, früherer Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sprecher Hannes Rehm, früherer Vorstandsvorsitzender der NordLB, und der ehemalige baden-württtembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus (v.l.) Bild: pa

Auch die meisten der anderen über den SoFFin gestützten Banken wie WestLB, HSH Nordbank und IKB machen weiter Verluste. Commerzbank und BayernLB konnten zwar positive Ergebnisse verkünden, doch wann sie so weit sind, auf die Staatshilfen zu verzichten, ist ungewiss. Offenbar scheint die Regierung hier auch vom SoFFin keine wesentlichen Hinweise zu erwarten, obwohl die Behörde die Bilanzen der gestützten Institute bestens kennen sollte. Und so hat Berlin für diese Frage eine eigene „Exit-Kommission" mit Wirtschaftsexperten gegründet.

Selbst für den Fall, dass der SoFFin wichtige Strukturveränderungen hätte anschieben wollen, hätte er zuvor einen Antrag an den Lenkungsausschuss stellen müssen, der sich aus fünf Vertretern verschiedener Ministerien beziehungsweise dem Kanzleramt zusammensetzt. Dieser trifft sich allerdings derzeit nur durchschnittlich alle sechs Wochen, um zu beraten.

Zudem scheinen weder der SoFFin-Leistungsausschuss noch der Lenkungsausschuss eine Idee für eine Zukunft der Landesbanken zu haben, obwohl auch hier dringender Handlungsbedarf besteht. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) wäre am liebsten aus acht Landesbanken maximal zwei machen. Zwar ist seit den 80er Jahren bekannt, dass sich das Geschäftsmodell und die Zahl der Landesbanken ändern müssen, aber statt realistischer Visionen gab es Spekulationen, die vier Landesbanken nahe an den Ruin trieben. Doch bisher konnten sich die Eigentümer der Landesbanken – verschiedene Sparkassen und Bundesländer – nicht auf weitreichende Fusionen einigen. Zwar verhandeln derzeit WestLB und BayernLB über einen Zusammenschluss, aber beide Häuser sind schwer angeschlagen. Allerdings zwingen die EU und die neuen internationalen Eigenkapitalregeln Basel III zum Handeln. Derzeit dürfte keine Landesbank allein den ab 2013 geltenden Basel-III-Regeln gerecht werden. *Rebecca Bellano*

KURZ NOTIERT

Vorerst kein Geld vom EU-Rettungsschirm benötigt: Irland hat am vergangenen Dienstag neue Anleihen im Wert von 1,5 Milliarden Euro am Kapitalmarkt platzieren können. Zuvor hatte die Befürchtung bestanden, dass die angespannte Finanzlage des irischen Staates Anleger abschrecken würde. Doch da Irland bereit war, erhöhte Zinsen zu zahlen, überstieg die Nachfrage das Angebot sogar um das Fünffache. *Bel*

Deutsche Bank gerüffelt: Wiederholt hat sich die von Josef Ackermann geführte Deutsche Bank gerühmt, die Finanzkrise ohne Staatshilfen gemeistert zu haben. Nun hat Ex-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) gekontert: Allein mit der Rettung der Großversicherung AIG durch die US-Regierung habe die Deutsche Bank 11,8 Milliarden Dollar für fällige Sicherheiten erhalten. Insgesamt hätten staatliche Rettungsmaßnahmen der Bank Abschreibungen von 25 bis 30 Milliarden Euro erspart, erklärt Steinbrück in seinem Buch. *K.B.*

EU greift Vertragsfreiheit an: EU-Gleichstellungskommissarin Viviane Reding hat die Wirtschaft in scharfer Form aufgefordert, den Anteil der Frauen in den Unternehmungsführungen schnell zu erhöhen. „Wenn bis Ende 2011 nichts geschieht, müssen wir über gesetzliche Quoten nachdenken", drohte die „konservative" Kommissarin und nannte eine Zielgröße von 40 Prozent Frauen bis 2020 (siehe Kommentar Seite 8). *K.B.*

Polen höher verschuldet: Polnische Ökonomen warnen: Wenn Premier Donald Tusk und seine Regierung weitermachen wie bisher, wird Polen in Finanznöte geraten. Offiziell beträgt das Budget-„Loch" nur zwölf Milliarden Euro, ist aber eigentlich weit höher, weil viele Ausgaben für Infrastruktur oder Lehrergehälter nicht im Budget auftauchen. Dadurch steigen die Staatsschulden seit 2009 um 25 Milliarden Euro jährlich und die Gesamtverschuldung Polens auf 185 Milliarden Euro. Sie wird weiter anwachsen, falls die Regierung nicht Sparmaßnahmen, Erhöhung von Steuern und Heraufsetzung des Rentenalters durchsetzt. *W. O.*

Rostiges Geschäft

Schiffsfriedhöfe schaffen Arbeit, belasten aber die Umwelt

Immer größere und modernere Schiffe stellen bei der Entsorgung der außer Dienst gestellten Einheiten die internationalen Reeder vor wachsende Probleme. Denn in Europa ist die Verschrottung der stählernen Giganten wegen hoher Umweltauflagen und steigender Lohnkosten nicht mehr rentabel. Aus diesem Grund werden etwa 70 bis 80 Prozent aller weltweit abgewrackten „Pötte" auf den Schiffsfriedhöfen von Indien, Pakistan, Bangladesch und China zerlegt.

Das Zentrum dieses rostigen Geschäfts befindet sich in Alang im indischen Bundesstaat Gujaret. Allein 50 Prozent der Tonnage werden dort bei Springflut hoch auf den Strand gesetzt und verwertet. Indien bezieht so etwa 15 Prozent seiner Jahresproduktion an Stahl aus diesem Geschäft. Zudem wird Zubehör wie Rettungsboote oder nautisches Gerät verkauft. Umweltverschmutzung, unmenschliche Arbeitsbedingungen mit Wochenarbeitszeiten von über 90 Wochenstunden haben das Gewerbe allerdings mehr und mehr in Verruf gebracht. Umweltorganisationen mahnen etwa an, dass allein in Bangladesch die völlige Missachtung der Sicherheitsbestimmungen, Explosionen und Verpuffungen, Asbestvergiftungen und herabfallende Metallteile immer wieder Todesopfer verursache.

Nun hat das höchste Gericht des Landes die Verpachtung von



Rohstoff: Indien bezieht so Stahl.

staatseigenem Küstenland, Buchten und Sandbänken an Abwrackwerften verboten, um – wie es in dem Urteil heißt – die Zerstörung des fragilen Ökosystems an den Küsten und in den Flüssen zu stoppen. Immerhin landen etwa 30 Prozent der ausgedienten Meeresriesen in Bangladesch an. Das schafft Tausende von Arbeitsplätzen und bringt dem verarmten Land zwei Drittel des benötigten Stahls. Nach dem Urteil dürfen ohnehin nur Schiffe geliefert werden, bei denen die Umweltbehörden der Lieferländer die Giftfreiheit zertifizieren.

Sehr oft taufen Reeder die ausgemusterten Schiffe, um Spuren zu verwischen, einfach um. Bekannt wurde der Fall des ehemaligen Passagierschiffes „France", später „Norway". Unter dem Namen „Blue Lady" wurde sie schließlich, belastet mit mindestens 1000 Tonnen Asbest an Bord, heimlich im indischen Alang gestrandet, nachdem sogar Bangladesch die Annahme verweigert hatte. Der französische Flugzeugträger „Clemenceau" mit seiner hohen Schadstoffbelastung musste aufgrund massiver Proteste die indische Abwrackwerft wieder verlassen und nach Frankreich zurückfahren. Er wurde schließlich mit hohen Kosten 2009 in England auseinandergebrannt. Auch ein gigantischer Schiffsfriedhof im russischen Murmansk wartet auf eine umweltgerechte Lösung. Dort liegen zahlreiche abwrackreife Atom-U-Boote und Kriegsschiffe vor Anker, deren Verschrottung mit erheblichen Umweltrisiken verbunden ist. *Joachim Feyerabend*

Zu späte Hilfe

Konjunkturpaket II: Der Staat subventioniert den Aufschwung

Als die Regierung in Tokio Anfang September ein weiteres Konjunkturpaket ankündigte, dürfte kaum ein Japaner Hoffnung auf ein baldiges Ende der seit Jahren andauernden Stagnation gesetzt haben: Dafür haben die Bewohner des Inselstaates in den letzten Jahrzehnten schon zu viele Konjunkturpakete erlebt, die bestenfalls nichts gebracht haben, meistens jedoch einen Anstieg der Schulden. Außer Spesen also nichts gewesen.

Als die Große Koalition in Berlin im Januar 2009 ihr 17,3 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket II auflegte, verwiesen zahlreiche Ökonomen auf die ernüchternden japanischen Erfahrungen mit Konjunkturpaketen, doch das schreckte die Koalitionäre nicht ab. Sie wollten genau wie die Regierungen in Tokio dem Volk zeigen, dass sie handeln und den Konjunktureinbruch nicht einfach hinnehmen.

Ziel war es, bis Ende 2009 die Hälfte des Geldes auszugeben, um so Handwerk und Bau vor den Folgen der Wirtschaftskrise zu schützen. Doch weder beim Bund noch bei den Ländern hatte man Pläne in den Schubladen, wofür dieses Geld ausgegeben werden könnte. Erst musste der Bedarf ermittelt werden, Architekten, Ingenieure und Handwerksbetriebe mussten Kostenvoranschläge machen, der passende Anbieter ausgewählt, Bauanträge und Gelder genehmigt werden ... und dann war das Jahr 2009 schon vorbei. „In Berlin waren einige zu optimistisch und haben unterschätzt, was vor Ort geleistet werden muss, bevor das Geld fließen kann", merkt hierzu ein Sprecher des Finanzministeriums von Sachsen-Anhalt an. Hier wurden bis September 34,6 Prozent der 356,2 Millionen Euro Bundesmittel abgefragt.

> Gelder werden nur schleppend abgerufen

Aber nicht nur das Jahr 2009 endete, ohne dass die geplanten Gelder abgerufen waren. Auch die Wirtschaftskrise, die durch diese finanziellen Mittel eigentlich überwunden werden sollte, überschritt erfreulicherweise kurz vor Jahreswechsel ihren Tiefpunkt und die Konjunktur zog wieder an.

Als die Wirtschaft wieder anfing zu wachsen, waren erst etwa 25 Prozent der für das Jahr vorgesehenen Mittel abgerufen worden. Und obwohl die Konjunktur nun wieder angesprungen ist, hält die Bundesregierung auch weiter unverdrossen an ihrem Konjunkturpaket fest und subventioniert somit kostenträchtig den Aufschwung.

Allerdings ist auch im Herbst 2010 noch nicht einmal die für 2009 vorgesehene Summe der staatlichen Gelder abgerufen, doch Bund und einige Länder feiern das Konjunkturpaket II weiter als Erfolg. Das Finanzministerium verweist darauf, dass ja nicht die wirklich gezahlten Gelder zählen, sondern die geplanten Projekte.

„Für einen Handwerker ist die Konjunkturunterstützung, dass er kostendeckend gearbeitet hat und das Geld auf dem Konto hat", verwirft der Essener Dachdeckermeister Stefan Küppers in der „Welt" diese Behauptung des Bundes. Erst wenn das Geld auf dem Konto sei, könne ein Unternehmer schließlich seine Mitarbeiter und Lieferanten bezahlen, neue Ware kaufen und somit die Konjunktur wirklich beleben. *Bel*

Deutsche Opfer

Von Hans Heckel

Für den Vatikan war der Besuch des Papstes in Großbritannien zweifellos ein Erfolg. Selbst die beißwütige Inselpresse sah sich nach den ersten Auftritten von Benedikt XVI. genötigt, ihren giftigen Ton deutlich zu mildern.

Für die Deutschen jedoch blieb ein Nachgeschmack: Was trieb das Oberhaupt der katholischen Kirche dazu, die Luftschlacht des Zweiten Weltkriegs zu erwähnen und die Rolle der Briten so uneingeschränkt zu loben? Nur Tage ist es her, dass im Rahmen der Steinbach-Kontroverse von allen Seiten eingeklagt wurde, man müsse die Ereignisse des Krieges „im Kontext sehen“, dürfe nichts „einseitig herauslösen“. Als Coventry im November 1940 angegriffen wurde, hatten die Einwohner Hamburgs schon ein gutes Dutzend britischer Luftattacken hinter sich. Der Blutzoll allein dieser Stadt ist mit 56000 Toten niemals auf eine Stufe zu stellen mit den 568 Opfern der mittelenglischen Industriestadt.

Wer die Dinge „im Kontext“ sehen will, der kann über den Luftkrieg vor 65 bis 70 Jahren nicht reden, ohne auch die deutschen Opfer zu würdigen. Davor scheute der Papst zurück. Das ist zu bedauern.

Quoten-Keule

Von Rebecca Bellano

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Justiz- und Gleichstellungsfragen, droht, falls der Anteil der Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft in den nächsten Monaten nicht maßgeblich ansteigt, mit einer EU-weiten Frauenquote. Das heißt, die Frauenquote wird kommen, denn es ist völlig unmöglich innerhalb weniger Monate den Anteil der Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.

Da fragt man sich allerdings, seit wann Brüssel der freien Wirtschaft vorschreiben kann, mit wem sie ihre Firmenspitze zu besetzen hat. Und wieso entdecken plötzlich alle, selbst die CSU, die Frauenquote für sich?

Zwar besteht kein Zweifel an der Tatsache, dass zu wenig Frauen in Führungspositionen anzutreffen sind, doch löst man so etwas mit Zwang von oben? Und sollte man nicht, in Zeiten, wo der internationale Wettbewerb immer härter wird, darauf achten, dass die Besten der Besten an der Spitze sitzen?

Allerdings ist es schon merkwürdig, dass so wenig Frauen trotz bester Ausbildung Führungspositionen innehaben. Doch bevor man mit Quote von oben droht, sollte man zumindest schauen, woran das liegt. Sind es wirklich böse Männercliquen, die Frauen den Weg nach oben versperren, wie immer wieder behauptet wird? Sind es typisch weibliche Eigenschaften, die Frauen im Kampf um Führungspositionen unterliegen lassen? Sind es die Schwierigkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinen? Und welche dieser Probleme können mit einer Quote behoben werden? Fragen über Fragen, die erst einmal beantwortet werden müssen, bevor man die Quotenkeule schwingt.

Akzent gegen Schwarz-Grün

Von Konrad Badenheuer

Enormes taktisches und strategisches Geschick hat Angela Merkel bewiesen, als sie zuletzt ihrem konservativen CDU-Landesverband im Südwesten gleich zwei Geschenke überreichte. Die kräftige Laufzeitverlängerung für die Atomkraft und der temperamentvolle Einsatz der Kanzlerin für das bereits im Bau befindliche Projekt „Stuttgart 21“ nützen der CDU in Baden-Württemberg und mindern etwas den heftigen Druck auf der rechten Flanke der Partei.

Beide Entscheidungen finden unter konservativen Wählern klare Unterstützung, also nicht zuletzt unter den vielen „Stillen im Lande“, die sich zuletzt in so großer Zahl von der CDU abgewandt hatten, dass diese im an sich konservativen Südwesten bis auf 35 Prozent abgesackt war.

Die Entscheidungen Merkels sind zugleich eine scharfe Abgrenzung von den immer stärker auftrumpfenden Grünen. Sei es wegen der Probleme mit Schwarz-Grün in Hamburg, sei es doch aus Sorge um die Reste an programmatischer Identität der CDU: Mit diesen beiden Akzenten hat Merkel all denen – bei den Grünen und in der eigenen Partei – eine kalte Dusche verpasst, die schnurstracks auf schwarz-grüne Bündnisse zumarschieren wollten. Die Latte für solche Bündnisse liegt nun höher, die Grünen wissen jedenfalls, dass sie der CDU bei etwaigen künftigen Verhandlungen nicht die Bedingungen diktieren können. Auch im Kampf um politische Zustimmung können diese Entscheidungen der CDU nutzen: Auf den ersten Blick hat Merkel hier zwar jeweils die Stimmung gegen sich. Doch ein selbstbewusstes „das sind unsere Überzeugungen, wenn Mehrheiten fehlen, dann kämpfen wir eben um sie“ hat schon oft den Wählern imponiert.

Merkel hat es in der Hand, ob eine neue Rechtspartei entsteht

Die CDU-Führung wäre aber schlecht beraten, wenn sie meinte, allein mit diesen beiden Duftmarken Konservative zurückgewinnen zu können. Vor allem zur Schicksalsfrage unserer Nation, der explosiven Mischung aus zu wenig Geburten, Massenzuwanderung von gering Qualifizierten, schlechter Integration und fortschreitender Islamisierung unseres Landes hat die CDU schon lange nichts Vernünftiges mehr gesagt – und im Falle Sarrazin sogar jede Menge Unvernünftiges.

Erst wenn hier eine tatsächliche und dauerhafte Kurskorrektur geschieht, kann die CDU wieder auf Wahlerfolge hoffen. Andernfalls steht Deutschland dieselbe Entwicklung bevor, die die meisten anderen Länder Europas – zuletzt Schweden – bereits hinter sich haben: Eine „rechte“ Partei wird dauerhaft den Weg in die Parlamente schaffen. Ihr Profil kann noch niemand genau beschreiben, denn die diversen Rechtsparteien in Europa sind sehr unterschiedlich. Nur ein Programmpunkt ist klar: Gegen weitere Masseneinwanderung von außerhalb Europas und gegen eine weitere Islamisierung des Landes.



Schrill und laut ist der Protest gegen „Stuttgart 21“ – und er ignoriert die Entscheidungen der Parlamente. Die SPD hat sich von den Demonstranten dennoch beeindrucken lassen und fordert nun wie die Grünen den Baustopp und eine Volksabstimmung. Merkel nutzt diese Steilvorlage aus.

Bild: ddp

Gastbeitrag:

Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken

Von Claus-M. Wolfschlag

Das Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen „Wende“ gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch „Die Alternative“ von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.

Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem „multikulturellen“ Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegensätzen und ein neues aggressives Proletariat, das das „weiße“ Bürgertum zu entmachten imstande wäre. „Grüne“ wiederum setzen durch das Experimentieren mit „Vielfalt“- und „Diversity“-Konzepten darauf, einen transnationalen „neuen Menschen“ zu kreieren.

Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und „Kampf gegen Rechts“ scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.

Linksintellektuelle ohne Ideen, dafür moralisch umso aggressiver

Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die „neuen Jakobiner“, sprach von der „Götterdämmerung der 68er“ und kritisierte die dem Volk entfremdete „Parallelgesellschaft“ der politischen Elite und der Medienlinken: „Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er ... Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv.“ Volker Zastrow wandte sich in der „FAZ“ gegen den Claudia-Roth-Jargon: „Warum soll ‚unerträglich‘ sein, dass einer die Welt so beschreibt? ... Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen...“

Das vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel maßgeblich initiierte Parteiausschlussverfahren gegen Sarrazin könnte so zum Bumerang für die Sozialdemokraten werden. Schließlich wendet sich eine große Zahl der SPD-Mitglieder gegen einen Ausschluss. Indes kann die derzeitige Parteiführung kaum noch anders handeln, denn zu stark ist die Partei bereits in den Großstädten durchsetzt mit Einwanderern. Eine Sarrazin-Figur passt also zunehmend weniger in das Konzept einer „multikulturell“ agierenden SPD, die die alten deutschen Stammwähler möglichst lange verbal ruhig zu stellen versuchen wird.

Ähnliche Verwerfungen zwischen dem linken Funktionärskörper und der sozialen Basis könnten sich auch bei der Partei „Die Linke“ ergeben. Schließlich würden nach einer aktuellen Umfrage 29 Prozent ihrer Wähler einer fiktiven Partei rechts der Union ihre Stimme geben, weitaus mehr also als etwa im CDU-Wählerreservoir (17 Prozent). Oskar Lafontaine, der gelegentlich verbal die nationale Karte gespielt hat, ist sich dieser sozialnationalen Grundstimmung in der linken Wählerschaft durchaus bewusst. Und so herrscht gerade bei der „Linken“ die berechtigte Angst, das in den letzten Jahren angesammelte Protestwählerpotential zu verlieren, wenn sich denn eine akzeptable Wahlalternative – möglichenfalls von rechts – formieren würde.

Die radikale Linke, sogenannte „Antifaschisten“ oder „Autonome“, können bei den Auswirkungen der Sarrazin-Debatte außen vor gelassen werden. In diesem, maßgeblich vom studentischen Lumpenproletariat der Gesellschaftswissenschaften getragenen, Milieu herrscht seit vielen Jahren geistiger Stillstand. Meist beschränkt er sich mittlerweile in einem pathologischen Hass auf die deutsche Nation. Die Sarrazin-Debatte ist ihnen nur ein weiterer Grund für die üblichen Sitzblockaden, Schrei- und Gewaltaufmärsche, die der Einschüchterung Andersdenkender dienen sollen.

Die Qualität der Situation ist neu, und der Unterschied zu bisherigen Kampagnen gegen Abweichler vom politisch-korrekten und „multikulturellen“ Weg der bundesdeutschen Politik liegt in vier Punkten: 1. Thilo Sarrazin ist keine Randfigur. Er war Finanzsenator von Berlin und Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Das unterscheidet ihn von in den Medien wenig präsenten Wissenschaftlern (Robert Hepp, Ernst Nolte), politischen Hinterbänklern (Martin Hohmann) oder medialen Nebenfiguren (Eva Hermann). Sarrazin ist also ein Dissident aus dem Zentrum des Machtapparats. Viele Veränderungen entstehen nicht von außen, sondern anfänglich im Inneren.

Treibt die Schuldigen des Multi-Kulti-Debakels schon Angst vor Strafe?

2. Sarrazin kommt von der politischen Linken und hat sich auch keinesfalls als Renegat präsentiert. Das macht eine der sonst üblichen linken Kampagnen schwieriger, die vorzugsweise Vertreter des politischen Konservatismus „rechtsradikaler“ Tendenzen bezichtigt. Eine „Rechtsradikalismus“-Debatte würde auf die Sozialdemokratie zurückfallen.

3. Sarrazin vermied Attacken an der stärksten Bastion der Etablierten – dem fast religiös verteidigten Geschichtsbild zur NS-Vergangenheit. Der „Juden-Gen“-Ausrutscher reichte nicht für eine größere Kampagne. Das ist der größte Unterschied zu den erfolgreichen Kampagnen gegen Ernst Nolte (1986), Steffen Heitmann (1993), Martin Hohmann und Reinhard Günzel (2003), bis hin zu Eva Herman (2007). Sarrazin hingegen blieb in der Gegenwart. Die von ihm angesprochenen Probleme betreffen faktisch alle Teile des Volkes, in Zukunft vor allem die jungen Menschen.

4. Sarrazin ist intellektuell derart fundiert, dass er standhaft blieb und nicht in die „sozialistische Selbstkritik“ verfiel. Das unterscheidet ihn etwa von einem Günther Oettinger.

Die Rezeption des Sarrazin-Buches hat zudem erst angefangen, da die bislang 400000 Käufer mitten im Lesen stecken. Die Eliten können nur versuchen, Zeit zu schinden, aber die Probleme kehren verstärkt wieder. Und da der herrschende Parteienblock keine Antwort mehr hat und sich so eindeutig in Richtung eines demographischen Umbaus der deutschen Gesellschaft festgelegt hat, wissen dessen Führungskräfte auch, dass ein Scheitern ihres Weges dazu führen könnte, dass sie unmittelbar zur Verantwortung dafür gezogen werden. Die Verunsicherung der Funktionseliten heißt allerdings nicht, dass nun eine „Wende“ unmittelbar bevorstehe, die sich einer nachhaltigeren Bevölkerungspolitik annähme. Möglich ist auch, dass zuerst die Repressionsschraube weiter angezogen wird, etwa via zunehmender Kontrolle über das bislang freie Medium Internet oder verschärfte Strafjustiz.

Das Thema aber bleibt virulent. Die Diskussion darüber kann durch allerlei Ablenkung vielleicht eine Weile aus den Medien gehalten werden, wird bei nächster Gelegenheit aber umso heftiger wieder an die Oberfläche treten. Insofern hat Doris Neujahr durchaus treffend in der „Jungen Freiheit“ gefragt: „Thilo Sarrazin hat das Seine getan. Wer macht weiter?“

Claus-M. Wolfschlag (1966) studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Politikwissenschaft. Er arbeitet als Journalist sowie publizistisch als Kultur- und Geisteswissenschaftler. Einer seiner Schwerpunkte ist die Entwicklung der politischen Linken in der Bundesrepublik.*

Mondlicht als Hoffnungsschimmer

Das Pommersche Landesmuseum in Greifswald zeigt »Die Geburt der Romantik«

Mit seiner Ausstellung „Die Geburt der Romantik“ zeigt das Pommersche Landesmuseum in Greifswald Spitzenwerke von Caspar David Friedrich, Philipp Otto Runge und August von Klinkowström. Es wird eine Künstlerfreundschaft beleuchtet, die eine neue Kunst hervorbrachte.

Dass die Romantik in der Umgebung von Greifswald das Licht der Welt erblickte, veranschaulicht das Pommersche Landesmuseum mit Einträgen aus drei Taufregistern. Caspar David Friedrich (1774–1840) wurde als Sohn eines Lichtgießers in Greifswald geboren. Der vor 200 Jahren gestorbene Philipp Otto Runge kam 1777 als Sohn eines Reeders in Wolgast

Freundschaft erstmals in einer Ausstellung dargestellt

zur Welt. Und Friedrich August von Klinkowström (1778–1835) wurde als Sohn eines Gutsbesitzers im zwischen Greifswald und Wolgast gelegenen Schloss Ludwigsburg geboren.

Die Schau in Greifswald ist die erste, welche die Freundschaft der drei Maler aus Pommern beleuchtet und ihr Schaffen zueinander in Beziehung setzt. Aufgeboten sind 30 Gemälde und 80 Grafiken der berühmten Romantiker Friedrich und Runge sowie von Klinkowström, dessen Schaffen der Öffentlichkeit bislang völlig unbekannt ist.

Nach seiner Verabschiedung vom Militär beschloss Klinkowström, sich der Kunst zu widmen. Mit Friedrich bezog er 1802 in Dresden eine Wohnung. Bald lernte er Runge kennen, mit dem ihn sodann eine lebenslange innige Freundschaft verband. Ein Kredit der Familie Runge ermöglichte Klinkowström ab 1808 einen Studienaufenthalt in Paris und Rom. Nachdem er sich jedoch 1811 in Wien vergebens um eine Anstellung an der Akademie bemüht hatte, gab er die Kunst als Brotberuf auf.

Stattdessen wurde er in Wien Leiter einer Lehranstalt für katholische Knaben. Für die entwarf er 1818 das ausgestellte „ABC-Büchlein“. Es hat zu jedem Buchstaben eine Illustration und einen Reim. Zum Buchstaben „G“ lautet der Vers: „Ein Gärtner gießt und gräbt und hofft auf Sonnenschein / Doch schafft die Sonne nichts, nur Gott allein.“

Wie Klinkowström sahen auch Friedrich und Runge die Aufgabe der Künste darin, im Menschen ein religiöses Gefühl zu wecken. Klinkowström verkündete: „Wir fühlen, dass der Mensch zwischen zwei Welten steht, von denen die obere schön, die untere vergänglich ist, und jene unsere eigentliche Heimat, diese aber eine Pilgerfahrt ist.“ Und in einem Gedicht von Friedrich heißt es: „Dunkelheit decket die Erde, Klarheit leuchtet von oben!“

Ein bevorzugtes Thema der drei Künstler war das Aufblühen, Wachsen und Vergehen in Menschenleben und Natur. Ausstellungskuratorin Birte Frenssen erläutert: „In ihren Tages- beziehungsweise Jahreszeitenzyklen verliert der Mensch nach der paradiesischen Unschuld des Morgens das Göttliche aus den Augen, um am Abend des Lebens erneut nach dem Unvergänglichen zu streben.“ In diesem Geiste schuf Klinkowström das Aquarell „Ossian zwischen Morgen und Abend“ (1807) und Runge die Kupferstiche (1807) „Morgen“, „Tag“, „Abend“ und „„Nacht“, in deren Mittelpunkt jeweils die göttliche Lilie steht. „Denk an deinen Tod“, so Birte Frenssen, lautet die Botschaft von Friedrichs Gemälde „Ruine Eldena im Riesengebirge“ (1830/34): Von der prächtig gelben Abenddämmerung wandert unser Blick hinab auf Erden. Dort entdecken wir in der Dunkelheit einen abgestorbenen Ast und eine Ruine als Sinnbilder der Vergänglichkeit.



Caspar David Friedrich: Schiffswrack im Mondschein (Öl, ohne Jahresangabe) Bild: spsg

Aber die Hoffnung auf Erlösung bleibt. Klinkowström feiert sie mit seinem Ölgemälde „Heilige Nacht“ (1806), einer großformatigen Kopie nach Correggio, in der das Jesuskind in den Armen der Mutter die Quelle des Lichts der Welt ist. In den Stürmen des Lebens bietet Jesus Halt, wie Runges Sepiablatt (1805/06) und Gemälde „Petrus auf dem Meer“ (1806) zeigen: Die Glaubenszweifel versinnbildlichende aufgewühlte See wird durch Christus im tröstenden Mondlicht geglättet. Daneben hängt Friedrichs Gemälde „Schiffswrack im Mondschein“. Im grauschwarzen Wolkengeschiebe ist nur ein Stückchen vom hell leuchtenden Mond auszumachen. Doch schon das genügt, um auf dem Wasser einen kleinen „Hoffnungsschimmerreflex“, wie Birte Frenssen das nennt, zu erzeugen.

Die Schau endet mit einem grandiosen Ensemble von Bildern Caspar David Friedrichs. Zu ihnen gehören das verträumte „Greifswald im Mondschein“ (1817), die heiteren „Wiesen bei Greifswald“ (1821/22) und die knorrige „Eiche im Winter“

Tote Äste und Ruinen als Sinnbild der Vergänglichkeit

(1817), die aufrecht allen Widrigkeiten der Natur trotzt. In dem wenige Jahre vor seinem Lebensende mit Bleistift und Pinsel in Braun ausgeführten Blatt „Tollense-See in Neubrandenburg“ hat es der Fluss (des Lebens) nicht mehr weit bis zu seiner Mündung im See.

Das Schlusswort hat Birte Frenssen: „Klinkowström starb 1835 in Wien. Dreißig Jahre nach Runges Tod folgte, verarmt und vergessen, Friedrich in Dresden: Drei, die ohne großes Bordgepäck losgezogen waren, um – geleitet durch einen schlichten Herzensglauben – eine neue Kunst im Aufgang einer neuen Zeit zu schaffen.“

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung „Die Geburt der Romantik“ bis 21. November ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr im Pommerschen Landesmuseum, Rakower Straße 9, Greifswald zu sehen. Der Katalog kostet 24 Euro.

IN KÜRZE

Antoine Pesne in Rheinsberg

Antoine Pesne (1683–1757), der schon bei Kronprinz Friedrich in Rheinsberg wirkte, war bis zu seinem Tod 1757 für den König tätig. Im Schloss Rheinsberg schuf er fünf Deckengemälde, die alle noch erhalten sind und die in besonderen Führungen dem Publikum gezeigt werden. Das Zentralgemälde im Spiegelsaal stellt eine Allegorie auf die Thronbesteigung Friedrichs des Großen dar. Zusammen mit den Porträtgemälden ist im Schloss Rheinsberg eine einzigartige Sammlung von Pesnes Schaffen vertreten.

Friedrich I. war es, der den in Rom und Venedig ausgebildeten Pesne 1711 an seine Residenz berief. Der Maler war mit seiner Familie bereits ein Jahr zuvor nach Berlin gekommen, in der Hoffnung, zum Hofmaler befördert zu werden. Bald 47 Jahre diente er als Maler drei Preußenkönigen und schuf in dieser Eigenschaft unvergängliche Kunstwerke. Pesne beschäftigte zu seiner Glanzzeit in der Werkstatt bis zu 46 Mitarbeiter und erhielt Aufträge aus dem In- und Ausland. Ihm gelang es, Porträts von großer Intensität zu schaffen. Die Bildnisse der damals vornehmen Gesellschaft lassen uns Heutige teilhaben an ihrem Leben und Einblicke gewinnen von dem Wesen dieser Menschen.

Als Antoine Pesne am 5. August 1757 starb, hinterließ er eine stattliche Reihe von Werken. Viele waren in den preußischen Königsschlössern, andere aber befanden sich auch in Privatbesitz. Beim Anblick kann man die Begeisterung des Kronprinzen Friedrich nachempfinden, der 1737 schwärmte: „Alles in deinen Bildern lacht und lebt, dein Können übertrifft der Schöpfung Werke.“

Silke Osman

Sonderführung am 25. September, Beginn 14 Uhr, Treffpunkt Schlosskasse Rheinsberg, Eintritt 5 / 4 Euro.

Verkannter Meister der Pointe

Carl Spitzweg zum 125. Todestag – Der Maler war weit mehr als nur ein Darsteller deutscher Gemütlichkeit

Das frühere Deutungsmuster der Kunst Carl Spitzwegs (1808–1885) als „Inbegriff deutscher Gemütlichkeit und deutschen Lebensgefühls“ hat längst seine Geltung verloren. In einer Hinsicht hat der Spitzweg-Biograph Eugen Kalkschmidt jedoch recht behalten, der 1945 schrieb: Dieser alte Meister einer einzigartigen Biedermeiermalerei werde hierzulande immer wieder neu entdeckt, geschätzt und gefeiert werden.

Im Reich der Phantasie

Allein im vergangenen Jahrzehnt waren mehrere Bildbände und erstrangige Ausstellungen dem Werk Carl Spitzwegs gewidmet. Anlässlich des 125. Todestags Carl Spitzwegs am 23. September gilt es, an den in Deutschland wohl populärsten Künstler zu erinnern, der zu seinem eigenen Pläsir malte und, bildhaft ausgedrückt, einen „Exodus“ (nach Schopenhauer) in das Reich der Phantasie vollzog.

Dorthin lässt sich der Betrachter seiner Gemälde gern entführen, und vielleicht aus diesem Grund begegnen sie uns so häufig als Reproduktionen, vor allem in Kalendern. Doch es sind meist dieselben Bilder wie „Der arme Poet“, „Der Bücherwurm“, „Der Schmetterlingsfänger“ und einige andere. Dabei schuf Spitzweg nicht weniger als 1700 Ölgemälde und Aquarelle, dokumentiert in einem vor wenigen Jahren erschienenen Werkverzeichnis. Namhafte in- und ausländische Museen und Privatsammlungen sind im Besitz seiner Gemälde und Zeichnungen, darunter solche in den USA und Kanada. Nirgends auf der Welt sind Arbeiten des bedeutenden Meisters der Spätromantik allerdings in größerem Umfang vertreten als im Museum Georg Schäfer in Schweinfurt.

1833, im Alter von 25 Jahren, entschied sich Carl Spitzweg nach einem abgeschlossenen Apothekerstudium für den Beruf des Kunstmalers, nachdem er durch eine Erbschaft finanziell unabhängig geworden war. Der hochbegabte Autodidakt erarbeitete sich seinen Frühstil selbst, indem er die Maler der deutschen Romantik studierte. Seit Mitte der 1830er Jahre schuf er klein- und mittelformatige Genre-Szenen und Landschaften und nahm als einer der ersten seines Münchener Künstlerkreises impressionistische Einflüsse auf. Man hat den Eindruck, seine Landschaften seien im Freien gemalt – sie entstanden jedoch wie alle Ölgemälde in seinem Münchener Atelier, dem „Stillen Winkel“.

Der Gegensatz von stimmungsvoller Kulisse und merkwürdiger Staffage tritt von Anfang an hervor: Skurrile und ganz hausbackene Typen, barocke und mittelalterliche Architektur, aber auch immer wieder die Vereinzelung des Menschen in einer traumhaft schönen Landschaft setzte der Künstler ins Bild. Die technischen Errungenschaften seiner Zeit sparte er aus. Auch mit biblischen Themen und Personen hat er sich beschäftigt, am meisten mit der Gestalt der Maria.



Carl Spitzweg: Der Sonntagsspaziergang (Öl, 1841) Bild: Internet

Der Maler liebte es, mit Witz und Ironie kritikwürdige Situationen und bedauerliche Zustände im menschlichen Leben zu entlarven. Er war ein Schöpfer gestörter wie heiler Idyllen, was man zunächst leicht übersieht, wenn man in erster Linie einen Blick in die „gute alte Zeit“ erhaschen möchte. Spitzweg ist also keinesfalls als eine Art Volkskünstler aufzufassen, sondern er war ein Meister der Pointe und der phantastischen Verfremdung bis ins Groteske.

Gerade das Spätwerk mit den vielfältigen Stimmungen und zahlreichen, meisterlich kolorierten Nachtstücken verweist auf die menschliche Gefährdung, auf Urängste, auf die „Spannung nahe am Abgrund“. Skandiert „Der arme Poet“ einen Vers oder zerdrückt er einen Floh zwischen Daumen und Zeigefinger, während er unter dem aufgespannten Regenschirm im Bett seiner Lektüre frönt? Indessen löst der scharfe Ausdruck der Resignation im Gemälde „Der Hypochonder“ Betroffenheit aus: Einer dieser Einsamen, die man Hagestolz nannte, schaut aus einem Dachgiebelfenster in die Ferne und hängt seinen Gedanken nach. Richtet sich der Blick des Betrachters auf ein junges Mädchen, das im Haus schräg gegenüber mit einer Handarbeit am Fenster sitzt – auf der anderen Seite der dunklen Gasse, doch für den Mann am Fenster in unerreichbarer Ferne –, so wird klar: Der Melancholiker bildet sich seine Kontaktschwäche keineswegs ein, er ist mit ihr geschlagen! Spitzweg selbst blieb unvermählt.

Als studierter Apotheker kam ihm seine pharmazeutische Ausbildung hinsichtlich der Herstellung von Farben zugute. So verwendete er ein leuchtendes Blau, das bei keinem anderen Maler zu finden ist. Auf seinen zahlreichen Reisen in die Schweiz, nach Frankreich und Italien, die er aus gesundheitlichen Gründen seit 1865 nicht mehr unternehmen konnte, traf er namhafte Künstler

Ein Zeichner mit geübtem Blick

und griff neue Strömungen auf. Als Zeichner war er von schlagender Sicherheit. Von 1844 bis 1853 war er als Illustrator für die Zeitschrift „Fliegende Blätter“ tätig. Vier von ihm eingereichte Bilder fanden 1867 auf der Pariser Weltausstellung große Anerkennung.

In den letzten beiden Jahrzehnten seines Schaffens tritt die Bildpointe zurück, dennoch blieb er sich lebenslang treu mit seiner kritisch-heiteren Programmatik. 1880 verkaufte er 37 Bilder, mehr als je zuvor in einem Jahr. 1885 starb Carl Spitzweg auf dem Höhepunkt seiner künstlerischen Laufbahn. *Dagmar Jestrzemski*

Der ewige Verlierer

Punkt, Punkt, Komma, Strich, fertig ist – Charlie Browns Gesicht. Wenn es so einfach wäre! Es ist schon erstaunlich, wie es dem Comic-Zeichner Charles Monroe Schulz (1922–2000) mit nur wenigen Strichen gelang, Charaktere zu zeichnen und mit nur wenigen Worten die Tragik des Lebens zu erfassen. Am 2. Oktober 1950 wurde der erste Peanuts-Comic

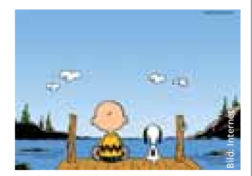


Bild: Internet

Charly Brown und Snoopy

des in Minneapolis (USA) als Sohn eines deutschstämmigen Friseurs und einer Norwegerin geborenen Schulz veröffentlicht. Der Titel für die Vier-Bild-Comics wurde von einem Redakteur erfunden, der meinte, sie wären nur „Peanuts“ (Erdnüsse), also Kleinigkeiten. Irrtum. Sie erschienen schließlich täglich in 2600 Zei-

In 21 Sprachen übersetzt

tungen, in 75 Ländern und in 21 Sprachen. 75 TV-Specials von einer halben Stunde, fünf Filme (Länge eine Stunde) und vier abendfüllende Spielfilme widmeten sich Charlie Brown und seinen Freunden Snoopy, Woodstock, Lucy, Linus und Schroeder. Nach seinem Tod, so verfügte Schulz, sollten keine Fortsetzungen gezeichnet werden.

Rund eine Milliarde US-Dollar hat er mit seinen Bildergeschichten verdient. Aus dem schüchternen Charles M. Schulz, der mit Charlie Brown sein Alter Ego („Was meine Figuren sagen und tun, das bin ich“) geschaffen hat, war ein steinreicher Mann geworden, der 17897 Strips mit rund 80000 Einzelbildern geschaffen hat. Nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene erfreuten sich an den Abenteuern des einsamen Helden und ewigen Verlierers Charlie Brown und seines Hunds Snoopy. *Silke Osman*

Der Südwesten erinnert an die Staufer

Eine Reihe von Sonderausstellungen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen

Die aus Schwaben stammenden Staufer waren im 12. und 13. Jahrhundert das glanzvollste Herrschergeschlecht Europas. Ihre Könige und Kaiser geboten über Gebiete von der Nordsee bis nach Sizilien. Zu Ehren der ruhmreichen Dynastie haben die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen das „Stauferjahr 2010“ ausgerufen.

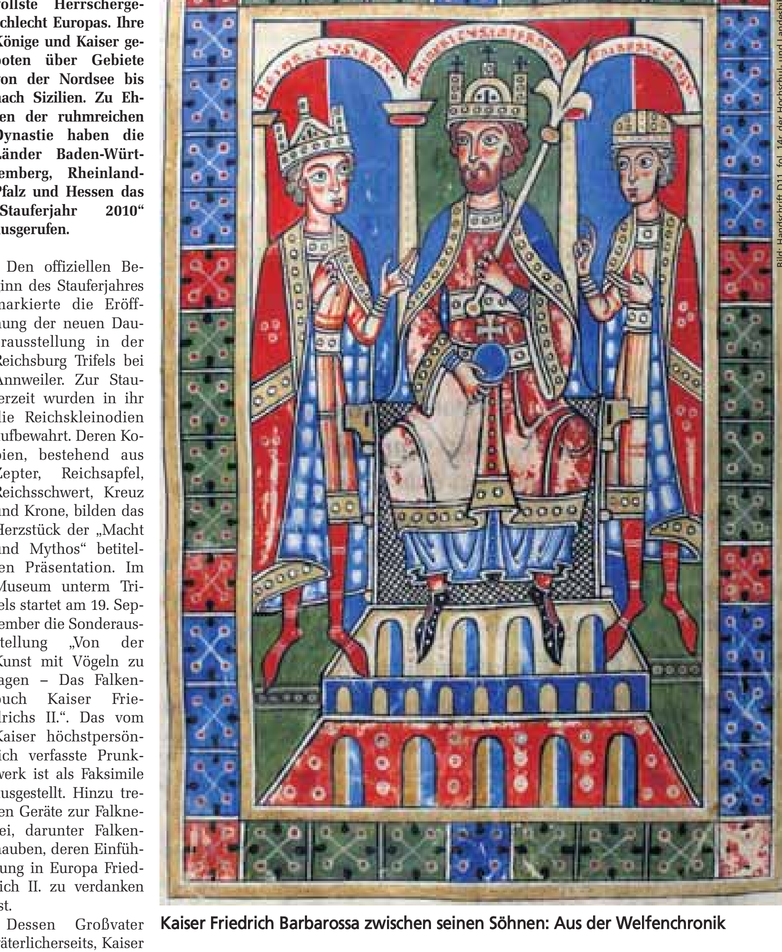


Bild: Handschrift D11, fol. 14r, der Hochschul- und Landesbibliothek Fulda

Kaiser Friedrich Barbarossa zwischen seinen Söhnen: Aus der Welfenchronik

Den offiziellen Beginn des Stauferjahres markierte die Eröffnung der neuen Dauerausstellung in der Reichsburg Trifels bei Annweiler. Zur Stauferzeit wurden in ihr die Reichskleinodien aufbewahrt. Deren Kopien, bestehend aus Zepter, Reichsapfel, Reichsschwert, Kreuz und Krone, bilden das Herzstück der „Macht und Mythos“ betitelten Präsentation. Im Museum unterm Trifels startet am 19. September die Sonderausstellung „Von der Kunst mit Vögeln zu jagen – Das Falkenbuch Kaiser Friedrichs II.“. Das vom Kaiser höchstpersönlich verfasste Prunkwerk ist als Faksimile ausgestellt. Hinzu treten Geräte zur Falknerei, darunter Falkenhauben, deren Einführung in Europa Friedrich II. zu verdanken ist.

Dessen Großvater väterlicherseits, Kaiser Friedrich I. Barbarossa, fühlte sich Kaiserslautern wegen des Baus der Kaiserpfalz besonders verpflichtet. Und so zeigt die Barbarossastadt seit dem 26. Juni im Theodor-Zink-Museum die Wechselausstellung „Barbarossa: Historie, Mythos, Marketing“. Im Mittelpunkt stehen bildliche und literarische Darstellungen, die Sagenfigur, etwa der im thüringischen Kyffhäuser bis zu seiner glanzvollen Wiederkehr schlummernde Kaiser, und dessen Vereinnahmung für politische Zwecke.

Barbarossas zweiter Sohn, Kaiser Heinrich VI., führt die prachtvollen bildlichen Darstellungen von Minnesängern und Dichtern im Codex Manesse an. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts geschaffen, enthält er die umfassendste Sammlung mittelhochdeutscher Lieddichtung von etwa 1150 bis zur Entstehungszeit der Handschrift. Ab dem 26. Oktober zeigt die Universitätsbibliothek Heidelberg ihren nur selten öffentlich ausgestellten wertvollsten Schatz. Die Sonderschau trägt den Titel „Der Codex Manesse und die Entdeckung der Liebe“. Im Blickpunkt der mit weiteren kostbaren Handschriften ausgestatteten Schau steht die Minne, die in verehrender Lyrik zum Ausdruck gebrachte Liebe eines Ritters zu einer ihm gesellschaftlich überlegenen Dame. Sabine Häußermann, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit der Universitätsbibliothek, erklärt, die in der Stauferzeit als literarisches und gesellschaftliches Thema entdeckte Macht der Minne „veränderte das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, aber auch das Selbstverständnis des Adels und die Umgangsformen innerhalb der höfischen Gesellschaft.“

Höhepunkt des Stauferjahres wird die von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Landesausstellung gekürte Präsentation „Die Staufer und Italien“ sein, die ab dem 19. September in den Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museen gezeigt wird. Deren wissenschaftliche Kuratorin Elisabeth Handle beantwortete die Frage, welches denn die bedeutendsten Errungenschaften der staufischen Herrschaft gewesen seien und inwieweit diese sich in den Schlüsselexponaten widerspiegelten, gegenüber der *PAZ*: „Die Ausstellung wird sich in einer ganzen Abteilung unter dem Titel ‚Wandel der Welt‘ diesen Errungenschaften widmen. Es ist eine Zeit der neuen politischen Ordnung mit der beginnenden Territorialisierung und Entstehung von Fürstentümern im Reich nördlich der Alpen, die maßgeblich auf die Privilegierung der Fürsten durch Kaiser Friedrich II. zurückzuführen ist.“ Dem fürstlichen Expansionsdrang habe das ausgeprägte Selbstverständnis Friedrichs II. gegenübergestanden, das sich am besten in seinen Herrschaftszeichen fassen ließe. Den Mantel aus Metz, der erst einer späteren Überlieferung zufolge zum Mantel Karls des Großen gemacht wurde, bekannt als Chape de Charlemagne, habe Friedrich II. wahrscheinlich anlässlich seiner Kaiserkrönung 1220 in Rom getragen. „Er ist ganz außergewöhnlich mit Adlern mit Heili-

Veranstaltungen das ganze Halbjahr über

genschein geschmückt. Ikonographisch lässt sich das wohl als Bildformel für das ‚Heilige Römische Reich‘ auflösen“, so Handle. „Ein Terminus, den übrigens Friedrichs II. Großvater, Friedrich I. Barbarossa, in die Politik eingeführt hat. Die gesellschaftliche Entwicklung in den Städten führt zu einem neuen Frömmigkeitsideal und einer Armutsbewegung, deren bekannteste Vertreter Franz von Assisi und Elisabeth von Thüringen sind. Wir zeigen das Bußgewand der Heiligen Elisabeth.“ Neben den kostbaren Textilien dokumentierten zudem zahlreiche prachtvolle Handschriften das neue Wissen der Wissensgesellschaft, die vor allem am Hof Friedrichs II. erblüht sei. Den Aufbruch in eine neue Zeit zeige auch die herausragenden Skulpturen des Naumburger Meisters, die für den Westlettner im Mainzer Dom geschaffen worden seien. Hier würden die Ideen der gotischen Skulptur, eine neue Körperlichkeit und Ausdrucksweise, inspiriert von französischen Kathedralskulpturen, erstmals im Reich nördlich der Alpen fassbar. *V.-M. Thiede*

Er erließ die Pragmatische Sanktion

Karl VI. wollte seiner Tochter Maria Theresia sein Reich vermachen – Vor 325 Jahren wurde der Kaiser in Wien geboren

Am 1. Oktober 1685 wurde der spätere Kaiser Karl VI. geboren. Dass man als jemand, der mit einem goldenen Löffel im Mund geboren wird, durchaus nicht dafür prädestiniert ist, immer nur Glück zu haben, dafür ist der Vater der berühmten Maria Theresia (1717–1780) ein deutliches Beispiel.

Während Karls älterer Bruder Joseph Nachfolger des Vaters an der Spitze des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation werden sollte, sollte Karl den Thron Spaniens besteigen, auf dem noch der kinderlose Habsburger Carlos II. saß. Aber Karl hatte das Pech, dass der König von Spanien nicht ihn, sondern einen Mann aus dem französischen Hochadel testamentarisch zum Nachfolger eingesetzt hatte. Mit dem Tod von König Carlos im Jahre 1700 war ein Konflikt vorgezeichnet, der sich dann auch prompt in einem langandauernden Krieg entlud, in den ganz Europa einbezogen wurde. Dieser Spanische Erbfolgekrieg dauerte bis 1713 und endete damit, dass die Bourbonen – wenn auch mit Unterbrechungen – Spaniens Könige stellen.

Das lag auch daran, dass Karls Bruder Joseph im Jahre 1711 verstorben war, ohne einen Sohn zu hinterlassen, so dass alles auf ihn als neuen Kaiser hinauslief. Eine erneute Personalunion zwischen Spanien und dem Reich wie zu Zeiten Karls V. war in der internationalen Staatengemeinschaft mit ihrer Gleichgewichtspolitik jedoch nicht durchsetzbar. So wurde Karl „nur“ Kaiser des Heiligen Reiches.

Fast wäre er Spaniens König geworden

Bereits am 1. August 1708 hatte Karl die Tochter des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel Elisabeth Christine (1691–1750) geheiratet. Mit ihr hatte er neben drei Töchtern auch einen Sohn, der aber bereits 1716 starb. Als hätte Karl geahnt, dass er nach Leopold Johann keinen männlichen Erben mehr zeugen würde, hatte er schon am 19. April 1713 ein Hausgesetz, die sogenannte Pragmatische Sanktion, erlassen, der zufolge die Habsburgische Erblande unteilbar waren und die sekundäre Nachfolge auch für Frauen galt. Nutznießerin hiervon sollte Karls älteste Tochter Maria Theresia sein.

Karl brachte ungeheure Summen auf, um die Zustimmung der wichtigen Personen in den Habsburgischen Erblanden und im Reich für seine Nachfolgeregelung zu gewinnen. Auch der damalige preußische Kronprinz Friedrich (1712–1786), welcher Maria Theresia später so viel Ärger machen sollte, wurde in das Geflecht der Schmiergelder, Versprechungen und diplomatischen Aktivitäten einbezogen. Immerhin verwandte sich Kaiser Karl für den späteren Friedrich II. bei dessen Vater, nachdem dieser am 5. August 1730 mit Hans Hermann von Katte aus dem Land des Soldatenkönigs zu fliehen versucht hatte.

Außer um die Nachfolge in den Erblanden machte sich Karl auch Gedanken um seine Nachfolge im Reich. Aufgrund der „Goldenen Bulle“ von 1356, einer Art Verfassung des Reiches, war es unmöglich, dass Maria Theresia Kaiserin wurde. Karl musste also zusehen, dass er für seine Tochter einen Gatten fand, der für die Nachfolge auf den Kaiserthron infrage kam. Ihn fand er in Herzog Franz III. von Lothringen (1708–1765), mit dem Maria Theresia 16 Kinder zeugte. 1745 wurde Maria Theresas Ehemann als Franz I. Stephan tatsächlich zum Kaiser gewählt. Maria Theresia selbst wurde nie zur Kaiserin gesalbt, wurde aber aus Höflichkeit stets als „Kaiserin-Königin“ bezeichnet.

Am 20. Oktober 1740 starb Karl VI. Ob er geahnt hat, dass die diversen Verträge zur Absicherung seiner Nachfolgeregelung mit den Fürsten des Reiches und Europas das Papier nicht wert waren, auf dem sie geschrieben standen?



Karl VI.: Gemälde von Johann Gottfried Auerbach (1697–1753)

Seine Tochter, deren Persönlichkeit erst noch in Europa bekannt werden musste, sah sich jedenfalls nicht nur von Preußen, sondern auch von Frankreich und Bayern in schwerer Bedrängnis. Immerhin brachte sie es fertig, fast alle Gebietsforderungen, die an Sie gestellt wurden, abzuwehren. *J.Z./M.R.*

»Es ist eine schickliche Sitte nicht«

Das wechselvolle Schicksal der Denkmäler für Friedrich den Großen – Von privaten Verehrern errichtet

Friedrich der Große hat sich immer dagegen gewehrt, dass ihm noch zu Lebzeiten ein Denkmal gesetzt würde. Dafür wurden es dann nach seinem Tode um so mehr. Ihrem Schicksal geht René DuBois in seiner Neuerscheinung „Lebe er wohl …“ nach.

„Es ist eine schickliche Sitte, nicht während des Lebens, sondern nach dem Tode dem Feldherrn ein Denkmal zu errichten“, bemerkte Friedrich II. mit Blick auf eine alte preußische Tradition. 1773 wurde dennoch auf Geheiß des Offiziers und Gutsbesitzers Albert Joseph von Hoditz, einem Freund und Bewunderer des Preußenkönigs, die erste Statue des Monarchen errichtet – allerdings nur auf Hoditz' Landgut Rosswalde in Mähren und somit fernab der breiten Öffentlichkeit.

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs wurden mehrere Dutzend Standbilder und Statuen, Gedenksteine und Stelen, Siegessäulen und Obelisken errichtet, welche die Verdienste des großen Preußen ins Gedächtnis rufen. Dass noch über 100 Jahre nach seinem Ableben Denkmäler gebaut wurden, die an ihn erinnern, ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, welche Verehrung er im Volk genoss und wie tief die Spuren sind, die er in der deutschen Geschichte hinterlassen hat. Anzumerken sei dabei, dass die Denkmalbauten meistens über private Spenden finanziert wurden – ganz im Gegensatz zu den zahllosen Denkmäler zu Ehren Wilhelms I., die von dessen Enkel Kaiser Wilhelm II. gefördert und finanziert wurden.

Die Orte der Denkmäler Friedrichs des Großen sagen viel über sein Wirken aus. So wurden die meisten Denkmäler in der Hauptstadt Berlin mit dem umliegenden Brandenburg und in Schlesien errichtet, das er in den drei Schlesischen Kriegen erst für die Krone erobert und dann verteidigt hat. Weitere Denkmäler von Friedrich II. stehen oder standen zumindest in Sachsen, in Westpreußen, in Pommern, in Ostfriesland, ja sogar im US-amerikanischen Pennsylvanien. Kaiser Wilhelm II. schenkte dem US-amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt 1902 ein Standbild Friedrichs des Großen, das noch heute auf einem US-Militärstützpunkt steht. Auch nach Bayern hat es der Preußenkönig geschafft. Er war nämlich der erste, dem zu Ehren der Bayernkönig Ludwig I. in der Ruhmeshalle von Walhalla eine Büste anfertigen ließ.

René DuBois präsentiert in seiner Neuerscheinung „Lebe er wohl …“ 38 plastische Denkmäler Friedrichs II., stellt deren Errichtung in den historischen Kontext und schildert das nicht selten abenteuerliche weitere Schicksal der Denkmäler im Zuge der politischen Veränderungen. Das Ende des Zweites Weltkrieges markiert dabei natürlich die tiefste Zäsur. Die Denkmäler in Schlesien fielen dem Bestreben der neuen polnischen Machthaber zum Opfer, Spuren deutscher Geschichte zu beseitigen; das DDR-Regime hingegen nahm Anstoß an den Denkmälern als Symbolen eines „reaktionären“ und monarchischen Preußens.

Zumindest in der DDR wehrten sich die Einwohner gegen den Abriss, da Friedrich der Große als ein volksnaher Staatsmann in Erinnerung geblieben war, dessen Denkmäler man behalten wollte. Da Protestschreiben an die sozialistische Verwaltung in den meisten Fällen unbeachtet blieben, wurden die Standfiguren Friedrichs II. oftmals in Nacht- und Nebelaktionen entfernt und an sicheren Orten aufbewahrt. Exemplarisch hierfür steht das monumentale Reiterstandbild Friedrichs des Großen von 1851, das heute auf der Straße Unter den Linden in Berlin steht und eine der bedeutendsten Plastiken des 19. Jahrhunderts darstellt. Im Zweiten Weltkrieg eingemauert, um das Denkmal vor Bombenangriffen und Straßenkämpfen zu schützen, überstand es die Kriegszeit weitgehend unbeschädigt. Erst im Jahre 1950 ließ der SED-Bürgermeister von Ostberlin Friedrich Ebert junior das Monument mit der Begründung entfernen, Friedrich II. reite gegen den Osten. Das Bronzedenkmal wurde in seine Einzelteile zerlegt und auf einer abgelegenen Parkwiese von Sanssouci unter Strohballen gelagert. Zehn Jahre darauf wurde die Einschmelzung angeordnet. Im Rahmen einer geheimen, nächtlichen Aktion, in die auch der Generaldirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Sanssouci eingeweiht war, wurden die Denkmalteile an einem anderen Ort im Park versteckt und konnten so gerettet werden.

Als zu Beginn der 80er Jahre im DDR-Regime ein Umdenken hinsichtlich der preußischen Geschichte einsetzte und etwa die „soziale Seite“ Preußens entdeckt wurde, wurde setzte man auch den „Alten Fritz“ in Einzelfällen wieder auf den Sockel. So kehrte etwa das monumentale Reiterdenkmal, das zwischenzeitlich im Hippodrom des Parks Charlottenhof zusammengefügt worden war, zurück nach Berlin und wurde nur sechs Meter von seinem ursprünglichen Standort aufgestellt. Den Denkmälern in Schlesien blieb eine solche glückliche Wendung verwehrt. Seitdem sie 1945 abgerissen worden sind, fehlt von ihnen zumeist jede Spur.


Bild: Andreas Steinhoff

Das wohl berühmteste Denkmal des Alten Fritz: Reiterstandbild Unter den Linden in Berlin

DuBois' Buch über die Denkmäler Friedrichs des Großen ist überraschend solide. Überraschend ist dies insofern, als es bei Books On Demand erschienen ist, einem Unternehmen, das gegen Bezahlung (fast) jedes beliebige Manuskript veröffentlicht. Dies muss nicht zwangsläufig auf eine mindere Qualität des Werkes schließen lassen; jedoch stellt sich durchaus die Frage, weshalb sich kein renommierter Verlag gefunden hat, der das betreffende Manuskript veröffentlicht. DuBois hätte man einen solchen renommierten Verlag jedenfalls gewünscht, da seine Arbeit durch eine Fülle an Detailwissen überzeugt und ihr Autor die Entstehung der Denkmäler sehr kenntnisreich in den jeweiligen geschichtlichen Hintergrund einbettet.

Man hätte DuBois einen solchen renommierten Verlag aber auch deshalb gewünscht, weil in jenem Falle vielleicht einige typische „Anfängerfehler“ vermieden worden wären, beispielsweise das wenig gelungene, triste Cover – eine unkenntliche Negativablichtung eines Standbildes Friedrichs II. – oder der etwas sperrige Titel „Lebe er wohl … – Bewahrte, wieder errichtete und zerstörte Denkmale für Friedrich den Großen“. Über den fehlenden Fußnotenapparat kann man noch hinwegsehen – immerhin ist dies keine wissenschaftliche Arbeit –, jedoch wäre zumindest eine Nennung der verwendeten Literatur zu dem jeweils behandelten Denkmal für die eigene Recherche hilfreich gewesen. So muss man sich mit einem allgemeinen Literatur- und Quellenverzeichnis zufrieden geben. Dennoch ist das Buch, das von einer Vielzahl an zum Teil auch farbigen Bildern und einem Verzeichnis der Bildhauer der Denkmäler abgerundet wird, eine gelungene Einführung in die Materie.

Daniel Napiorkowski

***René DuBois**: „Lebe er wohl … – Bewahrte, wieder errichtete und zerstörte Denkmale für Friedrich den Großen“, Books on Demand, Norderstedt 2010, 156 Seiten, 12,90 Euro.*

Tabakkonsum kann Leben retten

Friedrich der Große schnupfte nicht nur das schwarze Kraut, er verdiente auch daran

Heutzutage kennen wir Tabakkonsum fast nur noch in der Form des Rauchens, das nicht nur die Gesundheit gefährdet, sondern auch das Leben kosten kann. Friedrich der Große, der als Kronprinz in einem Brief an den Minister Friedrich Wilhelm von Grumbkow vom 18. April 1733 das Tabakrauchen als eine Art Exorzismus bezeichnet hat, lernte die Qualmerei im Tabakskollegium seines Vaters, des Soldatenkönigs, in einer für ihn unangenehmen Weise kennen. Er schnupfte das schwarze Kraut lieber. Damit stand er beileibe nicht allein. So wurden in seinem Jahrhundert, dem 18., noch 90 Prozent des gewonnenen Tabaks zu Schnupftabak verarbeitet. Diesen „tabac en poudre“ bewahrte er in wertvollen Dosen auf, die er als Zeichen seiner Gunst auch gern verschenkte. Einer dieser Dosen rettete ihm sogar in der Schlacht bei Kunersdorf am 12. August 1759 das Leben, als eine Kugel in ihr stecken blieb. Heute gehört diese Dose zu den bekanntesten Exponaten der Burg Hohenzollern.


Bild: Saxo

Tabakdose von Kunersdorf

Der Preußenkönig konsumierte jedoch nicht nur Tabak, er verdiente auch daran. Am 17. Juli 1765 verkündete er per Edikt die Gründung einer General-Tabaks-Pachtungs-Kompanie (GTPK). Auf die Idee, ein Tabakmonopol zu errichten, brachte ihn ein Abenteurer, der es auch verstanden hat, ihm die Einführung der staatlichen Lotterie in Preußen einzureden: Gian Antonio di Calzabigi. Dieser windige Zeitgenosse hatte ursprünglich die Absicht gehabt, der Tabakshandelsgesellschaft durch Aktien auf die Sprünge zu helfen, die dann ihre Gewinne in Form von Papiergeld ausschütten sollte. Genau das war das Prinzip des Finanzspekulanten John Law (1671–1729) gewesen, das Friedrich kannte und verurteilte. So bekamen Calzabigi und seine Hintermänner nur einen Pachtvertrag mit strengen Reglementierungen für den Pächter. Diese reichten von den Arbeitsbedingungen der Pflanzer bis hin zu den Preisen für die Endverbraucher, um Wucher wie in Frankreich zu verhindern. Trotz dieser staatlichen Reglementierungen erinnert die weitere Geschichte der damaligen Tabaksgesellschaft an heutige Pleiteunternehmen mit ihrer Selbstbedienungsmentalität der höheren Chargen. Einer überhöhten Anzahl an Direktoren mit selbst genehmigten überhöhten Gehältern stand ein völliges Desinteresse an den Belangen der Aktionäre und der Beschäftigten gegenüber. Bereits am 18. April 1766 ging die GTPK in Liquidation. Ähnlich wie heute bei den Banken sprang der Staat ein. Friedrich garantierte den Aktionären den Bestand des eingezahlten Kapitals und ließ die GTPK in der allgemeinen Finanzverwaltung aufgehen.

Jürgen Ziechmann

90 Jahre »Groß-Berlin«

In den „Goldenen Zwanzigern“ war die Reichshauptstadt Berlin eine pulsierende Weltmetropole sowie das kulturelle und wirtschaftliche Zentrum Europas. Diese Entwicklung war indes erst durch die Bildung von Groß-Berlin am 1. Oktober 1920 möglich geworden.

Geprägt durch die Industrialisierung und den Aufstieg von der preußischen Residenzstadt zur Reichshauptstadt, war Berlin rasant gewachsen. Betrug die Einwohnerzahl im Jahre 1800 lediglich 172 000, hatte sie sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts verzehnfacht. Die bis dahin überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen beiderseits der Stadtgrenzen wurden mehr und mehr für den Wohnungsbau und Industrieansiedlungen verwendet, so dass die Vororte immer mehr in die Großstadt hineinwuchsen. Aus diesem Grund waren bereits im Januar 1860 mehrere Landgemeinden und Vorstädte nach Berlin eingemeindet worden. Gegenläufige Interessen der Verantwortlichen in Berlin und im Umland verhinderten danach für Jahrzehnte weitere Eingemeindungen. Die um Berlin liegenden Kommunen blieben voneinander getrennt und selbständig. Die Folge waren eine unkoordinierte Stadt- und Verkehrsplanung im Großraum Berlin und eine unsolidarische Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben durch die Kommunen, die eine teilweise vollkommen unterschiedlichen Sozialstruktur und Wirtschaftskraft hatten.

Das Schloss als »Gutshof« in Berlin

Erst der Erste Weltkrieg und der Zusammenbruch des Kaiserreichs erzwangen eine engere Zusammenarbeit der Verwaltungen, die schließlich zur Schaffung von Groß-Berlin führte. Am 27. April 1920 verabschiedete der Preußische Landtag das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“, das am 1. Oktober in Kraft trat. Dies war die Geburtsstunde Groß-Berlins, das aus dem bisherigen Stadtkreis Berlin, den sechs kreisfreien Städten Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln und Spandau, der Stadtgemeinde Köpenick sowie 59 Dörfern und 29 Gutsbezirken gebildet wurde. Auch das Berliner Stadtschloss gehörte erst von jetzt an offiziell zu Berlin, war es doch bis dahin ein eigenständiger Gutsbezirk inmitten des Stadtgebietes gewesen.

Groß-Berlin bildete jetzt eine Einheitsgemeinde sowie einen eigenen Regierungsbezirk im Freistaat Preußen, mit Funktion ähnlich einer preußischen Provinz. Außerdem wurde die Metropole in 20 Bezirke untergliedert, denen eine Reihe von Selbstverwaltungsaufgaben zugewiesen wurde.

Mit dem Groß-Berlin-Gesetz war endlich eine einheitliche städtebauliche Gestaltung und großstädtische Infrastrukturplanung möglich geworden. Durch die Eingemeindung verdreizehnfachte sich das Stadtgebiet von 66 auf 872 Quadratkilometer, und die Einwohnerzahl stieg von 1,9 Millionen auf knapp vier Millionen an. Dadurch wurde Berlin flächenmäßig zur zweitgrößten Stadt der Welt nach Los Angeles und gemäß der Einwohnerzahl zur drittgrößten nach London und New York sowie zur größten Industriestadt Europas. In den folgenden Jahren entwickelte sich die Metropole zu einem kulturellen Mittelpunkt und Kraftzentrum Europas.

Jan Heitmann

Verdienste von Ärzten sind sehr unterschiedlich – Realeinkommen seit 1990 halbiert

Zu: „Ärzte jammern auf hohem Niveau" (Nr. 36)

Würde ich nicht seit fast einem Jahr die *PAZ* zu meiner vollen Zufriedenheit beziehen, hätte ich Sie anlässlich des Kurzartikels „Ärzte jammern auf hohem Niveau" wieder abbestellt. Ich kann nur hoffen, dass die anderen Artikel besser recherchiert sind. Anstatt grob verzerrende Zitate von „Schmierblättern" in den Raum zu stellen, könnte man doch besser ein schönes Bild drucken.

Die Verdienstspannen von Ärzten sind in Deutschland äußerst unterschiedlich. So haben sich die bayrischen Hausärzte sicherlich gute Honorare erkämpft, auch dank des hinter Ihnen stehenden Herrn Söder.

In Westfalen-Lippe, wo ich seit 1989 als Allgemeinarzt niedergelassen bin, habe ich mit einer Durchschnittsbezahlung pro Patient und Quartal von zirka 90 D-Mark angefangen, heute sind es rund 45 Euro pro Patient und Quartal bei gestiegenen Kosten und Inflation. Die meisten Ärzte haben, wie selbst vor einigen Monaten im linken „Stern" beim Berufsgruppen-Verdienstvergleich zu lesen war, über die letzten 20 Jahre hinweg inflationsbereinigt die Hälfte ihres Einkommens eingebüßt und standen daher im Vergleich zu unseren „Lehrern" (siehe Pisa und neue *PAZ*: „Leere auf goldenem Boden"), den Gewinnern, als die Berufsgruppe mit den höchsten Einkommensverlusten da. Wenn ein durchschnittlicher westfälischer Hausarzt-Kollege auf die Hälfte des angegebenen Einkommens käme, dürfte er schon froh sein, von dem ja neben Steuern alle Vorsorge- und Sozialleistungen selbst zu bezahlen und sogar nur teilweise absetzbar sind bei eigenwirtschaftlichem Risiko als Selbständiger, dafür aber für Arbeitsunlustige das Füllhorn des Wohlfahrtsstaates bereitsteht. Da aber, wie auch im letzten linken „Stern" zu lesen war, die Lebensqualität eines angestellten Arztes von Mitte 40 der eines 70- bis 80-Jährigen gleichzusetzen ist und diese angestellten Ärzte dann bei der Niederlassung vom Regen in die Traufe kommen, wird sich das „Medizinerproblem" demnächst von selbst regeln.

Dr. med. Holger Krück, Hagen

Aus eigener Tasche

Zu: „Tempelhüter darf zurückkehren" (Nr. 36)

Ich bedanke mich für die Veröffentlichung in der *PAZ* und hoffe auf Unterstützung aus der Leserschaft. Nur sind es manchmal kleine Veränderungen, mit denen sich eine andere Situation darstellen lässt. Als Initiator der Rückführungsaktion stelle ich nicht 1000 Euro zur Verfügung, sondern 10 000, unabhängig von den reinen Verwaltungskosten, die ich auch aus eigener Tasche begleiche.

Hagen Mörig, Braunschweig

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Foto: ddp

Landärztin im Einsatz: Immer weniger Mediziner wollen diesen anstrengenden Job machen.

Da kommen »Heymat«-Gefühle auf

Zu: „Ihr eigenes Deutschland" (Nr. 36)

Das neue Deutschland, das Frau Foroutan vorschwebt, das mit den neuen (guten) Deutschen, sollte aber einen treffenderen Namen haben: Es gibt doch eine Zentralafrikanische Republik, warum nicht auch eine „Zentraleuropäische Republik"?

Frau Foroutan „forscht" doch offensichtlich in diese Richtung, aber mühsam mit der schwierigen Unterscheidung von „alten" und „neuen" Deutschen. Wenn wir als Staatsangehörigkeit „zentraleuropäisch" anzugeben hätten, gäbe es keinen Zweifel, dass wir alle Verbindungen mit der Vergangenheit, der geschichtlichen wie der kulturellen, endlich radikal abgeschnitten hätten. Wir würden ein neues „Heymat"-Gefühl entwickeln und von dem schwer lastenden Makel der Abstammung von Verbrechern mit einem Schlag befreit sein. Wer sich dann noch als Deutscher bezeichnete, würde sich allein damit als Faschist entlarven. Und wenn man dann Deutsch nur noch als zweite Amtssprache verwenden würde, wäre auch die Integration der „hybriden Identitäten" sicher viel leichter.

Die Förderung der „Forschungen" von Frau Foroutan mit deutschen Steuergeldern zeigt, dass fortschrittliche Politiker das Ziel erkannt haben. Es erscheint also, jedenfalls in Zentraleuropa, durchaus möglich, ein Volk auch unblutig, sozusagen mit einem sanften Genozid, von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Man braucht es nur dazu zu bringen, sich selbst abzuschaffen und das Land anderen zu übergeben.

Ulrich Diekert, Brühl

Keine Lust mehr auf Beliebigkeit und Tabus

Zu: „Schuss vor den Bug" (Nr. 37)

Durch die Geschichte meiner in Danzig geborenen Mutter mit allem, was damit einhergeht, ist meine Seele sehr sensibel für die Belange der Vertriebenen, die ich – trotz meiner erst 38 Jahre – seit vielen Jahren unterstütze.

Allein die letzten Tage verschaffen Frau Steinbach allergrößten Respekt unseres Volkes, und ich spreche für unzählige Personen aus meinem Freundes- und Bekanntenkreis. In meinem ganzen Leben war es mir und meiner Generation nicht vergönnt, einmal einen geradlinigen Politiker zu hören; nur Claqueure, Hofschranzen und – tatsächlich – solche, die unser Land verraten, Tag für Tag.

Frau Steinbach allein hat die ungeheuerlichen Zustände der Parteien, insbesondere der „Union" treffend beschrieben und als einzige Person überhaupt beim Namen genannt, was Frau Merkel ist: Totengräberin der christlichen Werte und der „Christlich" Demokratischen Union.

Die CDU/CSU, oder was davon übrig ist, ist nur noch ein Sammelbecken von feigen Politkarrieristen, eine so ungeheuerliche Zumutung gegenüber dem eigenen Volk, dass mir die Luft wegbleibt. Diese Partei hat mit und unter Frau Merkel auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte, zerstört, was tief in unseren deutschen Herzen verankert sein muss: Liebe zum Vaterland, zur Muttererde, Ehre unseren Gefallenen, ehrendes Andenken unseren Vertriebenen, Bezug und Passion für unsere deutsche Kultur, für die ferne Heimat im Osten. Alles dies soll aufgehen in einem politischen Einheitsbrei, den Frau Merkel ohne Widerstand zubereitet und verabreicht.

Meine Generation hat die Nase gestrichen voll von Beliebigkeit, Gender, Tabus, politischer Korrektheit, Vergessen und von der unbeschreiblichen Dummheit, Schlichtheit und Bildungsarmut derer, die sich jetzt ihr gegenüber äußern! Wir haben sie satt, diese „Union", diese „Sozialdemokraten", diese „Liberalen", die doch alle kaum noch zu unterscheiden sind.

Daniel Jung, Berlin

Äntschi ist genau das, was wir verdient haben

Zu: „Brüllende Klasse" (Nr. 35)

Aber, aber Herr Heckel. So harsche Kritik an der Genossin Angela. Wo sie doch mit ihrem ganzen Gewicht Deutschland dient, wie sie versprochen hat.

Ich zähle Ihnen mal ihre Verdienste auf: Sie hat ihre Partei gründlich gesäubert. Nicht nur den unerträglichen Hohmann hat sie weggesäubert, sondern auch ein paar renitente Abweichler, wie den Merz. Andere nicht mehr Tragbare sind freiwillig gegangen. Nun ist die Partei stubenrein und die Genossin Merkel kann sich der Schwesterpartei SPD mit dem eisernen Besen widmen.

Und sorgt sich unsere Mutti nicht mit ihrem ganzen Herzen um arme Migrantenkinder aus Anatolien und aus dem deutschen Prekariat? Aber dafür sollten doch die Steuerzahler und Frühaufsteher Verständnis haben und noch mehr Steuern zahlen, damit die türkische Mutti sich noch ein Kind und damit auch einen Flachbildfernseher leisten kann.

Äntschi kümmert sich besorgt um das Klima. Sie ist die einzige Regierungschefin in der Welt, die die Temperatur um genau zwei Grad ansteigen lassen kann. Darum brauchen wir auch so viele Windmühlen und Biodiesel. Genossin Angela kann das alles bewirken. Dann hat sie noch Griechenland und den Euro großherzig gerettet. Und nicht zu vergessen: Sie hat jedes Jahr mindestens einmal versprochen, die Stiftung gegen Vertreibungen zu unterstützen. Auch das hat sie gehalten. Dass ihr dabei Frau Steinbach abhanden gekommen ist, ist halt ein Kollateralschaden.

Geschichte kennt sie auch hervorragend. Belehrt sie doch zu jeder sich bietenden Gelegenheit unwissende Staatsmänner über die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg und an allen weiteren Übeln, die vom deutschen Michel ausgehen. Die Staatsmänner sind ihr dafür sichtlich dankbar und klatschen immer lauten Beifall. Also unsere Äntschi ist genau das, was wir verdient haben.

Wenn wir endlich irgendwann einmal einsichtig sind, werden wir unsere geniale Kanzlerin abwählen. Bis diese Zeit kommt, wird es ja Deutschland wohl noch geben.

Dr. Knut Wuntke, Milow

Befehlsempfänger des Zeitgeistes

Zu: „Die Staatsaffäre" (Nr. 36)

Anscheinend ist für manche Zeitgenossen die Meinungsfreiheit teilbar, je nachdem was man als opportun ansieht und hören will – alles andere ist verdammungswürdig, auch eine Art unsere Demokratie zu kultivieren. Die betrifft nicht weniger die Attacken der CDU gegen Erika Steinbach. Die Ungezogenheit ist kaum zu unterbieten.

Kurzum: Herrn Thilo Sarrazin ist nochmals zu danken. Dass sich plötzlich die etablierten Parteien um ihren Dämmerschlaf gebracht fühlen, ist nur verständlich. Eigentlich sollten sie die Willensvollstrecker der Bürger sein und nicht Befehlsempfänger des Zeitgeistes.

J. F. Wilhelm Hörnicke, Eschborn

Nationalfarben contra Brüssel

Zum Leserbrief „Schwarz-Rot-Gold steht für Freiheit ... " (Nr. 31)

Die Farben Schwarz-Rot-Gold wählte die deutsche Widerstandsbewegung vor 200 Jahren gegen die französische Fremdherrschaft napoleonischer Heere. Die drei Farben bedeuteten: Nach der schwarzen Nacht der Fremdherrschaft und mit dem roten Blut des Befreiungskrieges wird Deutschland eine goldene Zukunft erleben. Die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche von 1848 belebte diese Farben neu. 1948 beschloss der Parlamentarische Rat diese Nationalfarben erneut. Wie lange behauptet sich dieses deutsche Freiheitssymbol noch gegen die blaue Europa-Fahne?

Karl-H. Dittmar, Bad Arolsen

Integration kann gelingen

Zu: „Die Staatsaffäre" (Nr. 36)

Die Meinungsfreiheit ist ein Grundpfeiler in einem demokratischen Staatswesen. Herr Sarrazin nutzte sein Grundrecht, warum soll er deswegen seinen Job verlieren?

Nach dem letzten Krieg gelang es unter viel schwierigeren Bedingungen als heute die aus den von Russland eroberten Gebieten vertriebenen Deutschen sehr schnell zu integrieren. Warum soll das nicht auch mit Menschen gelingen, die zu uns kommen um zu arbeiten, dann gibt es keine Parallelgesellschaft. Deutschland ist keine Insel in Europa und der Welt. Bitte bedenken Sie das bei Ihrer Berichterstattung.

Bernd Marterer, Schopfheim

Dubiose Schuldscheine aus Zeiten des Ersten Weltkrieges

Zu: „Erblast von Versailles" (Nr. 33)

In der Rubrik „Die Schulden-Uhr" hatte Ihre Zeitung bereits in der Ausgabe vom 12. Dezember 2009 berichtet, dass am 3. Oktober 2010 die letzten Reparationsschulden aus dem Versailler Vertrag von 1919 getilgt würden. Wenn es jetzt plötzlich heißt, dass noch weitere Verpflichtungen aus bisher nicht bekannten Schuldscheinen anstünden, dann kann dies wirklich nur als unerhörte Abzocke bezeichnet werden, der Deutschland auf keinen Fall, also auch bei einer erfolgreichen Klage vor dem Bezirksgericht in Miami, nachkommen darf. Die Fakten, an die hier noch einmal erinnert sei, sprechen nämlich eine eindeutige Sprache:

Auf einer Konferenz in Paris im Januar 1921 hatten die Alliierten das Deutsche Reich zunächst zu einer Entschädigungszahlung in Höhe von 269 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten verurteilt. Wenige Wochen später wurde auf einer weiteren Konferenz in London die Summe auf 132 Milliarden Goldmark reduziert. Wegen der Inflation geriet Deutschland jedoch in Zahlungsschwierigkeiten. Unter der Leitung des US-amerikanischen Finanzfachmanns Charles Dawes wurde deshalb ab Januar 1924 ein Plan erarbeitet (Dawes-Plan), der nach einer erneut in London stattfindenden Konferenz in Kraft trat und der folgendes vorsah: Das Deutsche Reich hatte bis 1928 einen Betrag in Höhe von 5,4 Milliarden Reichsmark (RM) zu zahlen, ab 1929 sollten dann jährlich 2,5 Milliarden RM geleistet werden, wobei hierfür kein Zeitraum genannt war.

Als Deutschland 1926 in den Völkerbund aufgenommen wurde, kam das Reparationsthema erneut zur Sprache, um es möglichst endgültig zu lösen. Unter dem Vorsitz des Amerikaners Owen Young berieten die Alliierten ab Februar 1929 daher über eine Revision der deutschen Reparationsverpflichtungen. Unter dem Eindruck des Beginns der Weltwirtschaftskrise kam man im Januar 1930 auf einer Konferenz in Den Haag zu einer Regelung (Young-Plan), die wie folgt aussah: Die deutschen Schulden werden auf 34,5 Milliarden Reichsmark festgesetzt, zahlbar in einem Zeitraum von 59 Jahren (bis 1988). Doch schon bald führten die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise zu der Erkenntnis, dass Deutschland vorerst wohl kaum in der Lage sein dürfte, die gestellten Bedingungen zu erfüllen, und so wollte man das Problem denn durch die Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme lösen. Diese wurde auf einer Konferenz in Lausanne im Sommer 1932 auf drei Milliarden RM festgesetzt, womit die Reparationsfrage als beendet galt. Tatsächlich aber war sie es nicht, denn daneben stand noch die Rückzahlung von Anleihen in Höhe von 130 Milliarden Goldmark aus, die zur Begleichung der Entschädigungssummen aus dem Dawes- beziehungsweise dem Young-Plan aufgenommen werden mussten. Diese wurden allerdings durch Hitler in den 30er Jahren eingestellt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die Bundesrepublik Deutschland im Londoner Schuldenabkommen vom 27. September 1953 die deutschen Auslandsschulden seit dem Ersten Weltkrieg, die auf 14 Milliarden Deutsche Mark (D-Mark) veranschlagt und bis 1988 getilgt wurden. Die Zinsrückstände sollten dann innerhalb von 20 Jahren nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgezahlt werden, was auch geschah. Am 3. Oktober 2010 steht nun die Begleichung der letzten Rate an, womit ein Schlussstrich unter das alliierte Diktat von 1919 gezogen sein müsste.

Wenn die Bundesregierung aufgrund eines plötzlich aufgetauchten Schuldschein-Pakets dubioser Herkunft dennoch weiter zahlen sollte, dann wird tatsächlich der Tag nicht mehr fern sein, dass man Deutschland noch Schadenersatz für den Dreißigjährigen Krieg auferlegt, wie im Internet – eigentlich eher scherzhaft gemeint – zu lesen war. Wie Herr Mahlitz in seinem hervorragenden Kommentar dazu aber feststellt, hilft – leider! – nötigenfalls nur „ein Wink mit der Faschismus-Keule", und schon ziehen wir wieder „Scheckheft und Geldbörse". Deutschland, quo vadis?

Wolfgang Reith, Neuss

Verdienst anderer

Zu: „Humanitäre Hilfe" (Nr. 34)

Im *Ostpreußenblatt* befindet sich auf Seite 19 eine Notiz über die Verleihung des Ehrenzeichens. Hierin werde ich als ausschlaggebender Faktor bei der Gründung des Landfrauenverbandes genannt.

Der guten Ordnung halber muss ich Ihnen mitteilen, dass dieses nicht korrekt ist. Ich habe zwar wesentlich Weichen in Ostpreußen und auch der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Das eigentliche Verdienst gebührt aber den Schwestern Frau Tietz und Frau Zettler (früher Preußisch Eylau, dann Marburg) sowie Frau Wagner-Rybinska in Mokainen bei Wartenburg, Ostpreußen, der Leiterin des heutigen Verbandes.

Dr. Horst Hüttenbach, Bonn

Das Ostpreußenblatt

Nr. 38 – 25. September 2010

MELDUNGEN

Altstadt wird restauriert

Wormditt/Mohrungen – Etwa fünf Millionen Zloty (knapp 1,3 Millionen Euro) wird die Revitalisierung von Baudenkmalen in Wormditt und Mohrungen kosten. Wormditt erneuert die Altstadt, wobei denkmalgeschützte Gebäude renoviert werden. In Mohrungen wird ein Keller im Rathaus aus dem 14. Jahrhundert hergerichtet. Insgesamt werden sieben Gebäude umgebaut und modernisiert. Nach der Renovierung in Mohrungen wird der mittelalterliche Keller touristischen und Ausstellungs-Zwecken dienen. Die Arbeiten in der Altstadt von Wormditt kosten etwa vier Millionen Zloty (gut eine Million Euro). Mohrungen wird für Erneuerung des Kellers etwa 1,1 Million Zloty (zirka 279000 Euro) ausgeben. Das Geld kommt in beiden Fällen von der Europäischen Union. *PAZ*

52 Familien mit 152 Personen

Tilsit – Seit drei Jahren wird Russen, die in früheren Sowjetrepubliken leben, die Einwanderung ins Königsberger Gebiet angeboten. Man verspricht ihnen Arbeitsplätze und die Erstattung der Umzugskosten. In Tilsit wurden nun erste Ergebnisse dieser Maßnahme veröffentlicht. Seit dem Jahr 2007 haben sich 52 Familien mit insgesamt 152 Personen angesiedelt. Sie kamen vorwiegend aus Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan. Die Integration geht recht schleppend voran. Es gibt Probleme bei der Beschaffung von Wohnraum sowie Arbeits- und Kindergartenplätzen. *H.Dz.*

Ausnahme für Grenzverkehr

Warschau – Die Außenminister Polens und Russlands haben in Warschau über einen Vertrag für den kleinen Grenzverkehr mit dem Königsberger Gebiet verhandelt. Es geht um die visumfreie Verbindung des Gebietes mit dem südlichen Ostpreußen und Podlachien (Bialystok). Dazu ist die Zustimmung der Europäischen Kommission erforderlich, weil sich der kleine Grenzverkehr nur über 30 Kilometer auf beiden Seiten erstrecken darf. In diesem Falle bliebe aber die Stadt Königsberg außen vor. Russland und Polen wollen deshalb die Europäische Union davon überzeugen, dass der Geltungsbereich des Vertrages erweitert wird. *PAZ*

Erholung für Brandopfer

Königsberg – Das Königsberger Gebiet hat mit viereinhalb Millionen Rubel (etwa 111000 Euro) rund 500 Schulkindern aus den von Großbränden in Russland betroffenen Gebieten einen Erholungsaufenthalt in Feriencamps und Kindersanatorien an der Ostseeküste ermöglicht. *PAZ*

»Eine zweite Vertreibung«

Ein Deutscher wurde nach 18 Jahren aus Ostpreußen abgeschoben – Vorwürfe und Prozess wie bei Kafka

Innerhalb weniger Monate hat Manfred Heymann gleich zwei Schicksalsschläge erlitten: Im Februar letzten Jahres starb seine Frau. Im September erfuhr er, dass er aus seiner neuen Heimat Königsberg abgeschoben werden soll, nachdem er dort 18 Jahre lang lebte, arbeitete und 1996 seine russische Frau geheiratet hat. Nun lebt er mittellos in einer hessischen Kleinstadt.



Lebensmittelpunkt von Manfred Heymann (kl. Foto) seit 1992: Die Stadt Königsberg, hier eine Brücke am Stadtteich Bild: interfoto

Der ganze Vorgang hat mit seiner Mischung aus Bürokratie, unbegründeten Vorwürfen und undurchsichtigen Prozessen kafkaeske Züge. „Über das, was hier abläuft, könnte man locker ein Buch schreiben“, sagte Heymann gegenüber der *PAZ*. Fristgerechnet hatte er sechs Monate vor Auslaufen seiner Aufenthaltsgenehmigung im April 2009 seinen Antrag für eine „Wohnerlaubnisverlängerung“ eingereicht. Im September dann der Schock: Die Behörden lehnten ab – schon Ende des Monats hätte er die russische Exklave verlassen sollen. Der angebliche Grund: Heymann gefährde die „nationale Sicherheit der russischen Föderation“! Der heute 56-Jährige, der ein kleines Unternehmen gegründet hat und unter anderem am Bau von Wasserwerken beteiligt war, soll an illegalen Machenschaften beteiligt gewesen sein, wobei er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zunächst gar nicht erfuhr. Unter anderem soll er in Militärobjekte eingedrungen sein und einen See trockengelegt haben. Bizarrerweise erhebt diese Vorwürfe noch nicht einmal die Staatsanwaltschaft, sondern gleich der russische Geheimdienst.

„Das ist völlig absurd“, sagt Heymann. „Wie soll ich das bitte angestellt haben?“ Vor Gericht verlangte er Einsicht in die Akten, die er erst in zweiter Instanz erhielt. Dort erfuhr er, dessen Fall bei den Behörden als „geheime Staatssache“ gilt, dass eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung bereits einen Tag *vor* seinem Verlängerungsantrag abgelehnt worden war. Vor allem aber fehlten für die gegen Heymann erhobenen Vorwürfe jegliche Beweise.

Zwar hatte er in der Tat geophysikalischen Messungen im Königsberger Gebiet durchgeführt. Doch die seien erlaubt, nur für Grabungen hätte er eine Lizenz benötigt, doch gegraben hatte er nicht. Auch sei das Archäologische Museum in Königsberg nie an einer Kooperation interessiert gewesen. Dennoch stellen womöglich bereits die Messungen ein Politikum dar: So sollen wertvolle Kulturgüter, darunter Teile des Nachlasses des Grafen Dönhoff um das Schloss Friedrichstein, unter der Erde schlummern. Ein lukratives Geschäft, an dem sich Heymann nach eigener Aussage jedoch nicht beteiligt hat.

> »Wie soll ich denn bitteschön eine See trockengelegt haben?«

Nur eine Erkrankung im vergangenen Herbst, der ein Krankenhausaufenthalt folgte, konnte Heymanns Abschiebung bis in den April hinauszögern. Dann hätten ihn, der für seine Arbeit 18 Jahre lang von Moskau bezahlt wurde, mehrere russische Geheimdienstagenten zur Grenze bei Preußisch Eylau eskortiert und in die Republik Polen abgeschoben. Sein gesamtes Hab und Gut musste er zurücklassen. „In Deutschland habe ich keine Verwandten. Nur durch einen bekannten Geschäftsfreund ist es mir gelungen, nach vier Tagen in Deutschland anzukommen“, sagt er ratlos. Während der Ausreise hielt er regelmäßig Kontakt zum Deutschen Generalkonsulat in Königsberg.

Noch heute ist Heymann, der in der DDR aufwuchs, wegen hohen Blutdrucks krankgeschrieben. Königsberg war längst zu seinem Lebensmittelpunkt geworden. Dort hat er seine berufliche Existenz, dort ist das Grab seiner verstorbenen Frau. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sieht er seine Abschiebung nach 18 Jahren als „zweite Vertreibung“.

Zwischenzeitlich versuchte er, in Begleitung von Bekannten zurückzukehren. Nachdem man ihn stundenlang an der Grenze warten ließ, folgte die Abweisung.

Das Deutsche Generalkonsulat versicherte ihm halbherzige Unterstützung. Man wolle „die russischen Behörden um eine wohlwollende Prüfung“ seines Antrags auf Rückkehr bitten. Diese seien bereits eingeschaltet. Nun heißt es: warten. Heymann hat angekündigt, notfalls vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ziehen zu wollen, um auf Entschädigung zu klagen.

Carlo Clemens

Ausgrabung in der Altstadt

1000 Quadratmeter Altstadt werden untersucht – Vorerst ist man bis zur Zwischenkriegszeit vorgedrungen

Auf der Baustelle für den geplanten Hotelkomplex am Neuen Graben am Pregel (gegenüber dem Kneiphof) haben Archäologen im Zentrum von Königsberg erste Funde aus den Vorkriegsjahren freigelegt. Da der Bauplatz sich in der ehemaligen Altstadt befindet, sind zunächst die Archäologen an der Reihe. Allein für das Baugrundstück des geplanten Hotels stehen eineinhalb Millionen Euro für Ausgrabungen zur Verfügung, bis zu sieben Meter tief wollen die Archäologen in das wohl mindestens seit dem 13. Jahrhundert besiedelte Stückchen Erde vordringen.

Auf diesem Gelände hatten vor dem Krieg Lagerräume des Hafens und Wohnhäuser gestanden. Darunter geht es Meter für Meter zurück in die Vergangenheit der Stadt und die Archäologen haben Grund zu der Annahme, dort etwas Spannendes zu finden. Die Ausgrabungen wurden von Experten des archäologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt. Schon nachdem der erste Meter Erde abgetragen war, fand man viele Haushaltsgegenstände wie Geschirr, Ofenkacheln und Sofafedern. Darüber hinaus stießen die Archäologen auf das Pflaster einer Straße, die zu den Fundamenten von Häusern und einem Innenhof führte. Die Pflastersteine waren geschwärzt von Ruß und Kohle – erkennbar Brandspuren der Bombardements vom August 1944. Die Straße selbst hatte wenig gelitten, die Steine lagen immer noch akkurat nebeneinander.

> Besiedelt seit dem hohen Mittelalter

Insgesamt soll hier in den nächsten Monaten eine Fläche von tausend Quadratmetern ausgegraben werden, bisher wurde erst ein Sechstel davon freigelegt. Die Experten rechnen damit, nach den ersten eher unspektakulären Funden noch einiges Interessantes ans Tageslicht zu befördern: Unter der Erde werden Straßen und Gassen sowie Reste von Brücken und Häusern vermutet. *J. Tschernyschew*



Brandspuren vom Feuersturm: Die Ausgrabungsstelle am Ostrand der ehemaligen Altstadt Bild: J.T.

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

der Sommer hat sich abgemeldet, es herbstelt, und laut Kalender darf es das ja auch. Wer eine Reise unternommen hat, kann nicht nur was erzählen, sondern auch bildlich beweisen, was er gesehen und erlebt hat. Und wenn das Reiseziel unsere Heimat Ostpreußen war, landet manche Aufnahme auf meinem Schreibtisch. Eine gefällt mir so gut, dass ich sie unserer Ostpreußischen Familie nicht vorenthalten möchte, denn sie passt genau zu meinen Erfahrungen, dass es viele junge Menschen aus der Enkelgeneration in die Heimat ihrer Vorfahren zieht, um nach ihren Wurzeln zu suchen. Und sie auch zu finden, wie Frau **Maria Zedler** schreibt, denn sie ist eine geborene **Kairies**, und dieser Name ist allen alten Schwarzortern und Freunden des heute im litauischen Teil der Kurischen Nehrung gelegenen Ortes bekannt: Ihr Urgroßvater war Fischer in diesem schönen Nehrungsdorf, und nicht nur das bewog sie, nach Schwarzort zu fahren. Aber lassen wir sie selber erzählen:

„Meine Vorfahren stammen von der Kurischen Nehrung, mein Urgroßvater **Michael** Kairies war Fischer und Heimatdichter in Schwarzort. Nach ihrer Vertreibung ist die Familie auf Rügen gelandet. Sowohl mein Urgroßvater wie auch mein Großvater waren zunächst in Kriegsgefangenschaft, bevor sie nach Rügen kamen. Mein Großvater setzte die Fischertradition fort. Machte sein Kapitänspatent und lebte bis zu seinem Tod im Jahr 1995 in Saßnitz auf Rügen. Die Geschichten, die in unserer Familie erzählt wurden, haben mich immer sehr fasziniert, die Kurische Nehrung musste ein ganz besonderes Fleckchen Erde sein. In diesem Sommer wollte ich mir endlich ein eigenes Bild machen und bin nach Schwarzort/Juodkrante gefahren. Tatsächlich ist es dort verwunschen schön. Es war beeindruckend und ergreifend, sich auf Spurensuche zu begeben und dabei auch fündig zu werden. Im Heimatmuseum, einer ehemaligen Schule, habe ich ein Foto meiner Urgroßmutter entdeckt, in der Kirche sind die Namen der Familien zu lesen, die bis 1944 in Schwarzort gelebt haben, dort sind auch Michel und **Eva** Kairies genannt. Das Haus meiner Vorfahren steht zwar nicht mehr, aber an seiner Stelle wurde in ähnlicher Bauweise ein neues Haus errichtet. Es ist inzwischen Jahrzehnte her, dass meine Familie auf der Kurischen Nehrung gelebt hat. Umso schöner ist es, dass es nach so langer Zeit noch Spuren gibt und man etwas von der Vergangenheit einfangen kann. Leider habe ich meinen Urgroßvater nicht mehr persönlich erlebt und kann auch meinen Großvater nicht mehr befragen, wie das Leben dort war. Aber ich habe „Witterung aufgenommen“ und versuche nun, so viel wie möglich in Erfahrung zu bringen und meine Wurzeln zu entdecken.“

Und dabei ist Maria Zedler auf unsere Ostpreußische Familie gestoßen. Denn in der Folge 32 vom 11. August 2001 berichteten wir, dass uns Frau **Gerda Richter** wertvolle Erinnerungen an Michael Kairies überlassen hatte, so ein 1942 aufgenommenes Foto des Fischers, einige Gedichte von ihm und einen Brief an den Schulrektor **Harry Hörnig** aus Riesa. Dieser hatte damals Schwarzort besucht und sich mit dem „Heimatsänger“ angefreundet, wie er den Fischer auf dem Foto bezeichnet. Michael Kairies bedankt sich in dem Brief für die Mühe, die sich Herr Hörnig mit dem Begutachten seiner Gedichte mache, und dass er ihm als sachlicher Berater zur Seite stehen wolle. Nun interessiert sich die Urenkelin für diese für ihre Familiengeschichte so wertvollen Relikte, die wir nach der Veröffentlichung an Interessenten, die sich meldeten, weiter gegeben hatten. Ich bitte diese nun, falls sie die Dokumente noch besitzen, mit Frau Zedler Kontakt aufzunehmen, damit sie Einblick nehmen kann. Aber auch andere Leserinnen und Leser, die Erinnerungen an Schwarzort und Michael Kairies haben, möchten sich bitte bei der jungen Frau melden, deren Bild heute unsere Kolumne bereichert. (Maria Zedler, Lychener Straße 6 in 10437 Berlin, Telefon 030/67304322, E-Mail: maria.zedler@gmx.de)



Maria Zedler in Schwarzort Bild: privat

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Vor einigen Wochen war auch Frau **Adelheid Johann** aus Schwabhausen auf Spurensuche im südlichen Ostpreußen und war begeistert von der schönen Landschaft. Ihre Wurzeln hat sie dort nicht, es geht vielmehr um die Transparenz des Schicksals ihres Vaters **Claus Mahler**, der seit dem 19. Januar 1945 als vermisst gilt. Die letzten Lebenszeichen kamen in Form von Feldpostbriefen aus Osterode, wo die Einheit ihres Vaters, die 1. Kraftfahr-Abteilung der 1. Kompanie, in einer der beiden Kasernen lag. Aber in welcher? Wir haben schon vor drei Jahren diese Frage mit einem Foto von Claus Mahler gebracht, und Frau Johann hatte zu mehreren Lesern Kontakt bekommen, auch mit Söhnen und Töchtern anderer Soldaten, die zur gleichen Zeit in einer der Kasernen lagen und die ebenfalls vermisst sind. Nun war die Tochter in der Stadt am Drewenzsee und hat beide Kasernen aufgesucht, weil sie unterschiedliche Hinweise bekommen hatte. Der polnische Reiseleiter hatte behauptet, die Abteilung hätte in der Roten Kaserne gelegen, wogegen andere Auskunftsbereite, die als junge Menschen in Osterode gelebt hatten, meinten, es sei die Weiße Kaserne gewesen. Vielleicht können unsere Leser nun diese Frage klären: Wo hat die 1. Kraftfahr-Ersatz-Abteilung 1 der 1. Kompanie in Osterode gelegen? In der Grolmann-Kaserne in der Hindenburgstraße, die heute wegen ihrer roten Ziegel „Rote Kaserne“ genannt wird, oder in der Artilleriekaserne an der Kaiserstraße, der „Weißen Kaserne“? Hinweise könnte einer der letzten Feldpostbriefe von Claus Mahler geben, in dem er am 18. November 1944 schrieb, dass er als ROB (Reserve-Offiziers-Bewerber) im Range eines Gefreiten auf Kasernen- und Munitionsbunker-Wache sei, wo er zwischendurch im warmen Wachlokal Pause habe. Vielleicht erinnert sich jemand von unsern Lesern, ob dieser Munitionsbunker bei einer der beiden Kasernen lag – und gegebenenfalls bei welcher – oder ob er sich außerhalb von Osterode befand? (Adelheid Johann, Blütenanger 23 in 85247 Schwabhausen, Telefon 08138/557, E-Mail: adelheid.johann@puajohann.de)

Auf Heimatreise war auch Frau **Irmgard C. Pomper Gilliland** aus Texas gegangen – diesmal führte diese sie allerdings nicht wie früher nach Königsberg und Cranz, wo ihre Wurzeln liegen, sondern an die Orte, in denen das Flüchtlingskind aufwuchs: um und in Cadenberge an der Unterelbe und in Hamburg. Dort fand „Irmchen“ noch alte Spiel- und Schulgefährten, mit denen sie und ihr Mann fröhliche Tage verbrachten, fand die Kirche, in der sie konfirmiert wurde, und die Hamburger Schule, die sie besuchte, ehe es dann über den großen Teich ging. Zum Abschluss ihrer Deutschlandreise besuchten sie mich in meinem Hause und in den Gesprächen mit mir war Irmgard wieder ganz „tohuus“. Für mich war es interessant von der intensiven Heimatarbeit in den verschiedenen Vereinen zu erfahren, an der die Ostpreußin aktiv mitwirkt. Es war ein richtiges „Plachanderstundchen“, und Irmgard Pomper Gilliland hat es auch gefallen, wie ihre E-Mail, die sie mir nach der Rückkehr sandte, beweist, denn sie schreibt, dass sie sich einen besseren Abschluss ihrer Deutschlandreise nicht hätte vorstellen können. Herzlichen Dank für die netten Worte und viele Familiengrüße nach Texas!

Ahnenforschung – da sind wir für viele Ratlose der letzte Weg, wenn alle anderen Bemühungen im Sande verliefen. Wie für Herrn **Hans Peters** und Frau **Doris Stolzenberger**, die auf der jahrelangen Suche nach den Großeltern von Frau Doris keinen Schritt weiter gekommen sind. Da diese mit großer Wahrscheinlichkeit aus Goldap stammen, führt die Spur dorthin, aber auch nach Königsberg. Großvater **Gustav** Stolzenberger ist vermutlich in Goldap geboren. Er soll Kutscher gewesen sein und später auf einer Werft in Königsberg gearbeitet haben. Weitere Angaben über Gustav Stolzenberger sind nicht vorhanden, nur dass er seit Januar 1945 als vermisst gilt. Von der Großmutter gibt es wenigstens einige konkrete Angaben. Sie wurde als **Emma Kutz** am 17. Juni 1880 in Goldap geboren. Wann und wo sie Gustav Stolzenberger heiratete, ist nicht bekannt. Als Wohnort wird Schöneberg, Abbau Nr. 6, Goldap genannt. Der Ehe entsprangen sieben Kinder, darunter auch **Paul Otto Stolzenberger**, der Vater von Frau Doris. Einer seiner Brüder hieß nach dem Vater **Gustav**. Großmutter Emma überlebte Kriegsende und Flucht, sie verstarb am 5. Dezember 1958 in Bad Lauchstädt, damals DDR. Eigenartig ist, dass auf der Kopie der Sterbeurkunde, von der sich das Ehepaar Peters Angaben auch zu dem Ehemann der Verstorbenen erhoffte, sein Name nicht verzeichnet ist. Es leben heute noch acht Enkelkinder, aber deren Angaben driften auseinander oder widersprechen sich sogar. Also heißt es: Familie hilf! Wer kannte Gustav Stolzenberger und weiß etwas über seine Herkunft und beruflichen Tätigkeiten zu sagen? Wer kannte die Familie, als sie in Schöneberg wohnte, und kann nähere Angaben über die Zeit bis zur Flucht machen? Leben noch weitere Verwandte von den Familien Stolzenberger/Kutz aus Goldap? (Hans Peters und Doris Stolzenberger, Hinter den Höfen 14 in 28757 Bremen, Telefon 0421/623877, Fax 0421/9494284, E-Mail: hans.peters@ewetel.net)

Die ostpreußische Familie


Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch Herr **Meik Jekubzik** aus Westerau hat schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um das Schicksal seines Onkels **Paul** Jekubzik zu klären. Die Suche stößt vor allem deshalb auf Schwierigkeiten, weil der Vermisste als Wehrmachtsangehöriger nirgends registriert ist, deshalb konnten weder die WASt noch der VDK oder die Suchdienste eine klärende Auskunft geben. Deshalb wird auch die Befragung unserer Ostpreußischen Familie kaum erfolgreich sein, aber versuchen wir es mal. Paul Jekubzik, *19. September 1927 in Groß Albrechtsort, Kreis Ortelsburg muss Mitte Januar 1945 zur Wehrmacht eingezogen worden sein. Die Spur verliert sich dann am Bahnhof Willenberg. Seitdem gilt er als vermisst. Die Frage ist nun, ob jemand mit Paul Jekubzik zusammen war, vielleicht ein Gleichaltriger – der Vermisste war damals ja erst 17 Jahre alt. Es könnten also noch ehemalige Kameraden oder andere Zeitzeugen diese Zeilen lesen und sich bei seinem Neffen melden. (Meik Jekubzik, Schulstraße 5 in 23847 Westerau, Telefon 04539/638.)

Unser letzter Suchwunsch hat zwar nichts mit Familienforschung zu tun, führt aber nach Ostpreußen, nach Königsberg. Herr **Ulrich Werner** aus Rothenburg/Oberlausitz hat bei der historischen Ausarbeitung zur Firmengeschichte seines Glasbetriebes in der schlesischen Oberlausitz in der Patentliteratur den Namen eines Mannes gefunden, der im Jahre 1890 mit dem Tafelglaswerk **Otto Künzel** in Uhsmannsdorf in Zusammenhang gebracht wird. Es handelt sich um Dr. **Hermann Scriba**, *1875 in Heilbronn. Er erlangte den Doktorgrad 1898 an der Universität Heidelberg und war als Fabrikant und Chemiker in Königsberg tätig. Der kinderlose Mann verstarb 1934. Im Königsberger Einwohnerbuch von 1941 ist der Name „Scriba“ unter „**Carl** Scriba, Modesalon, Münzstr. 9“ zu finden. Bestand hier eine Verwandtschaft? Wer weiß etwas über Dr. Hermann Scriba und seine Tätigkeit in Königsberg? (Ulrich Werner, Buschweg 14 in 02929 Rothenburg/OL, Telefon 035891/35576, E-Mail: LAB-U.Werner@t-online.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Aus den Heimatregionen

Von Pommern über Brasilien in die Welt

Nach Ingenieurstudium in Greifswald half Emil Odebrecht Südamerika zu erschließen – Seine Nachkommen tun es bis heute

Die Wurzeln der brasilianischen Odebrecht-Gruppe, ein familiengeführtes Bau- und Chemiekonglomerat, liegen in Jacobshagen in Hinterpommern. Das von Emil Odebrecht (1835–1912) gegründete Unternehmen gehört zu den Global Players Brasiliens und könnte mit Hilfe des brasilianischen Wirtschaftsbooms zum Giganten der Branche weltweit werden.

Emil Odebrecht wanderte noch als junger Student der Uni Greifswald im Jahre 1856 mit zwei Kommilitonen nach Brasilien aus. Seine Mutter Albertha Loeillot de Mars war französisch-hugenottischer Herkunft und Angehörige des preußischen Adels. In Brasilien machte er die Bekanntschaft mit dem aus Hasselfelde in Hessen stammenden Apotheker Dr. Hermann Blumenau, der einige Jahre zuvor die Siedlung Blumenau in Santa Catarina gegründet hatte. Zusammen mit Blumenau, der ihn zunächst dazu bewegte, nach Greifswald zurückzukehren, um seine Studien abzuschließen, wurde Emil Odebrecht zum Pionier der deutschen Einwanderung in Santa Catarina und in Paraná. Als Ingenieur und Kartograph arbeitete er bei der Öffnung von Straßen und der Abgrenzung von Grundstücken im Itajaítal, er förderte dadurch die Entwicklung von mehreren Städten wie zum Beispiel Pomerode oder Gaspar und erleichterte die Siedlungsgründung auch auf der Hochebene von Santa Catarina. 1883 entdeckte Emil Odebrecht die gigantischen Wasserfälle von Iguaçu, die heute auch dank Odebrechts Ingenieurleistung einen großen Teil Brasiliens mit billigem Strom versorgen. Auch bei der Planung der Eisenbahnverbindung Rio de Janeiro nach Porto Alegre und der Einrichtung von Telegraphenlinien in Santa Catarina und Paraná spielte er eine führende Rolle. Am sozialen Leben der deutschen Kolonie in Blumenau hat er aktiv teilgenommen: Er war Gründungsmitglied des Theater- und des Schützenvereins, die beide bis heute existieren.

Am 10. Februar 1864 hat Emil Odebrecht in Blumenau Bertha Bichels geheiratet, die beiden bekamen 15 Kinder. Die Nachkommenschaft von Emil Odebrecht in Brasilien besteht heute aus über 1300 Personen, die sich wie viele andere deutschbrasilianische Sippen zu großen Sippschaftstreffen zusammenfinden. Viele dieser Nachkommen spielen heute in der brasilianischen Wirtschaft eine wichtige Rolle. Bereits seine Söhne Oswald, Woldemar und Rudolf Odebrecht gründeten im Itajaital die wichtigsten Handelshäuser Santa Catarinas, sein Sohn Adolf wurde zu einem der führenden Geographen Brasiliens, seine Tochter Clara heiratete Otto Hosang, den ersten Bierbrauer von Blumenau, sein Enkel Emilio Baumgart führte den Stahlbeton in Brasilien ein.


Firmengründer: Rudolf, Else, Emil und Anna und Hedwig Odebrecht (v.l.n.r.) Bild: Odebrecht Archives

Entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg der Odebrechts war 1918 ihr Umzug von Blumenau in den unterentwickelten Nordosten, wo Salvador do Bahia, die einstige koloniale Hauptstadt, liegt, die jedoch zum Armenhaus verkommen war. Hier gründete Emilio Odebrecht jr. (1894–1962), ein Enkel des gleichnamigen Pioniers, die erste Baufirma, die zusammen mit der Stahlbetontechnik seines Cousins Emilio Baumgart bahnbrechend im brasilianischen Baubereich wurde.

Ein Vater des Erfolges war der aus Deutschland stammende Pastor Otto Arnold, damals Pfarrer der lutherischen Gemeinde in Salvador do Bahia, der Emilio Prinzipien lehrte, die zum Grundsatz seines Geschäftsgebarens wurden: „Moralische Gesundheit ist die Basis für materielle Gesundheit, ohne Ethik gibt es keinen gesunden Wohlstand.“

Ein Sohn des Firmengründers Emilio und Urenkel von Pionier Emil Odebrecht, Norberto Odebrecht (geboren 1920), schuf 1944 die derzeitige Odebrecht-Firmengruppe mit Sitz in Salvador do Bahia. Geschickt nutzte er den kriegsbedingten Ausfall der europäischen Zulieferer, um eine eigene brasilianische Bauinfrastruktur zu schaffen. Der eigentliche Glücksfall für das Unternehmen war jedoch, dass 1953 die staatliche brasilianische Ölfirma Petrobras Kunde der Odebrecht Gruppe wurde und so mit der Zeit eine eigene Baufirma für Petrochemie entstand. Der weltweite Ölboom ermöglichte ihr bald eine weltweite Expansion und auch Diversifikation.

Ganz wichtig in der Firmenphilosophie ist bis heute die ethische Grundlage geblieben. So hat es das Unternehmen vor kurzem abgelehnt, trotz Druckes von Staatspräsident Lula, an der Ausschreibung des riesigen Belmonte Staudammes am Rio Xingu mitzuwirken. Das geplante größte Infrastrukturprojekt des Landes berücksichtigte aus Firmensicht zu wenig die umweltpolitischen Belange der Region und missachtete zudem auch die Rechte der Ureinwohner.

Trotzdem ist die Firma gut im Geschäft und könnte eine der größten Profiteure des brasilianischen Booms werden, ist sie doch in fast allen Investitionsbereichen aktiv. Die brasilianische Odebrecht SA. steht heute unter der Leitung von Emilio Alves Odebrecht und ist in mehr als 50 Ländern tätig, vom heutigen Firmensitz Rio de Janeiro aus agiert sie mit mehr als 90 000 Mitarbeitern in 17 Ländern.

Bodo Bost

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Berndt, Erika, geb. **Brehm**, aus Lyck, Hindenburgstraße 63, jetzt Bahnhofstraße 55, 63607 Wächtersbach, am 27. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schink, Hugo, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Borsdorffstraße 42, 64289 Darmstadt, am 24. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Skorzinski, Otto, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, jetzt Bodenseestraße 7, 78532 Tutlingen, am 2. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhm, Charlotte, geb. **Jablonowski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Oelbachstraße 19, 44892 Bochum, am 27. September

Lazer, Margarete, aus Königsberg, jetzt Hansestraße 35, 23879 Mölln, am 28. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. **Kruse**, aus Regeln, Kreis Lyck, jetzt Am Markt 12, 27419 Sittensen, am 30. September

Elsner, Paula, aus Ebenrode, jetzt Weinleitenweg 9, 94036 Passau, am 1. Oktober

Jaschinski, Ida, geb. **Trzeska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Röntgenstraße 4, 38855 Werningerode, am 30. September

Treude, Ursula, geb. **Ratzke**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Wolfskampe 40, 30539 Hannover, am 28. September

Zeidler, Vera, geb. **Schulz**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Herrenwiesental 30, 67659 Kaiserslautern, 16. September

Zibell, Ursula, geb. **Marklein**, verw. **Barczewski**, aus Königsberg, jetzt Altenheim Vincenz Haus, Grenzstraße 156, 46065 Oberhausen, am 30. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Lucka, Charlotte, geb. **Pawellek**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, jetzt Rabboltstraße 16, 44319 Dortmund, am 2. Oktober

Reitmeyer, Hildegard, geb. **Manzau**, aus Gut Birkenwalde-Kauwethen/Allingen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Diepke 3a, 58642 Iserlohn, am 20. September

Zitterbart, Charlotte, geb. **Göhlke**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, jetzt Schlossweg 11, 72622 Nürtingen, am 2. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fox, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Treuburg, Holländer Straße, jetzt Burgstraße 74, Apartment 138, 51103 Köln, am 27. September

Motzkau, Marta, geb. **Rudzinski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Ransbach 51, 92277 Hohenburg, am 3. Oktober

Szillat, Ruth, geb. **Wunderlich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Franklinstraße 22, 40479 Düsseldorf, am 27. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blaudschun, Erwin, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, jetzt Bindweider Straße 16, 57629 Malberg-Steineb., am 29. September

Blum, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermannsburger Straße 5A, 29303 Bergen, am 2. Oktober

Brauns, Willi, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, jetzt Störmerweg 18, 21465 Reinbek, am 1. Oktober

Diestel, Walter, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Apfelweg 3, 23881 Lankau, am 28. September

Dillmann, Georg, aus Lötzen, jetzt Giessener Straße 128, 60435 Frankfurt, am 29. September

Dudda, Emma, geb. **Senf**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Sportplatz, 30890 Barsinghausen, am 27. September

Forster, Agathe, geb. **Laws**, aus Open, Kreis Braunsberg, jetzt Feldbauerstraße 28, 92224 Amberg, am 1. Oktober

Freudiger, Martha, geb. **Flöhs**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Castroper Straße 27, 45665 Recklinghausen, am 27. September

Hartebrodt, Erna, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, jetzt Kurt-Holzapfel-Straße 2b, 37269 Eschwege, am 3. Oktober

Kanzenbach, Margarete, geb. **Schröder**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, jetzt Beekfeld 10, 21255 Tostedt, am 3. Oktober

Koch, Gertrud, geb. **Fechter**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Neue Heimat 3, 24768 Rendsburg, am 27. September

Konopka, Horst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Am alten Markt 3, 99310 Sülzenbrücken, am 1. Oktober

Kornder, Emma, geb. **Neumann**, Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Fritz-Rehberg-Straße 43, 36251 Bad Hersfeld, am 28. September

Krolzig, Emma, aus Krokau, Kreis Neidenburg, jetzt Gartenstraße 1, 41836 Hückelhoven, am 30. September

Lehrhammer, Helene, geb. **Neumann**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Werderstraße 20, 15569 Woltersdorf, am 27. September

Ludwanowski, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Sengelbuscher Straße 25, 51580 Reichshof, am 27. September

Mögel, Julius, aus Birkenau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Röderstraße 30, 64367 Mühltal, am 3. Oktober

Pamin, Walter, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hinterdorfstraße 24, 37434 Rollshausen, am 27. September

Reuther, Elfriede, geb. **Janzik**, aus Lyck, Danziger Straße 12, jetzt Am Salinensee 2, Wohnung 342, 78073 Bad Dürrheim, am 29. September

Riechert, Erna, geb. **Saunar**, aus Kirscheiten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Jahnstraße 7A, 63571 Gelnhausen, am 29. September

Röske, Liesbeth, geb. **Möhrke**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Untere Stadt 4a, 84137 Vilsbiburg, am 29. September

Rost, Helene, geb. **Goerigk**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Joseph-Seitz-Straße 7, 97076 Würzburg, am 29. September

Ulmer, Herbert, früher **Uymowski**, aus Illowo, Kreis Neidenburg, jetzt Reaumurweg 3, 23568 Lübeck, am 27. September

Zimba, Erna, geb. **Fenske**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Fischbeker Weg 3, 22967 Tremsbüttel, am 28. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrendt, Fredi, aus Gutenfeld, Kreis Königsberg, jetzt Karlstraße 19, 45891 Gelsenkirchen, am 17. September

Böhm, Ella, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Theodor-Storm-Straße 16, 24217 Schönberg, am 11. September

Czarnetzki, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Steenkoppel, 24539 Neumünster, am 2. Oktober

Heysel, Max, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt Steinweg 18a, 59510 Lippetal, am 2. Oktober

Hülse, Erich, aus Grunenfeld, Kreis Heiligenbeil, jetzt Erlenweg 9, 29323 Wietze, am 10. September

Napierski, Bruno, aus Kaltenhorn, Kreis Neidenburg, jetzt In den Fuhren 13, 38539 Müden, am 27. September

Oehlert, Gerd, aus Königsberg, Oberhaberberg 70, jetzt Mariendorfer Weg 26, 12051 Berlin, am 30. September

Pullwitt, Adolf, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Amselweg 3, 88280 Weingarten, am 29. September

Rosmus, Edith, geb. **Jeworrek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Lönsstraße 12, 48145 Münster, am 3. Oktober

Schenk, Kurt, aus Wehlau, jetzt Tannenbergstraße 22, 59269 Beckum, am 29. September

Stank, Edith, geb. **Czarnojan**, verw. **Klein**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Bachstraße 13, 45529 Hattingen, am 3. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baginski, Dora, geb. **Hinz**, aus Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Friedrich-Grothe-Straße 9, 58675 Hemer, am 29. September

Bartels, Ursula, geb. **Möhrke**, aus Königsberg, Hinterroßgarten 19, jetzt Ostlandstraße 19, 23758 Oldenburg/Holstein, am 19. September

Bubritzki, Kurt, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Küllenhahner Straße 272, 42349 Wuppertal, am 30. September

Foerster, Kurt, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Berliner Straße 67, 64839 Münster bei Dieburg, am 28. September

Huhn, Gerhard, aus Wehlau, Grabenstraße, Unterwinkelhausen 6, 42929 Wermelskirchen, am 2. Oktober

Key, Horst, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Dailbach 4, 42555 Velbert, am 29. September

Matern, Elsa, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, jetzt Gaußstraße 35, 24143 Kiel, am 3. Oktober

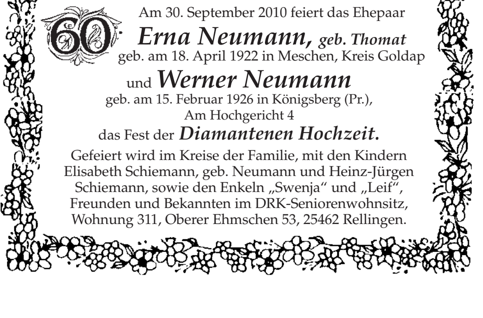
Pfennig, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Waldstraße 48A, 30629 Hannover, am 27. September

Schuldt, Lothar, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Harzweg 17b, 30851 Langenhagen, am 29. September

Ströh, Erika, aus Lyck, jetzt Schwester-Therese-Straße 14, 24159 Kiel, am 2. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berecz, Eitel, aus Königsruh, Kreis Treuburg, jetzt Am Stein 21, 21039 Börnsen, am 27. September



Buck, Erika, geb. **Thal**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bremerstraße 7, 27432 Basdahl, am 10. September

Dreyer, Waltraud, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Hochstraße 31, 40878 Ratingen, am 30. September

Hantel, Ludwig, aus Mingen, Mühlenfeld, Kreis Heiligenbeil, jetzt Holbeinstraße 8a, 23617 Stockelsdorf, am 26. September

Horn, Emil, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt Römerlager 42, 32457 Porta Westfalica, am 1. Oktober

Jacobs, Käte, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Weststraße 20, 42477 Radevormwald, am 30. September

Klingenberg, Ingeborg, geb. **Knebel**, aus Wehlau, Markt, jetzt Nopitschstraße 32, 90441 Nürnberg, am 30. September

Kniest, Gertrud, geb. **Kniest**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, jetzt Heidkamper Weg 23, 26127 Oldenburg, am 3. Oktober

Krause, Helmut, aus Böttchersdorf, Kreis Bartenstein, jetzt Konrad-Adenauer-Straße 51, 53343 Wachtberg, am 24. September

Kruschinski, Erhard, aus Dimussen, Kreis Johannisburg, jetzt Talsperrenstraße 17a, 42369 Wuppertal, am 20. September

Leschni, Rudolf, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Theresiastraße 7, 44805 Bochum, am 3. Oktober

Mattschull, Lotto, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Hammaburgstraße 9, 23879 Mölln, am 3. Oktober

Neubert, Elfriede, geb. **Kohnert**, aus Wehlau, Augker Straße, jetzt Friedrich-Viertel-Straße 77, 09123 Chemnitz, am 3. Oktober

Papajewski, Günther, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Dahlmannsweg 24B, 45968 Gladbeck, am 29. September

Papedick, Anna, geb. **Borchmann**, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt In der Delle 30, 45529 Hattingen, am 28. September

Paplewsky, Ulrich, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Engels-Straße 19, 45768 Marl, am 27. September

Pasternak, Ruth, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Große Lohe 31, 24558 Henstedt, am 28. September

Pietzka, Erwin, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Siedlerstiege 8, 08412 Werdau, Ortsteil Leubnitz, am 30. September

Ruschinczyk, Joachim, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Albert-Köhler-Straße 35, 08371 Glauchau, am 30. September

Schachtschneider, Helmut, aus Hohewalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Jakob-Behrmann-Weg 3, 25499 Tangstedt, am 28. September

Schmidt, Waltraut, geb. **Spey**, aus Treuburg / Lindenhof, jetzt Amalie-Dietrich-Stieg 2/336, 22305 Hamburg, am 3. Oktober

Scholla, Reinhard, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Bruno-Taut-Ring 18a, 45529 Hattingen, am 1. Oktober

Schröter, Josef, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Worthstraße 26A, 58511 Lüdenscheid, am 15. September

Schwarzat, Günther, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, jetzt Kreinslager 107, 28777 Bremen, am 28. September

Seeger, Helmut, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Sürgen 22, 25524 Oelixdorf, am 2. Oktober

Walendy, Ulrich, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Posener Weg 16, 77656 Offenburg, am 29. September

Weickert, Frieda, geb. **Zopp**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Pfotenhauerstraße 19 / 902, 01307 Dresden, am 30. September

Weinknecht, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 35 II., jetzt Peter-Timm-Straße 33, 22457 Hamburg, am 30. September

Wenzlawski, Gertrud, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, jetzt Rhode-Island-Allee 5, 76149 Karlsruhe, am 28. September

Zeisig, Günther, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Ilanderweg 6, 44536 Lünen, am 2. Oktober



Katanek, Heinz, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, und Frau Edith, geb. **Wassel**, aus Kreis Gerdauen, jetzt Klippe 6, 45473 Mülheim/Ruhr, am 21. September

Neumann, Werner, aus Königsberg, Am Hochgericht 4, und Frau Erna, geb. **Thomat**, aus Meschen, Kreis Goldap, jetzt DRK-Seniorenwohnsitz, Wohnung 311, Oberer Ehmschen 53, 25462 Rellingen, am 30. September

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

FREITAG, 24. September, 20.15 Uhr, 3sat: Affäre Nazigold – Die Argentinien-Connection.

SONNABEND, 25. September, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Die sieben Irrtümer der Deutschen Einheit.

SONNTAG, 26. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 26. September, 20.15 Uhr, RTL: Westflug – Entführung aus Liebe.

SONNTAG, 26. September, 22.30 Uhr, RTL: Flucht in die Freiheit. Dokumentation.

MONTAG, 27. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Dienen bei der NVA (1/3).

DIENSTAG, 28. September, 20.15 Uhr, ZDF: Sonderauftrag Mord – Die Geheimnisse der Stasi.

DIENSTAG, 28. September, 22.15 Uhr, ZDF: Deutschland, eilig Vaterland – Wie die Einheit glückte.

DIENSTAG, 28. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Dienen bei der NVA (2/3).

DIENSTAG, 28. September, 22.05 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – U-Boot-Krieg im Atlantik.

DIENSTAG, 28. September, 23.05 Uhr, N24: Hitlers Atlantikwall.

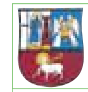
MITTWOCH, 29. September, 20.15 Uhr, Arte: Panzer gegen Polen – Honeckers Geheimplan gegen Solidarnosc.

MITTWOCH, 29. September, 20.15 Uhr, Phoenix: Dienen bei der NVA (3/3).

MITTWOCH, 29. September, 20.15 Uhr, NDR: Expedition ins Tierreich – Das Grüne Band – Vom Todesstreifen zur Lebenslinie.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

Bundesverdienstkreuz für Horst Tuguntke – Durch jahrzehntelanges Engagement im kulturellen Bereich hat sich Horst Tuguntke besondere Verdienste erworben. Dem Rechnung tragend, wurde dem 79-jährigen im Rathaus das Verdienstkreuz am Bande durch den Hagener Oberbürgermeister Jörg Dehm überreicht. Horst Tuguntke, verwitwet und Vater von zwei Kindern, war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1996 als Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Hagen tätig. Seit 1955 ist er Mitglied der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land. 1982 trat er der Kreisgruppe Hagen der Landsmannschaft Ostpreußen bei, die sich die Fürsorge für die Vertriebenen und die Angehörigen der deutschen Volksgruppe in der ostpreußischen Heimat zur Aufgabe gemacht hat. Seit 1985 bekleidet er das Amt des Schriftführers. 1976 gründete Tuguntke den Kanuverein Freizeit Hengsteysee, erarbeitete die Satzung und war bis 2006 Vereinsvorsitzender. Im Stadtsportbund Hagen ist er Leiter der Fachschaft, die die Interessen der fünf Kanuvereine vertritt. 1997 trat er dem Träger – der fünf Jahre früher gegründeteten Freizeitanlage Hengsteysee – bei, und gehörte dort bis 2007 den geschäftsführenden Vorstand an. Anfangs bekleidete er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden, später das des Schriftführers. Das Auswärtige Amt befürwortet seine Auszeichnung.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Susanne Hagen zur stellvertretenden Kreisvertreterin gewählt – Zu Beginn der 56. Angerburger Tage am 11./12. September kam die Kreisvertretung der Angerburger im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses zusammen. Zuvor hatten sich Mitglieder der Kreisvertretung zusammen mit Besuchern aus dem In- und Ausland sowie Rotenburger Freunden zu einem Gedenken mit Kranzniederlegung am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche am Rotenburger Kreishaus getroffen. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Wahl eines Nachfolgers für den aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen stellvertretenden Kreisvertreter Alfred Nehrenheim, Ehrungen und die Berichte des Vorstandes. In geheimer Wahl wurde Susanne Hagen einstimmig zur stellvertretenden Kreisvertreterin gewählt. Damit ist der geschäftsführende Vorstand mit Schatzmeisterin Brigitte Junker, Schriftleiterin des Angerburger Heimatbriefes Susanne Hagen und Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski satzungsgemäß besetzt. Der Kreisvertretung ist mit der Wahl von Susanne Hagen eine gute personelle Lösung mit Blick auf die Zukunft gelungen. Das ehrenamtliche Engagement ist der Eckpfeiler der Arbeit für Angerburg und Ostpreußen und unverzichtbar in unserer Kreisgemeinschaft. Deshalb sind Ehrungen verdienter Mitarbeiter und Helfer ein fester Bestandteil unserer Tagesordnung, so der Kreisvertreter in seiner Laudation für Susanne Hagen und Siegfried Kugies. Susanne Hagen gehört der Angerburger Kreisvertretung seit 2001 an, als sie die Nachfolge für ihren Vater Tronje Hagen antrat. Seit diesem Zeitpunkt arbeitet sie aktiv in der Kreisgemeinschaft und hat zum 1. Januar 2008 auch die Position einer Schriftleiterin für unseren Heimatbrief übernommen. Dieser große Einsatz für unsere Heimat wurde mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen“ entsprechend gewürdigt. Siegfried Kugies wurde für seine Hilfstransporte nach Angerburg, die auf eigene Kosten erfolgten, sowie sein Engagement auf dem Gebiet der Völkerverständigung ebenfalls mit dem „Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen“ ausgezeichnet. In seiner Arbeitsbilanz schilderte der Kreisvertreter die aus der Auflösung des Rotenburger Heimatbundes entstandenen Erschwernisse bei der Planung der diesjährigen Angerburger Tage. Dank eines Entgegenkommens der Stadt Rotenburg (Wümme) konnten die 56. Angerburger Tage in der Theodor-Heuß-Schule (neben dem Ratsgymnasium) stattfinden. Aula und Mensa erwiesen sich als sehr geeignet und auch die Bewirtung lag bei Frau Peterek (früher Bürgersaal) in guten Händen. Es ist daran gedacht, auch die 57. Angerburger Tage im nächsten Jahr dort durchzuführen, wie auch die 53. Heimatpolitische Tagung am 26./27. Februar 2011. Wegen der Kommunalwahlen in Niedersachsen im nächsten Jahr finden die 57. Angerburger Tage nicht am zweiten Wochenende im September, sondern am dritten Wochenende, also am 17./18. September 2011, statt. Es wird bereits heute dazu eingeladen und gebeten, diesen Termin bei der Ferienplanung für das Jahr 2011 zu berücksichtigen. Von der Kreisverwaltung des Patenschaftsträgers haben wir erfahren, dass der Umzug unserer Geschäftsstelle mit dem Archiv in ein neues Dienstgebäude des Landkreises am Weicheler Damm im Februar 2011 erfolgen wird. Wir erhalten dort neue Räume und auch bessere Wirkungsmöglichkeiten als Institut für Heimatforschung. Die Kassenprüfer Günter Büttner und Georg Malz bescheinigten der Schatzmeisterin Brigitte Junker eine gute Arbeit und so stand einer Entlastung des gesamten Vorstandes nichts im Wege. Mit einem Dank an die Vorstandsmitglieder und Helfer beendete der Kreisvertreter die Sitzung.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Das nächste Kreistreffen findet am 25./26. September in unserer Patenstadt Münster statt – Tagungsort ist die Johanniter-Akademie in der Weißenburg Straße in Münster. Programm für **Sonnabend, den 25. September:** 15 Uhr Mitgliederversammlung, Totengedenken, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters Manfred Ruhnau, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Entlastung des Vorstandes, Verschiedenes. Anschließend Begegnung der Landsleute aus den Städten und Dörfern des Kreises. 18 Uhr gemeinsames Abendessen in der Kantine der Johanniter Akademie, 19 Uhr geselliges Beisammensein. **Sonntag, 26. September:** 8.30 Uhr Katholischer Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche in der Metzer Straße, Zelebrant: Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer. Unsere evangelischen Landsleute sind herzlich eingeladen. 10.30 Uhr „Festliche Stunde“ im Saal neben der Rezeption. In der Johanniter Akademie Begrüßung durch den Kreisvertreter sowie Totengedenken und Grußworte. Festvortrag: Helmut Stange „Braunsberger Geschichten“. 14 Uhr: Der Vorstand gibt Auskunft über Vorhaben und die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft. Anschließend geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen mit Zeit für Gespräche. So kommen Sie mit dem Bus vom Hauptbahnhof zur Johanniter Akademie: Fahren Sie mit der Linie 2 (ab Haltestellenbereich C 2) Richtung Clemenshospital bis Haltestelle Heilig-Geist-Kirche. Von dieser Haltestelle aus überqueren Sie die Grünfläche und gehen gegenüberliegend auf die Weißenburg Straße zu. Die Rezeption befindet sich im ersten Gebäude hinterrücks.

Familienausflug in die ostpreußische Heimat – Die Brüder Leo (mein Vater), Bruno, Heinz und Klaus Thiel, Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen in Lübeck, und ihre Schwester Eva Maria, alle in Lübeck wohnend, fuhren Mitte Juli bei bestem Sommerwetter mit Kindern und Kindeskindern in den Geburtsort der Thiels, nach Langwalde, Kreis Braunsberg, Nähe Mehlsack. Die Idee stammte von uns Kindern, und so kamen nach einer fast einjährigen Vorbereitungszeit insgesamt 27 Personen im Alter zwischen 86 Jahren (Leo) und sechs Monaten (Moritz) zusammen. Auch unsere Mutter Hedwig, gebürtige Pommerin und Geschäftsführerin der Landsmannschaft Ostpreußen in Lübeck, war mit von der Partie. Sie hatte vor zwei Jahren ebenfalls eine Fahrt mit ihrer Sippschaft – viele davon aus den USA – mit 28 Personen in ihren Geburtsort Flötenstein organisiert. Das war für uns der zündende Funke, so etwas auch mit Papas Familie zu machen. Die 14-stündige Busfahrt hin haben alle trotz der großen Hitze gut überstanden. Quartier hatten wir in Frauenburg im Dom Familijny Rheticus Hotel. Alle hatten großzügige, sehr farbenfroh gestaltete Zimmer oder Wohnungen. Der Bus stand dann für Sondertouren zur Verfügung.

1. Tag: Gleich am Tag nach der Ankunft ging es erst mal nach Langwalde. Den Zwischenhalt in Braunsberg nutzen wir nicht nur zum Geld tauschen, sondern sahen uns auch noch die Katharinenkirche an. Außerdem konnten wir das Gymnasium besichtigen, auf das Leo, Bruno und Klaus damals gingen. In Braunsberg versorgten wir uns auch mit ausreichend Getränken für die Weiterfahrt. Schon auf der Weiterreise nach Langwalde mussten einige von uns noch mal „in die Büsche“ – die Bustoilette war leider defekt. Es war gar nicht so einfach, einen geeigneten Platz zu finden, aber es sah sehr lustig aus, wie aus einem Bus die Leutchen in alle Himmelsrichtungen huschten. Papa war 1973 schon mal da gewesen, zwischendurch aber auch Heinz und einige seiner Kinder, doch inzwischen war die Stelle, an der die Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Familie Thiel gestanden hatten, völlig verwachsen und daher kaum noch auszumachen. Auf dem früheren Hofplatz wurden dann viele Fotos gemacht: zuerst nur die „Langwalde-Geschwister“, dann jeweils die Geschwister mit ihren Familien, dann alle Cousins und Cousinen der zweiten Generation, dann nur die dritte Generation und schließlich alle zusammen. Dieses letzte Foto machte Papas polnischer Freund Genadiusz, der auch nach Langwalde gekommen war, um uns dort zu treffen, und der auch schon häufig in Lübeck war. Ausführlich wurde auch die sehr gut erhaltene Dorfkirche, in der alle Langwalde-Geschwister Erstkommunion feierten, besichtigt. Auf dem Rückweg nach Frauenburg wollten fast alle noch in der Passarge baden, jedoch gestaltete es sich schwierig. Der Zugang, den die Langwalde-Geschwister früher genommen hatten, war inzwischen auch zu verwachsen. Also mussten wir eine andere Stelle suchen. Eine Brücke mit Treppenabgang brachte das ersehnte Nass – also schnelles ungeniertes Umziehen hinter dem Bus und hinein!

2. Tag: Am nächsten Tag waren wir auf der Fischen Nehrung in Kahlberg. Dort hatte Eva Maria vor einigen Jahren vergeblich die Stelle gesucht, wo der Vater auf der Flucht gefallen war. Trotzdem stellte sie damals bei eisiger Kälte zusammen mit ihrer Tochter Susanne und Bruder Bruno eine kleine Kerze auf. Eva sagte abschließend, dass sie in diesem Jahr viel schönere Erinnerungen mit nach Lübeck nimmt. Natürlich wollte man auch an den Strand. Endlich kamen auch die kleinen Kinder so richtig auf ihre Kosten und konnten nach Herzenslust in der Ostsee planschen. Ich hatte mir die Nehrung immer als fast unberührten Landstrich vorgestellt – jedoch hat der Tourismus dort groß Einzug gehalten. *(Fortsetzung in Folge 39)*



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Dank an meine Mitfahrer nach Insterburg – Als ich (Alfred Warschat) im Sommer 2009 eine weitere Busfahrt nach Insterburg ins Auge fasste, bekundeten annähernd 80 Personen ein Interesse an einer solchen Reise, worauf ich voller Euphorie mit der Planung begann. Ich erarbeitete einen Plan für diese Fahrt, die vom 1. bis 12. Juli 2010 stattfinden sollte, und verschickte an alle Interessierte einen entsprechenden Flyer. Die große Ernüchterung kam dann schon vor Weihnachten 2009, als von den vielen Interessierten letztlich weniger als zehn neue Teilnehmer übrig blieben. Ich konnte nicht verstehen, was da passiert war, und war drauf und dran, die Reise nach Insterburg abzusagen. Doch einige sehr heimatverbundene Landsleute, die seit vielen Jahren immer wieder mit mir nach Insterburg fahren, ermutigten mich, diese Reise doch stattfinden zu lassen, wenn auch nur die Mindestteilnehmerzahl erreicht wird. Im Verlaufe des Frühjahrs warb ich in wohl mehr als 300 Briefen für meine diesjährige Fahrt nach Insterburg. Nur ganz wenige werden sich vorstellen können, in welchen „Nöten“ ich mich befand, und das alles bei meinem ehrenamtlichen Engagement um die Heimat meiner Eltern, die beide aus dem Landkreis Insterburg stammen. Es kamen Reiseanmeldungen, aber auch Reisestornierungen. Zu guter Letzt fuhren wir mit 29 Personen nach Insterburg. Die älteste Reiseteilnehmerin war 80 Jahre, die jüngste 28 Jahre. Elf Personen waren jünger als ich (mit fast 65 Jahren). Das durchschnittliche Lebensalter aller diesjährigen Teilnehmer betrug 64,2 Jahre. Damit waren wir eine der jüngsten Reisegruppen, die nach Öffnung der Grenzen nach Insterburg gefahren sind. Das lässt auf gute Rückschlüsse für die Zukunft hoffen. Bereits für die Hinfahrt nach Insterburg hatte ich ein interessantes Programm zusammengestellt. In Stettin spazierten die meisten Reiseteilnehmer zu der Hakenterrasse am Ufer der Oder, in der Zisterzienser-Kirche von Oliva verfolgten wir ein Orgelkonzert, in Zoppot spazierten wir auf dem längsten Seesteg in der Ostsee, in Danzig gab es eine

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Stück liegt der Preis bei 0,40 Euro ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

Führung durch die Altstadt und auf dem Oberländischen Kanal eine Schiffsfahrt auf den Geneigten Ebenen. Langsam aber sicher lernten sich alle Reiseteilnehmer kennen. Es entstand ein großartiges Zusammengehörigkeitsgefühl, denn alle wollten auf dieser Fahrt nach Ostpreußen auf Spurensuche gehen.

In Bartenstein ermöglichten wir es den Geschwistern Sinhuber (vom Gut Karlshof, südlich von Jodlauken/Schwalbental gelegen), mit zwei Taxis einen Abstecher nach Schippenbeil zu machen. Fassungslos mussten sie dort am 14. März 1945 miterleben, wie ihre Mutter von drei G.P.U.-Soldaten verhaftet wurde. Die drei Kinder sahen ihre Mutter nie wieder; denn sie wurde zusammen mit anderen Frauen nach Russland verschleppt und verstarb nach Zeugenaussagen am 23. Juli 1945 mit nur 37 Jahren im Todeslager Krasnowodsk in der Nähe von Baku am Kaspischen Meer. Die Kinder kehrten im Mai 1945 mit ihrer Oma nach Schwalbental zurück, wo dann auch die Oma am 16. August 1945 verstarb. Von nun an waren die drei Geschwister, damals erst 15, 14 und zehn Jahre alt, völlig alleine. Sie schlugen sich nach Insterburg durch und erreichten wie durch ein Wunder bereits im Oktober 1945 ihre Ausreise in den Westen. Heute, 65 Jahre später, war die Zeit wohl reif, die schrecklichen Kindheitserlebnisse und ihre Erinnerungen gemeinsam aufzuarbeiten. Von Preußisch Eylau über Domnau, Friedland, Allenburg bis Bokellen befuhren wir in umgekehrter Richtung den Fluchtweg meiner Mutter im Januar 1945. Unsere Reise nach Ostpreußen war gekennzeichnet von vielen Erinnerungen unserer älteren Mitreisenden und einer Spurensuche der jüngeren Generation. Ein jeder hatte etwas aufzuarbeiten. So entwickelte sich ein außergewöhnliches Gemeinschaftsgefühl untereinander, das eine uneingeschränkte Rücksichtnahme gegenüber allen anderen Mitreisenden zuließ. Unsere jüngste Mitreisende schien untröstlich zu sein, weil sie in Sprindt in einer verkehrten Straße das Haus ihrer Großeltern nicht fand. Auf dem Weg nach Tilsit machten wir einen Abstecher nach Sprindt und fanden das Haus der Großeltern. Diese letzte Gewissheit erhielt sie erst zu Hause, so dass dann bei ihr richtige Freude aufkam. (*Fortsetzung Folge 39*)



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Hans-Schemm-Schule – Zum 17. Mal trafen sich die Königsberger Hans-Schemm-Schüler in fröhlicher Runde. Edith Cyrus begrüßte alle Teilnehmer ganz herzlich. Wie immer war es das letzte Wochenende im August, an dem wir zusammen kamen. Waren wir auch dieses Jahr etwas geschrumpft, so ist das altersbedingt; kommen möchten natürlich alle. Doch brachten wir es immerhin auf 31 Personen. Leider gab es auch in diesem Jahr wieder einige Todesfälle. So beklagten wir das Ableben von Christel Schink, Erwin Müller und Hilde Birkholz. Es wurden viele herzergreifende Grußbotschaften verlesen. So saßen wir diese Tage lange bei interessanten Vorträgen und Gesprächen beisammen. Es wurden Erinnerungen heraus gekramt, längst vergessene Anekdoten kamen zu Tage, und so kam eins zum anderen, und die alte Schulzeit stand wieder lebendig vor unseren Augen. Mit ihren Vorträgen kamen Edith Hillmann, Gerda Müller und Ursula Degenhardt gut an. Karin Fässler trug ein Gedicht vor, das Ernst Stoermer netter Weise über unsere Schulzeit und Jugend verfasst hatte und großen Anklang fand. Werner Klebusch trug Lustiges vor, zum Beispiel von den schrecklichen Cholesterinchen und was sie uns antun. Dazu einige kleine Geschichten von Dr. Lau, die es in sich hatten, so rechter ostpreußischer Humor. Mit seiner Postkartenausstellung machte er uns jedes Jahr eine Freude. Diesmal dominierten Ansichten vom Königsberger Schloss, Aufnahmen von verschiedenen Innenräumen, die Seltenheitswert besitzen und die er neu erworben hat. Zum guten Gelingen trug, wie in jedem Jahr, Bruno Fietz bei. Er kann persönlich leider an unseren Treffen nicht mehr teilnehmen, aber aus der Ferne wirkt er tüchtig mit. So hat er auch in diesem Jahr wieder ein Heft für uns gestaltet und allen geschenkt. Unter anderem schrieb er über eine baltische Sage, in der die Tränen der Meeresgöttin Jurate zu Bernstein wurden. Ferner über die grimmig kalten Winter in Ostpreußen und über das „Pregelchen“, und wie er zu seinem Namen kam. In einem Bericht erzählte er über seine Kindheit in Königsberg und für jeden hatte er eine schöne Postkartenansicht vom „Hundegatt!“ Viele heimatliche Lieder wurden gesungen, begleitet von unseren Musikern Gerhard Hensel und Gerhard Lauszat. Anschließend wurde plachandert, stundenlang! So Gott will, sehen wir uns vom 26. bis 28. August 2011 in Göttingen wieder. So wurde es per Handschlag beschlossen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Treffen Friedland und neuer Kreistag – Unser diesjähriges Heimattreffen fand, hier zum ersten Mal von einer Kreisgemeinschaft ausgerichtet, in Friedland bei Göttingen statt. Nach der Begrüßung durch den Kreisvertreter hörten die Teilnehmer während der Feierstunde den hochinteressanten Vortrag des Grenzdurchgangslagers, Heinrich Hörnschemeyer, über die Geschichte dieser Einrichtung. Es herrschte eine auffallend ruhige Atmosphäre. Die über 150 Landsleute trafen und nahmen fast ausnahmslos – neben der Zusammenkunft – an den Besichtigungen durch das Grenzdurchgangslager, wie auch des imposanten Mahnmals, teil. so manche persönliche Frage der Besucher konnte hier nach Jahrzehnten während der Führung durch das Lager beantwortet werden. Es war ein gelungenes Heimattreffen mit Erinnerungen vieler Teilnehmer an ihre vor langer Zeit erlebten Stunden, Tage oder Wochen in diesem schicksalhaften Ort. Mit auf den Heimweg ging so manche DVD, auf die alle bisheri-



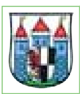
gen Heimatbriefe, Kreisbücher und Bildbände unserer Kreisgemeinschaft aufgenommen wurden. Die DVD kann zum Selbstkostenpreis von 15 Euro pro Stück beim Kreisvertreter bezogen werdeb, die gesamte DVD-Kollektion (drei Exemplare) für 40 Euro. Nach der am Vortag des Treffens stattgefundenen Kreistagssitzung setzt sich der Kreistag für die Zeit von 2010 bis 2014 wie folgt zusammen: Erster Vorsitzender und Kreisvertreter Jürgen Szepanek, Zweiter Vorsitzender Hans-Ulrich Pokraka, Dritter Vorsitzender Dr. Uwe Laurien, Schatzmeister Lutz Knief, Schriftleiter Heimatbrief Jürgen Kowalek, Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraka, Beirat und Familienforschung Reinhard Kayss, Beirat und Bruderhilfeabwicklung (letzteres gemeinsam mit dem Kreisvertreter) Günther Ernst, Revisoren Heinz Laurien und Dietrich Olinski, Stellvertreter Ulrich Hoffmann, Bildarchiv Ostpreußen Marion Haedge, Berichte über Heimattreffen Ulrich Lewandrowski, Gratulationen und Literaturversand Ingrid Läufer, Protokollführerin Frank Jork, Stellvertreterin Ruth Bahr. Die Heimatstube wird weiterhin von dem Kreisältesten Gerhard Toffel und Herfried Jobski betreut.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Nachtrag zu den Kreistagswahlen 2009 – Zur Mitarbeit als Ortsvertreter haben sich bereit erklärt: für Wormen Willi Musolf und für Schrankheim Heinrich Schenk. Die Kreisgemeinschaft dankt den Herren für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit. Der Wahlausschuss Christel Klein und Knut Gritzki.



TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Hauptkreistreffen in unserer Heimatstadt Treuburg – Zum ersten Male fand ein Hauptkreistreffen in unserer Heimatstadt Treuburg statt. Es war der 26. Juli 2010. Der Anlass war das 450-jährige Bestehen der Stadt. Hierüber wird noch berichtet. Für alle, die nicht mitreisen konnten, und für diejenigen, die von dieser schönen Reise erzählen möchten, gibt es ausnahmsweise in diesem Jahre zwei Hauptkreistreffen. Seien Sie alle recht herzlich willkommen zum Hauptkreistreffen der Treuburger am Sonnabend, 2. Oktober 2010 in der Stadthalle Opladen, Fürstenbergplatz 1, 51379 Leverkusen-Opladen. Um 9 Uhr Saalöffnung Stadthalle Opladen, wie viele Jahre zuvor in alter Tradition. Wer der Widmung „Pflanzung der Linde“ zum 450. Stadtjubiläums unserer Heimatstadt beiwohnen möchte, komme bitte um 9.30 Uhr zur „Pflanzung der Linde“, Widmung: „Zum 450. Stadtjubiläum: Hommage der Stadt Leverkusen an unsere Heimatstadt: Marggrabowa gegründet 1560 – umbenannt in Treuburg 1928 nach 1945 polnisch: Olecko“ im Neuland-Park auf dem Hügel neben dem Oberen Bumerangweg (das ist der rechte Weg, wenn Sie am Eingang des Neuland-Parks an der Nobelstraße stehen). Die Adresse lautet: Neuland-Park, Nobelstraße 91, 51373 Leverkusen. Infos zur Anfahrt und zu Parkplätzen finden Sie hier: http://www.neuland-park.de/66.0.html, weiter geht es in der Stadthalle Opladen. Um 11 Uhr wird das Treffen eröffnet. Zwischen 13 Uhr und 15 Uhr steht den Besuchern kostenfrei ein Großraum-Taxi (direkt vor der Stadthalle) zum Besuch des Stadtarchivs zur Verfügung. Sie und Ihre Familie nebst Freunden sind alle herzlich willkommen. Ich freue mich, Sie zu sehen, und grüße Sie ganz herzlich, Ihre Irmgard Klink

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Vom 25. bis 29. Oktober findet die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende“ im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i. R. Hans-Georg Meinhof sowie der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*

Anzeigen

Mein lieber Onkel, Sohn des letzten Reichsbankdirektors in Lötzen/Masuren, ist im Alter von 93 Jahren gestorben.

Ekkehard Goewe

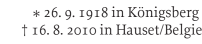
∗ 9. 4. 1917 † 9. 9. 2010

Dietlind Vogt, geb. Goewe

12305 Berlin, Dielingsgrund 5c

Traurig nehmen wir Abschied von

Gerhard Evers



∗ 26. 9. 1918 in Königsberg
† 16. 8. 2010 in Hauset/Belgien



In Dankbarkeit und Liebe
Seine Frau Wilma, geb. Roßkampf
Seine Kinder, Enkel und Urenkel

Die feierliche Urnenbeisetzung fand am Freitag, dem 27. 8. 2010 auf dem Friedhof in Hauset statt.



Als die Kraft zu Ende ging
war der Tod Erlösung.

Nach langer schwerer mit großer Stärke ertragener Krankheit verstarb heute mein lieber Mann und guter Vater

Arnold Heinz Kiy

∗ 16. April 1937 † 12. September 2010

Wir danken für seine Fürsorge und Liebe.

Barbara Heerde
Daniela Scheers
und alle Anverwandten

Kondolenzanschrift:
Barbara Heerde, c/o Bestattungen Kröger,
Bonner Straße 96, 53757 Sankt Augustin

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Zum letzten Mal mit dunkelblauem Blick
sieht noch der Sommer her von unser'm Strande
und meine alte Sehnsucht kehrt zurück,
als blühten Rosen noch im ganzen Lande.
(Agnes Miegel)

Mila Woelke

geb. Scheschonk

∗ 14. 1. 1915 † 17. 8. 2010

Wir trauern um unsere Mutter, Oma, Tante und Cousine und werden immer in Liebe an sie denken.

Im Namen der Familie
Heidrun Farthmann
Dr. Hartman Woelke

H. Farthmann, Hermannstraße 15, 79098 Freiburg

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am **23. Oktober 2010,** 10.30 Uhr, in der Kapelle des Göttinger Stadtfriedhofes statt.



Alles hat seine Zeit,
es gibt eine Zeit der Freude,
der Stille, des Sehnens,
der Trauer und der
dankbaren Erinnerungen.

Unsere liebe Mutti und Omi

Erna Kayss

geb. Romanowski

∗ 17. April 1914 in Freidorf/Neidenburg
† 8. September 2010 in 33803 Steinhagen

Gertrud und Heinz
Reinhard und Heidi
mit Jenni und Martin
sowie alle Angehörigen

Sorge und Hoffnung sind gegangen.
Dank und Erinnerung bleiben.

Christel Kumpfert

geb. Ludßuweit

geboren am 3. April 1926 in Blumenfeld, Kreis Schloßberg/Ostpreußen hat uns am 5. September 2010 verlassen.

Hermann Kumpfert
Sven Kumpfert mit Lars und Alice
Helge und Christine Kumpfert

Kronprinzenstraße 31 A, 22587 Hamburg

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung auf dem Nienstedtener Friedhof fand am Mittwoch, dem 15. September 2010, um 12.00 Uhr in der Friedhofskapelle an der Rupertistraße statt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Rathaus, Hainstadt. Wolfgang Holt zeigt den Film: „Faszinierendes Island“. Es sind Bilder eines interessanten, fast mythisch angehauchten Landes. – Montag, 4. bis Donnerstag, 7. Oktober, Fahrt an den Bodensee. Nähere Informationen und Anmeldungen bei Frau Winkler.

Göppingen – Mittwoch, 6. Oktober, Treffen der Kreis-Frauengruppe im Restaurant Mythos, Hauptstraße 65, Eislingen. Unter anderem geht man der Frage nach: „Wie entsteht ein Jostenband?“. Außerdem gibt es Lieder und Gedichte in Mundart sowie Stuhlgymnastik. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen unter Telefon (07162) 5870.

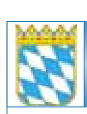
Ludwigsburg – Montag, 20. September, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Reutlingen – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr (Einlass 13.30 Uhr), Großveranstaltung: „60 Jahre der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen“ in der Julius-Kemmler-Halle, Hoffmannstraße 8, 72770 Reutlingen-Betzingen. Mehrere Ehrengäste haben ihr Erscheinen zugesagt, so unter anderem die Oberbürgermeisterin von Reutlingen, Barbara Bosch. Die Landesvorsitzende, Uta Lüttich, wird die Festansprache halten. Weitere Persönlichkeiten aus Politik und den Landsmannschaften werden zugegen sein. Im Anschluss an den offiziellen Teil soll die Feier bei einem gemeinsamen Abendessen und Musik in fröhlicher Runde ausklingen. Anmeldungen bitte bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541.

Stuttgart – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Herbst- und 62. Stiftungsfest mit unterhaltsamem ostpreußischen Programm im Ratskeller Stuttgart, Marktplatz 1, Stuttgart.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 25. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbern in den „Ulmer Stuben“. – Freitag, 10. September, 19 Uhr, Mahnmal Schelklingen. Kleine Gedenkfeier mit Blumenniederlegung. Gäste sind herzlich willkommen.

Weiden – Sonntag, 3. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest im „Heimgarten“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonntag, 3. Oktober, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im Onoldia-Saal, Ansbach. Die Frauenreferentin des BdV und Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen, Sybille Dreher, hält den Festvortrag.

Bamberg – Ende August fand das jährliche Sommertreffen mit der Gruppe Bayreuth zusammen statt. Gemeinsames Kaffeetrinken, mundartliche Sketche und vor allem Plachandern waren angesagt. Zu Beginn stand aber das Gedenken an Edita Jackermeier, die kurz vor der Zusammenkunft verstorben war. Sie stammte aus Kailen (Kreis Schloßberg). Nach der Flucht führte ihr Weg sie nach Bamberg, Schon bald schloss sie sich der Gruppe an und war bis 2007 acht Jahre Schriftführerin und Zweite Vorsitzende. Sie war Trägerin des Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und wurde nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand zum Ehrenmitglied der Gruppe ernannt. Bamberg verlor somit ein „Urgestein“ der Ostpreußen in dieser Region – sie wird in dankbarer Erinnerung bleiben.

BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.

Erlangen – Sonntag, 12. Oktober, 11 Uhr, ökumenischer Gottesdienst in der Altstädter Kirche zum „Tag der Heimat“. 15 Uhr, Festveranstaltung im Redoutensaal. Die Festansprache hält der bayerische Innenminister Dr. Joachim Herrmann. Umrahm wird die Veranstaltung durch die „Speeldeel Ihna“ aus Erlangen sowie die polnische „Speeldeel Ina“ aus Kolberg. – Dienstag, 12. Oktober, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 1. Oktober, 14.30 Uhr, Erntedankfest mit Musik im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 25. September, 10.30 Uhr, Feierstunde zum „Tag der Heimat“ im Saal des Jugendzentrums Q, Hof, mit anschließender Kranzniederlegung und Totengedenken am Mahnmal. – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfeier der Gruppe im Restaurant am Hofbogen, Hof. Gäste sind herzlich willkommen. – Nach der langen Sommerpause konnte der Erste Vorsitzende Christian Joachim zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Nach der traditionellen Gratulation der gewesenen Geburtstagskinder wurde der Nachmittag mit einem Lied eingeleitet. Hildegard Drogomir sprach in einem Gedicht den beginnenden Herbst an und erinnerte an den Schlager- und Filmkomponisten Lothar Olias. Der gebürtige Ostpreuße erlangte in den 50er und 60er Jahren mit seinen Schlager,- Musical- und Filmkompositionen beträchtliche Popularität. So stammt zum Beispiel „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ – oder „Junge, komm bald wieder ...“ aus seiner Feder. In seinem Rückblick holte Lm. Joachim die Ausstellung „Franken in Preußen – Preußen in Franken“ – die im Bürgerzentrum gezeigt wurde – wieder ins Gedächtnis zurück. Die Biografien bedeutender Persönlichkeiten, die ihre Lebens- und Wirkungsschwerpunkte in beiden Gebieten hatten, wurden vorgestellt. Mit Albrecht von Brandenburg-Ansbach, Ansbach– Königsberg, begann dieser historische Rückblick und er endete mit E.T.A. Hoffmann, Schriftsteller, Komponist und Zeichner. Großer Applaus war der Dank für diese Ausführungen. Nach gemeinsam gesungenen Liedern und einem Gedicht zum Sommerende, vorgetragen von Jutta Starosta, schloss der Vorsitzende die Zusammenkunft.

Landshut – Sonnabend, 2. Oktober, Erntedank-Ausflug mit Privatautos nach St. Englmar, Bayerischer Wald, Baumwipfelweg.

München Nord/Süd – Sonnabend, 2. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel, anschließend wird der Videofilm: „Das neue Bernsteinzimmer“ gezeigt.



BERLIN

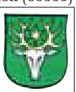
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



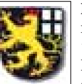
Tilsit-Stadt – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



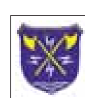
Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr, Restaurant „Linden-Garten“, 12149 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Mohrungen – Donnerstag, 7. Oktober, 15 Uhr, Erntefest“ im Restaurant Sternstunde „, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin. Anfragen: Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.



Bartenstein – Sonnabend, 9. Oktober, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße1-3, 14153 Berlin, Erntedank mit Tombola. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Heilsberg – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, „Gemütliches-Beisammensein“ im Restaurant „Nori-Sat“, Schönefelderstraße 2, 12357 Berlin, U-Bahnstation Rudow. Anfragen: Benno Boese Telefon: (030) 7215570 oder Elisabeth Müller Telefon (030) 6935721.



Rößel – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, „Gemütliches-Beisammensein“ im Restaurant „Nori-Sat“, Schönefelder-Straße 2, 12357 Berlin, U-Bahnstation Rudow. Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600, oder über Berlin.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr, „Tag der Heimat“ in der „Strandlust“, Bremen-Vegesack. Festredner ist Michael Weigand, stellvertretender BdV-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen. Einlass und Kaffeetafel ab 14 Uhr, Eintritt 3 Euro. Die Geschäftsstelle erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 24. September, 14.30 Uhr, Erntedankfest für alle Landsmannschaften im „Barlachhaus“. Alle Gruppe beteiligen sich mit Vorträgen und / oder musikalischen Einlagen an diesem Treffen. Der große Saal des Barlach-Hauses wird entsprechend herbstlich geschmückt und gut ausgelastet sein. – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), „Tag der Heimat“ in der „Strandlust“, Vegesack.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

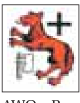
Sonnabend, 25. September, 10 Uhr (Ende gegen 17 Uhr), **Heimatmarkt** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (neben Karstadt Mönckebergstraße) zusammen mit dem Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Der Ostpreußenstand ist mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

Sonntag, 26. September, 12 Uhr (Einlass 11.30 Uhr), **Sommerfest** der Landesgruppe im Restaurant Prinzess (vor dem Rosengarten) mit Spanferkelessen, anschließend erfreuen der LAB-Chor und Herbert Tennigkeit mit ostpreußischen Geschichten, Alsterdorfer Straße 572, 14 Uhr, Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Hartmut Klingbeutel. Anmeldungen bei den Gruppenleitern oder bei Frau Reimer, Telefon (040) 873495. Anfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang rechts zur Alsterdorfer Straße. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 29. September, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel, U-Bahnstation Christuskirche. Mit Vorträgen, Musik und guter Laune soll das Fest gefeiert werden. Der Eintritt ist frei, aber es wird um eine Gabe für den Erntetisch gebeten. Gäste sind herzlich willkommen.



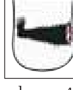
Heiligenbeil – Sonnabend, 2. Oktober, 14 Uhr, feiert die Gruppe ihr Herbstfest im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen. Bei Kaffee, Kuchen und einen Filmvortrag (Romantisches Masuren – Land der tausend Seen) sollen ein paar gesellige und besinnliche Stunden miteinander verbracht und gemeinsam in Erinnerungen geschwelgt werden. In dem Film erlebt man die romantische Landschaft Masurens, mit seinen unberührten Flussläufen, verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, vertraumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldung bei K. Wien, bis zum 1. Oktober. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag: 5 Euro.



Insterburg – Mittwoch, 6. Oktober, 13 Uhr, Erntedankfest mit Vorträgen und Liedern im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Osterode – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, unmittelbar am Bahnhof Ohlsdorf. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel will man unter der Erntekrone bei Gesang gemütlich beieinander sein. Spenden für den Erntetisch nimmt die Gruppe dankend entgegen. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 10. Oktober, 15 Uhr, das Erntedankfest im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg, fällt leider aus! Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland“.

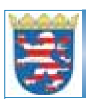
BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 27. September, 15 Uhr Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Es wird Erntedank gefeiert.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 24. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Thema: „Die Roggenmuhme – bunter Herbstanfangs-Nachmittag“. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Telefon (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Information und Anmeldungen bis zum 31. August an Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 10.15 Uhr, Sieghard Drews über „Preußisch Stargard in der Zeit des Deutschen Ordens“; 11 Uhr, Manfrid Baaske über „Eichendorff in Ost- und Westpreußen“; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg“; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht“; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens“ und „Das alte Ostpreußen“. Sonntag: 9 Uhr, Karla

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Herbstfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 27. September bis 7. Oktober 2010 bietet das Ostheim wieder eine Herbstfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 478 Euro und im Doppelzimmer pro Person 413 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Informationsbroschüre

Hamburg – Im September 2009 tagte unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa“. Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Slubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa“ widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Weyland über „Die ‚Schucke‘ – eine tolle Knolle“; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise“; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen“; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung“ durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Dillenburg – Mittwoch, 29. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße.

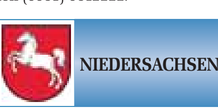
Wiesbaden – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfeier der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Wer durch Spenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern und zu verschönern, melde sich bei Irmgard Steffen, Telefon 844938, oder Helga Kukwa, Telefon 373521. Allen Spendern herzlichen Dank.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, 15. Landestreffen der Ostpreußen in Rostock in der Stadthalle Rostock, Südring 90, direkt hinter dem Hauptbahnhof. Erwartet werden mehr als 2000 Besucher von nah und fern. Angehörige und Interessenten sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches ostpreußisches Kulturprogramm. Angesagt haben sich die Chöre der Deutschen Vereine aus dem Memelland und Masuren, das Blasorchester der Hansestadt Rostock, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde und Heimatsänger BernStein. Als Ehrengast wird der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Mindaugas Butkus, erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam. Tourist-Information Rostock, Telefon (0381) 3812222.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Mittwoch, 6. Oktober, 19.30 Uhr, Kulturforum am Hafen: „Im Paradies der Störche – Ostpreußen“. Ein Diavortrag von Storchvater Gert Dahms. Eintritt 5 Euro, Jugendliche und Schüler frei.

Göttingen – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Haxenessen bei „Eisenacher“, Robert-Bosch-Breite 5. Anmeldung bis zum 6. Oktober. – Dienstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“ Barfüßerstraße 5. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Sonnabend, 9. Oktober, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ in Burgdorf.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Erntedanknachmittag der Frauengruppe im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Dieser soll selbst gestalten werden mit Beiträgen rund um das Thema. Zu einem Basar mit Früchten und Produkten der diesjährigen Ernte aus Feld und Garten mögen alle Mitglieder, Freunde und Bekannte etwas mitbringen.

Osnabrück – Freitag, 24. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 28. September, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Donnerstag, 30. September, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonnabend, 2. Oktober, 15.30 Uhr, Erntedanknachmittag in der Osnabrück Halle. Anmeldungen bis zum 20. September bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 4. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 7. Oktober, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 9. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld.

Bonn – Dienstag, 28. September, 14 Uhr, Treffen des Frauenkreises im Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49.

Düsseldorf – Donnerstag, 30. September, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch im Raum 412, GHH. – Dienstag, 5. Oktober, 18 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Udo Arnold „Tannenberg/Grundwald als politisches Symbol im 19./20. Jahrhundert“ im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74.

Ennepetal – Sonnabend, 9. Oktober, 16 Uhr, Erntedankfest in der „Rosine“.

Gütersloh – Montag, 27. September, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 4. Oktober, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

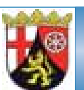
Lippe – Mittwoch, 29. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im kleinen Festsaal der Stadthalle Detmold. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht der Vortrag: „Vor 90 Jahren Volksabstimmung in Ostpreußen“ vom LO Bundesvorstandsmitglied Stephan Grigat. Alle Ostpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen.

Minden – Sonnabend, 25. September, 16 Uhr, Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, Minden, Autorenlesung der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land mit Arno Surminski. Der Eintritt beträgt 8 Euro, einschließlich einem Glas Wein oder einem Glas Bärenfang.

Neuss – Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest der Gruppe im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. Es gibt Gedichte, Lieder und Tanz unter der Erntekrone.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur diesjährigen Erntedankveranstaltung im „Dülkener Hof“, Lange Straße 54. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Kostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 5 Euro pro Person. Spenden für die Erntedankverlosung werden bis zum 1. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Bei uns ist jeder Gast herzlich willkommen! Im Mittelpunkt der Erntedankfeier steht eine Lesung von Irmgard Powierski unter dem Motto: „Erntedank in Ostpreußen“.

Wesel – Donnerstag, 30. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Heimatstube. – Sonnabend, 2. Oktober, 17 Uhr, Erntedankfest der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel (Datumsänderung!). Verschiedene Darbietungen und die beliebte Tombola mit vielen schönen Preisen stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl wird ebenfalls wie immer gesorgt sein. Anmeldungen bis zum 25. September bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. Oktober, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Sonnabend, 25. September, 15 Uhr, Erntedankfest in der Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz. Gaben für den Erntetisch werden gern genommen. – Freitag, 1. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 8. Oktober, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

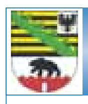
Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 2. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Thema: Frauenschicksale – „Die Frauen von Nidden“ von Agnes Miegel.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Mittwoch, 13. Oktober, 14 Uhr, Festveranstaltung zum „Tag der Heimat“ in Dresden.



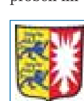
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 29. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Giersleben – Freitag, 24. September, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte VS Gardelegen. Herr Lapöhn stellt sein Buch: „Doppelte Flucht aus Ostpreußen“ vor.

Magdeburg – Freitag, 24. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 5. Oktober, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. Themenschwerpunkt: Vorbereitung 2011. – Freitag, 8. Oktober, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Das Thema der Septemberrunde war „Tannenberg 1410“. Die Zweite Vorsitzende sprach über die Schlacht bei Grünfelde m Bereich Tannenberg / Ludwigsdorf. Hier stand der Ritterorden einem Heer aus Polen und Litauern gegenüber und erlitt eine Niederlage – bei der Hochmeister Ulrich von Jungingen fiel. In Polen ist diese „Schlacht bei Grunwald“ zum Mythos geworden – in Literatur, Geschichte und Malerei. Dabei verschmolzen Legende und Wahrheit, und der Orden bekam ein negatives Bild. Vergessen wird dabei gerne, dass Konrad von Masowien den Orden seiner Zeit zum Kampf gegen die heidnischen Prußen ins Land geholt hatte. Anschließend berichtete Georg Baltrusch über die Heimatarbeit mit den noch aktiven Kräfte und die Entwicklung der Heimatvereine und -verbände. In den sich anschließenden Gesprächen ging es um Erlebnisse aus der Heimat und auf der Flucht sowie den Neubeginn nach Beendigung des Krieges.

Malente – Sonntag, 3. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier in der Maria-Magdalenen-Kirche, Malente. Pastorin Grunert wird zum Erntedank sprechen. Die Anmeldung muss umgehend im Blumenhaus Franck in der Bahnhofstraße vorgenommen werden. Gäste sind herzlich willkommen. Im Anschluss findet im Haus der Kirche, Janusallee 5, Malente, ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen statt, wobei jeder durch persönliche Beiträge zum Gelingen des Nachmittages beitragen kann.

Neumünster – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Die Gruppe feiert Erntedank mit Beiträgen und herbstlichen Liedern und reich geschmückten Tischen mit Gaben zum Erntedank. Gäste sind herzlich willkommen. – Auf der letzten Veranstaltung hielt die Erste Vorsitzende, Brigitte Profé, nach der Begrüßung und Rückschau auf den 61. landesweiten „Tag der Heimat“. Den kulturellen Teil hatten die Ostpreußen übernommen. Anschließend wurden die Geburtstage verlesen – darunter wieder ein 90. Geburtstag (Marga Neumann) und der 100. Geburtstag von Anni Rhetz. Nach der gemütlichen Kaffeepause unterhielt Gerd Höpfner in ostpreußischer Mundart mit lustigen Gedichten und Geschichten von Otto Höpfner, Heinz Erhardt, Loriot und Wilhelm Busch. Danke Gerd Höpfner für die unterhaltsamen Vorträge.



Ein Zeichen der Verbundenheit mit den Vertriebenen hat der Freistaat Bayern zum 60. Jahrestag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen gesetzt: Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und Sozialstaatsministerin Christine Haderthauer (Bild unten im roten Kleid) empfingen die Landesvorsitzenden der Landsmannschaften zu einem festlichen Abendessen im Prinz Carl Palais. Bei dem Essen, das bereits am 29. Juli stattfand, würdigte Seehofer die „Charta" und bekräftigte die Solidarität der Staatsregierung mit den Vertriebenen und ihren Anliegen. Oben im Bild von rechts nach links: Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen sowie bayerischer Landesvorsitzender der Ost- und Westpreußen; der Sprecher der Sudetendeutschen und Europaabgeordnete Bernd Posselt, Ministerpräsident Seehofer und Christian Knauer, der bayerische Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen. Knauer ist auch Mitglied im Stiftungsrat des in Berlin geplanten Zentrums gegen Vertreibungen. *PAZ*



Die Bakterienfalle

Die Erkältung wartet auch im Wartezimmer

Gestern im Wartezimmer meines Arztes. Es war voll bis auf den letzten Platz und die Atmosphäre geladen. Mit Bakterien. Hier schniefte es, dort hustete es. Mein Nachbar hielt sich die Nase zu, weil sie triefte. Entschuldigend blickte er mich an. Ich beruhigte ihn: „Habe es selbst. Macht nichts!"

Zwischen alle diesem Niesen, Krächzen und Naseputzen hörte ich ab und zu Blätterrascheln. Die Leute vertieften sich in die herumliegenden Zeitschriften. Ich nicht. Denn ich stellte mir lebhaft vor, wie die Bakterien fröhliche Urständ hielten, wie man früher so schön sagte. Jeder Erkältete, ob Männlein, Weiblein oder Kind, schnupfte mehr oder weniger fröhlich in sein eh schon nasses Taschentuch, nieste womöglich in die Zeitschrift und legte sie dann irgendwann wieder zurück auf den Tisch. Der nächste Leser durfte sich dann mit den lieben Grippebakterien anfreunden.

Oh nein, nicht mit mir! Obwohl es egal gewesen wäre, denn ich hatte sie längst, diese unangenehme Krankheit, die jeden Winter ihr Unwesen treibt.

So ein Wartezimmer ist wirklich die reinste Bakterienfalle. Man tappst hinein, ob man will oder nicht!

Ich wartete ergeben auf den Aufruf meines Namens, stattdessen kicherte die Stimme einer Arzthelferin: „Hallo? Da klingelt ein Handy in einer Manteltasche. Es spielt das ‚Lied vom Tod'!"

Das passte! Auch wenn im Augenblick noch keiner in den letzten Zügen lag. Ich grinste. Die meisten Kranken stierten weiterhin grämlich in die Runde. Die konnte aber wirklich gar nichts mehr erheitern. Schade!

Endlich im Sprechzimmer empfing mich mein Arzt, indem er mir mit spitzen Fingern Flusen von meinem Pullover entfernte. „Ach, Sie entlausen mich erst einmal?", fragte ich lachend. Er grinste. „Auf schwarzen Pullovern sieht man einfach alles. Wissen Sie, wenn man Kinder hat, sieht man ja immer zu, dass sie ordentlich aus dem Haus gehen. Ich weiß noch, dass ich meinen Süßen sehr oft das hinten vorwitzig herauslugende Schildchen zurücksteckte."

„Sie haben völlig Recht, aber meins ist sowieso abgeschnitten", erwiderte ich.

Er setzte sich. „Neulich war ich versucht, einer Patientin, der ein besonders großes Preisschild aus dem Kragen guckte, abzumachen, aber ich habe es dann doch gelassen, weil diese Frau ein bisschen schwierig ist. Wer weiß, vielleicht hätte sie mir noch eine geklebt."

Guter Spruch und ein guter Vorsatz

Auf seine Frage erzählte ich ihm, wie oft ich schon an meinen Knochen operiert worden bin. „Zweimal", meinte ich trübsinnig, „und das wird noch nicht alles sein." „Ooch, das bisschen", lachte er, „ich musste schon achtmale unters Messer. Und wie Sie sehen, lebe ich immer noch. Ich habe mir am Neujahrstag vorgenommen, mich viel mehr zu freuen und viel weniger zu ärgern. Das Leben ist doch so schön!"

„Guter Spruch", meinte ich, „aber ob dieser Vorsatz immer durchführbar ist."

Das ist mein Arzt. Man geht lachend aus seinem Sprechzimmer, obwohl er einem so richtig gar nicht helfen konnte. Nun gut, das Antibiotikum wird hoffentlich bald wirken, und die Schmerztabletten werden es auch, aber ob man damit 100 wird – ich weiß nicht.

Ich hoffe trotzdem, dass man mir das Lied vom Tod noch lange nicht spielen muss. *Gabriele Lins*

Hans Joachim Ilgner gestorben

Eine mutige und unbeugsame Stimme für Schlesien ist für immer verstummt. Am 16. September 2010 verstarb Hans Joachim Ilgner, Herausgeber und Chefredakteur der Wochenzeitung „Der Schlesier". Geboren am 28. Mai 1933 im schlesischen Saarau, fand Ilgners Familie nach der Vertreibung 1951 eine neue Bleibe in Recklinghausen.

Damit zog auch der von Ilgners Vater bereits 1949 in Bayern gegründete Verlag nach Recklinghausen, den sein Sohn Hans Joachim nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1973 weiterführte. Mit preußischem Fleiß und Sparsamkeit machte er die Zeitung für die Vertriebenen zu einer beliebten Informationsquelle. Einst die offizielle Zeitung der Landsmannschaft Schlesien, trennten sich die Wege im Jahre 1985. Grund war der dezidiert nationale Ton des „Schlesier", der auch vor antisemitischen Stereotypen nicht zurückschreckte. Damit war für den damaligen Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, die Grenze des Akzeptablen erreicht – aus politischen Gründen ebenso wie aus persönlichen, denn ein Teil von Hupkas Familie war selbst Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung geworden. Die schroffe Tonlage führte das Blatt, dessen Eigentümer Ilgner war, politisch ins Abseits – und in den Verfassungsschutzbericht. Doch in den letzten Jahren mäßigten sich Ton und Argumentation wieder, der „Schlesier" wurde auch nicht mehr im Verfassungsschutzbericht genannt.

Damit kann auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* ihren Respekt vor der Lebensleistung Ilgners bekunden, der bis zuletzt am Ziel der Gerechtigkeit für seine schlesische Heimat und für alle Vertriebenen festgehalten hatte. Inwieweit sich das Ableben des Herausgebers auf den „Schlesier" auswirkt, ist offen. Die Zeitung hat derzeit etwa 3500 Abonnenten und vier feste Mitarbeiter. *PAZ*

Singvogel
von einem Fahrzeug ins andere wechseln
Anschrift
vervollständigen
tollen, lärmen (Kinder)
vergrößern; verbessern
Organisation der UNO (Abk.)
europäischer Strom
ugs.: ausreichen; nach etw. greifen
Portier, Torwächter
unverfälscht
Feuerkröte
Seemannsruf
Söldnertruppe
Sprachform, Dialekt
netzartiges Gewebe
Gewürz-, Gemüsepflanze
germanisches Volk
Kunststil
Antrieb, Verlockung
Nuss- oder Mandelkonfekt
ständig, stets
gründen, einrichten
symbolisches Schmuckstück
Vorsilbe: zwischen (lat.)
Kriechtier
betonte Silbe eines Wortes
breiter Riemen
Hochschullehrer
greiser griech. Sagenkönig
britischer Sagenkönig
Drama Frank Wedekinds
Fähigkeit zur Wahrnehmung
Metallstrang, -faden
Heldengedicht
australischer Wildhund
offizielle Erlaubnis, Genehmigung
laut und dumpf tönen, hallen
Weltmeer
Kfz-Zeichen Karlsruhe
unwirklich
nicht richtig
Gießgefäß mit Henkel
Name d. Bären in der Tierfabel
hoher Tragekorb
Kaukasusbewohner
franz. Schriftsteller (Victor)
Staat in Ostafrika
englisch: oder
engl. Adelstitel: Graf
Anfang
ein Europäer
deutsches Mittelgebirge
Brauchbarkeit, Befähigung
Einzelvortrag in der Musik
Tochter des Tantalus
Oberflächenströmung (Meer)
Raumtonverfahren (Kzw.)
hinnehmen, aushalten
ohne Maß und ohne Ende
Hauptstadt von Südkorea
südamerikanischer Indianer
ein Marder
Schutzraum, Unterstand
Ruderstütze am Boot
dt. Chemiker (Justus von)
lockeres Gestein
dickes Seil
verehrtes Vorbild
einfarbig
zarte, anmutige Märchengestalt
Sittsamkeit
altes, abgemagertes Pferd
Übervorteilung im Preis
Dreschplatz in der Scheune
Präsident der USA (Harry S.)
bayr. Benediktinerabtei
Menschen
Ausdehnungsbegriff
Sumpf-, Kranichvogel
diebischer Vogel
Teil des Gesichts
Schiffsfenster
weibliches Haustier
poetisch: Adler
Druckbuchstabe
Nachbarstaat des Iran
Truthenne
chem. Zeichen für Lithium
bodenständig, niedergelassen
Vulkan in der östlichen Türkei
ausgedehnt essen u. trinken
zeitliche Länge
Nichtfachmann
nordischer Hirsch, Elch

PAZ10_38

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Tropfen, 2. Schrift, 3. Steiger, 4. Eisenbahn, 5. Bezug, 6. Geheimnis, 7. Beispiel – Prinzip

Magisch: 1. Galaxis, 2. Fabiola, 3. Mitlaut

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

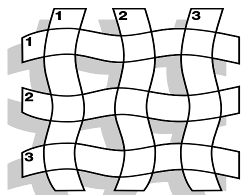
CDEEK
ADGR
ACORS
AASTT
EEIR
AIRS
ELNZ
EILT
ADEGS
ACEHIS
AAAKMNRT
DEER
ERTZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Grundsatz, Regel.

Nr.	links	rechts
1	WASSER	FAENGER
2	DURCH	WECHSEL
3	BERG	WALD
4	MODELL	WAGEN
5	BETT	SCHEIN
6	DIENST	VOLL
7	PARADE	HAFT

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 das Milchstraßensystem
2 Königin der Belgier
3 Konsonant

Frauen als Opfer des Krieges

Arno Surminski schrieb einen Roman über das Massaker von Palmnicken – Gespräch mit dem Autor

Die Tragödie der Frauen von Palmnicken, weibliche Häftlinge des KZs Stutthoff, wurde jahrzehntelang vergessen und verdrängt. Der Schriftsteller Arno Surminski hat ihnen mit seinem neuen Buch ein Denkmal gesetzt.

Über 20 Romane, Erzählbände, Sach- und Kinderbücher hat Arno Surminski seit 1974 veröffentlicht. Angefangen hatte es mit „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland", einem Roman, der auf den Erlebnissen des Autors in der Nachkriegszeit beruht. Während 2002 die Öffentlichkeit auf die Novelle „Im Krebsgang" von Günther Grass begeistert reagierte – „Endlich einmal ein Roman über Flucht und Vertreibung!" –, übersah sie ganz, dass Surminski mit

Schon lange vor Grass über Flucht und Vertreibung geschrieben

„Jokehnen" dieses Thema bereits knapp 30 Jahre zuvor aufgegriffen hatte. Jetzt hat er sich mit „Winter fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken" an ein Kapitel deutscher Geschichte gewagt, das lange verschwiegen wurde.

Im Winter 1945 war die große Welle des Krieges auch über Ostpreußen geschwappt. Millionen Menschen spülte sie nach Westen. Wer zu schwach war, musste bleiben und die Willkür der Sieger über sich ergehen lassen. Zu den Flüchtlingen im Roman gehört auch Lisa Kretschmann mit ihren kleinen Kindern. Ursprünglich wollte sie ihren Hof bei Schippenbeil nicht verlassen, das Schicksal wollte es anders und trieb sie über das Eis des Haffs bis zur Insel Usedom. Levine Gedeitis war mit ihrer Tochter Olga bereits aus Memel vor der Roten Armee bis nach Palmnicken geflohen, wurde aber dort von der Welle der Willkür eingeholt.

Im Mittelpunkt der glänzend erzählten Geschichte stehen jedoch vier junge Frauen aus Lodsch, Dorota, Gesa, Celina und Sarah. Als Jüdinnen mussten sie alles erdenklich Schreckliche über sich ergehen lassen, bis sie schließlich im KZ Stutthof landeten. Als die Front näher rückte, sollten sie auf keinen Fall in die Hände des Gegners fallen und wurden bei Nacht und Nebel in Außenlager auf ostpreußischem Boden getrieben. In Palmnicken fand dann das entsetzliche Fanal statt.

Surminski berichtet von dem Geschehen vor dem Hintergrund einer Vater-Sohn-Geschichte. War der Vater tatsächlich einer der Täter? Nüchtern und schnörkellos erzählt der Schriftsteller, glaubwürdig und in atmosphärischer Dichte. Er nennt die Schrecken beim Namen. Doch nie rechnet er Leid gegen Leid auf, dafür lieben ihn seine Leser, denen er derzeit auf vielen Auftritten auch bei landsmannschaftlichen Gruppen landauf, landab seinen neuen Roman vorstellt.

PAZ-Redakteurin Silke Osman sprach mit Arno Surminski über sein neues Buch:

PAZ: *Mit Sarah, Gesa, Celina und Dorota haben Sie dem Grauen Namen gegeben. Welche Fakten standen Ihnen zur Verfügung?*

Arno Surminski: Zu Beginn der 90er Jahre hörte ich gerüchteweise von dem Geschehen in Palmnicken. Ich las danach das Buch „Todesmarsch zur Bernsteinküste" von Martin Bergau. Von New York aus rief mich dann eines Tages ein Mann an, der seine Kindheit in Ostpreußen verlebt und darüber Aufzeichnungen gemacht hatte. Die schickte er mir, und ich las darin, dass sein Großvater im Juni 1945 mit anderen Deutschen in Palmnicken von der Roten Armee gezwungen wurde, am Strand mit bloßen Händen Frauenleichen auszugraben. Danach fasste ich den Entschluss, diese Geschichte zu schreiben.

PAZ: *Sie haben oft über Flucht und Vertreibung geschrieben. Ihr erster Roman „Jokehnen oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland" spiegelt ihr eigenes Schicksal wider. Wie schwer ist es Ihnen gefallen, den Todesmarsch nach Palmnicken zu thematisieren?*

Surminski: Man muss sich vom eigenen Erleben innerlich frei machen, um ein solches Buch glaubhaft schreiben zu können. Mein eigenes Erleben habe ich insofern eingebracht, als ich die Zustände auf den ostpreußischen Landstraßen im Januar 45 und die Stimmung jener Endzeit selbst erfahren habe.

PAZ: *„Winter fünfundvierzig" ist ja auch ein Roman über die Vätergeneration, die nicht reden konnte oder wollte über das, was damals geschah. Sie klagen nicht an, sondern wünschen Aufklärung.*

Surminski: Mit „anklagenden" Büchern erreicht man gar nichts. Es genügen objektive Schilderungen, aus denen jeder Leser, wenn er denn will, sich seine Anklagen heraussuchen mag. Um diese Unvoreingenommenheit zu bewahren, musste ich auch einen „Täter" einführen, der seine Sicht der Schreckenstat darlegen durfte, ohne dass ich mich mit dieser Sicht identifizierte.



Arno Surminski im Gespräch — Bild: ddp

Geboren wurde Arno Surminski am 20. August 1934 in Jäglack, Kreis Rastenburg. Durch die Wirren des Krieges verlor er seine Eltern, die in die Sowjetunion verschleppt wurden und dort starben. Erst 1947 gelang es Arno Surminski – nach der Flucht und verschiedenen Aufenthalten in Lagern – in den Westen zu kommen, wo er bei einer kinderreichen Familie im schleswig-holsteinischen Trittau aufwuchs. Nach einer Lehre als Rechtsanwaltsgehilfe ging er für einige Zeit nach Kanada, wo er sich als Tellerwäscher, Kellner und Holzfäller seinen Lebensunterhalt verdiente. Nach Deutschland zurückgekehrt („Ich hatte Heimweh"), arbeitete er zunächst in der Rechtsabteilung einer Versicherung, bis er sich 1972 als freier Journalist in Hamburg niederließ. *os*

PAZ: *Mit „Winter fünfundvierzig" setzen Sie nicht zuletzt allen Menschen ein Denkmal, die ihr Leben in der Ostsee lassen mussten, den Flüchtlingen und verletzten Soldaten auf der „Gustloff", der „Goya", den Häftlingen auf der „Kap Arkona", der „Thielbek" und der „Deutschland". Die Ostsee – ein Massengrab – kann man jemals wieder unbeschwert dort Ferien machen?*

Surminski: Der Gedanke, das ganze Ostseedrama von 1945 zu thematisieren, kam mir während des Schreibens. Ich habe die Frauen von Palmnicken in ein Gemeinschaftsgrab mit den Opfern der Lübecker Bucht, des Swinemünder Hafens und der vielen untergegangenen Schiffe gegeben. Das ist meines Erachtens das Besondere an diesem Buch, dass es die vielen Opfer der Ostsee als Menschen vereint. Nur gedanklich können wir die Ostsee zu einem Friedhof machen. In der Realität muss es ein Meer wie jedes andere bleiben mit Strandurlaubern und Bernsteinsuchern.

PAZ: *Erst 1999 ist mit einem Gedenkstein der toten Frauen von Palmnicken gedacht worden. Zu lange hat man geschwiegen und verleugnet, was damals geschah. Reichen Gedenksteine aus, um in den Köpfen der Menschen eine Wandlung zu bewirken?*

Surminski: Das war für mich die größte Überraschung, dass dieser unerhörte Vorgang so lange unbeachtet geblieben war. Es war mein Anliegen, den „vergessenen" Frauen ein Denkmal zu setzen. Im Übrigen glaube ich, dass Bücher eine größere Wirkung haben als Granitsteine am Strand.

***Arno Surminski: „Winter fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken"**, Ellert & Richter, Hamburg 2010, 336 Seiten, gebunden, 19,95 Euro*

In Kürze

Spaziergang im Neuen Garten

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Preußisch-Grün der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg wurde im Frühling und Sommer zu Promenaden durch die Parks und Gärten Potsdams eingeladen. Doch auch im Herbst findet der Naturfreund hier Erholung. Ein Spaziergang von der Orangerie zum Cecilienhof führt durch den Neuen Garten. Das knapp 13 Hektar große Areal liegt im Norden Potsdams am Jungfernsee. Noch



Neuer Garten in Potsdam

als Kronprinz kaufte Friedrich Wilhelm (II.) den hier befindlichen Weinberg. 1787 begann er mit der Anlage des Neuen Gartens, der seinen Namen als Abgrenzung vom alten Barokkpark Sanssouci erhielt.

Der Wörlitzer Gärtner Johann August Eyserbeck realisierte die Umsetzung der an englischen Gärten orientierten Idealvorstellung Friedrich Wilhelms. Zwischen 1787 und 1792 entstanden auch Bauten im Neuen Garten wie etwa das Marmorpalais, die Orangerie oder die Grotte. 1816 überarbeitete Peter Joseph Lenné den Garten. Er bekam große Sichten und Wiesenräume und vor allem die Blickverbindungen zu den Nachbargärten. Trotz kleinerer Veränderungen zur Kaiserzeit und durch Rücknahme von Einbauten aus der Zeit der sowjetischen Nutzung (1945–1954) hat sich noch immer die von Lenné verwirklichte Grundstruktur bewahrt. Schloss Cecilienhof, 1913 bis 1917 für Kronprinz Wilhelm, Sohn von Kaiser Wilhelm II., erbaut, fügt sich harmonisch ein. Eine 13 Hektar große Fläche, die 1960–1990 als Grenzgebiet zerstört war, ist inzwischen wieder hergestellt worden. *spsg*

Leben lernen

Das SOS-Jahrbuch 2011 ist erschienen

Die letzten Schulkinder sind nach den großen Ferien wieder auf ihre Klassenbänke zurückgekehrt. Was in Deutschland eine Selbstverständlichkeit ist, muss in anderen Ländern erst erkämpft werden. Bildung ist in anderen Teilen der Welt ein Privileg für Wohlhabende. Noch immer gibt es Kinder, die keine Ahnung vom Lesen und Schreiben haben, die, um die Familie zu ernähren, in Fabriken oder auf Feldern arbeiten müssen. Unvergesslich die Fernsehbilder eines kleinen Jungen, der in einem indischen Steinbruch arbeiten musste. Die Organisation der SOS-Kinderdörfer hat mittlerweile weltweit auch knapp 200 SOS-Hermann-Gmeiner-Schulen ins Leben gerufen, an denen Kinder ohne Schulgeld unterrichtet werden. Die SOS-Familienhilfe unterstützt bedürftige Familien mit Schulstipendien. SOS engagiert sich auch beim Bau von Schulen in Gegenden, in denen es keine öffentlichen Bildungseinrichtungen gibt und fördert Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer und Kindergärtnerinnen an öffentlichen Schulen und Kindergärten. Dass Schule Freude bereiten kann, manchmal aber auch in Zwang ausartet, das erfährt der Leser des kleinen Jahrbuchs der SOS-Kinderdörfer für 2011. Darin haben Literaten wie die Nobelpreisträgerin Herta Müller unentgeltlich Texte zum Thema Schule zur Verfügung gestellt. Erstmals gibt es auch einen Vorabdruck eines Romans. „Schattenblüte" von Nora Melling wird im Rowohlt-Verlag am 1. November 2010 erscheinen. Aber auch Klassiker wie ein Ausschnitt aus Heinrich Spoerls „Feuerzangenbowle" finden sich neben kurzen Erfahrungsberichten über die Schularbeit der SOS-Kinderdörfer. Ob die Weisheit des Professors aus der „Feuerzangenbowle" allerdings stimmt, bleibt dahingestellt: „Met der Schole est es wie met einer Medizin – sä moss better schmekken, sonst nötzt sä nechts." *os*

Gratisexemplare des SOS-Jahrbuchs „Leben lernen" sind erhältlich bei SOS-Kinderdörfer weltweit, Ridlerstraße 55, 80339 München, oder im Internet www.sos-kinderdoerfer.de/publikationen

---

Vergessene Seemacht Preußen

Fregatte der kurfürstlichen Flotte hat jetzt im Ostpreußischen Landesmuseum festgemacht

Der Umbau der Dauerausstellung im Rahmen seiner großen Erweiterung hat im Ostpreußischen Landesmuseum noch nicht begonnen. Doch wichtige Lükken für die neue Dauerausstellung werden sukzessiv geschlossen. Neben der wichtigen Skulptur „Königin Luise und Napoleon in Tilsit 1807" des Bildhauers Gustav Eberlein konnte jetzt ein Modell der wichtigsten Fregatte der kurfürstlichen Flotte Friedrich Wilhelms („Große Kurfürst") für das Museum gewonnen werden, die für ein wichtiges, wenn auch heute wenig bekanntes Kapitel (ost-)preußischer Geschichte steht. Georg Mausolf, aus Johannisburg in Ostpreußen, gebürtiger Maschinenbaulehrer, hat in etwa 1560 Stunden das Modell der Fregatte im Maßstab 1:38, etwa 150 Zentimeter lang und 120 Zentimeter hoch, erbaut. Jede Einzelheit des filigranen Kunstwerks hat er in Handarbeit angefertigt. Seit Beginn des 17. Jahrhunderts herrschten die brandenburgischen Kurfürsten auch über das Herzogtum Preußen, aus dem später die Provinz Ostpreußen hervorgehen sollte. Die Landmacht Brandenburg erlangte so Seezugang.



Zweidecker „Friedrich Wilhelm" im Modell — Bild: OL

Angesichts der schwedischen Dominanz im Ostseeraum und der Seemächte Spanien, England und den Niederlanden mit ihren ungeheuren Gewinnspannen im Überseehandel verwundert es nicht, dass auch Brandenburg-Preußen eine Flotte, die „Kurbrandenburgische Marine", anstrebte. In der Regierungszeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. (1640–1688) gründete man im heutigen Ghana die Kolonie „Groß Friedrichsburg" ebenso wie nach holländischem Vorbild eine Handelsgesellschaft, die Brandenburg-Afrikanische Compagnie mit Sitz im ostpreußischen Pillau. Man versuchte sich wie die Niederländer und Engländer im sogenannten „atlantischen Dreieckshandel", bei dem man Waffen und einfachen Schmuck von Europa nach Afrika lieferte, dort Sklaven für die Karibik („Westindien") aufkaufte, um dort Rum und Zucker für Europa zu laden.

Schmuckstück und Flaggschiff der dafür benötigten Flottille war der Zweidecker „Friedrich Wilhelm" mit bis zu 250 Mann Besatzung beziehungsweise bis zu 60 Kanonen, der aufgrund seines Heckschmucks den Beinamen „zu Pferde" erhielt. Stapellauf der Fregatte war 1681 in Pillau. Nach erfolgreichem Verkauf hunderter westafrikanischer Sklaven in der Karibik geriet das Schiff am 31. Oktober 1693 in ein Seegefecht mit mehreren französischen Schiffen nahe Gibraltar, geriet in Brand und versank.

Der Seemacht Preußen war tatsächlich keine große Zukunft beschieden. Schon der Sohn des Großen Kurfürsten, König Friedrich I., löste die Flotte und die unrentable Handelskompanie auf. Mit dem „Soldatenkönig" Friedrich-Wilhelm I. endete dieser Teil der preußischen Geschichte endgültig: Der Kolonialbesitz wurde 1717 an die Niederlande verkauft. Der junge König setzte bekanntlich ganz auf die preußische Infanterie.

Der bedeutende Neuzugang befindet sich in der Historischen Abteilung des Ostpreußischen Landesmuseums im zweiten Obergeschoss und kann ab sofort bewundert werden. (Das Museum ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt kostet 4/3 Euro.) *OL*



Fehler aus »Kindertagen«

Analyse der Gründung Israels

Die erste Auflage des Textes „Die ersten Israelis – Die Anfänge des jüdischen Staates“ erschien bereits 1986. Dennoch ist diese Neuauflage noch immer brandaktuell und hochbrisant, weil sie sich mit den Problemen, Handlungen und Fehlern beschäftigt, die während der „Kindertage“ des jüdischen Staates auftraten beziehungsweise begangen wurden. Dabei setzt sich der jüdische Publizist und Historiker Tom Segev sehr kritisch mit Israels Geschichte auseinander. Als Quellen dienten ihm amtliche Dokumente aus Staats- und Zentralarchiven, der Israelischen Armee oder der Ben-Gurion-Stiftung.

Vier Themenbereiche prägen das Buch. Den Beziehungen zwischen Arabern und Israelis geht der erste Teil nach, der besonders das militärische Handeln in den Fokus stellt – die Vertreibung vieler Araber aus ihrer Heimat, Krieg um Landstriche, Friedensverhandlungen oder Waffenstillstand, Schikane gegenüber den Arabern, aber auch gegen Israelis.

Der zweite Teil widmet sich dem „Menschenkapital“ als militärischer und als wirtschaftlicher Zweck. Spannungen zwischen den Israelis der ersten Stunde und den Neuankömmlingen, der Mossad, die Landverteilung und das unterschiedliche „Menschenmaterial“ werden thematisiert. Kritik, „ob es richtig war, eine Million Dollar auszugeben, um zusätzliche Einwanderer ins Land zu holen, anstatt mit dem Geld das Schicksal derjenigen zu verbessern, die bereits im Land waren und in Lagern lebten“, wurde vermieden, zeigt aber ein grundsätzliches Problem: Es gab keinen erprobten Königsweg für die Neugründung eines (zionistischen) Staates. Primären Zielen wurde der Vorrang gewährt, ohne dabei auf Nachhaltigkeit zu achten; Lobbyarbeit verschlimmert die Situation.

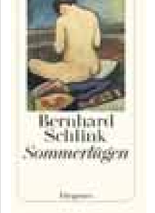
Der dritte Teil problematisiert das Verhältnis zwischen Orthodoxen und Säkularen besonders eindrücklich am Schulsystem, aber auch an Gewaltausschreitungen bei Sabbatverstößen.

Mit dem heute vorrangigen Problem beschäftigt sich der vierte Teil: Menschen aus aller Welt mit den unterschiedlichsten Gebräuchen, Traditionen und Eigenheiten, mit den verschiedensten Biographien und Vorstellungen treffen in Israel aufeinander. Dazu kommen noch politisch initiierte Ungerechtigkeit, unterschiedliche Bodenqualitäten und Militärgewalt. All diese Menschen mit ihren Hoffnungen und Wünschen sollen sich in kürzester Zeit zu einer homogenen Nation entwickeln, wobei selbst der Nationalgedanke nicht ausgereift ist, Hilfe von außen aufgrund von Spionageverdacht oft abgelehnt wird und vieles sich erst im Nachhinein „kristallisiert“.

Integration der Einwanderer verpasst

„Sie stritten, rangen mit sich, zögerten und änderten bisweilen ihre Meinung, hielten den eingeschlagenen Weg aber für den richtigen und gingen ihn in voller Zuversicht und Überzeugung weiter. Dafür sind sie zu beneiden“, schließt Segev sein beeindruckendes Buch, dem sich der Leser am besten mit einer Landkarte, einem kleinen Lexikon, einem Stück Mut und der Überzeugung annimmt, dass die Existenz des Staates Israel wünschenswert ist. Denn die geographischen Auseinandersetzungen lassen sich besser an einer Karte nachvollziehen, nicht jede politische oder religiöse Strömung wird erläutert oder ist gleich präsent, viele Passagen (besonders in den Berichten) sind erschreckend, und bis zum Schluss werden Handlungen, Überzeugungen, Reaktionen negativ charakterisiert. Berücksichtigt der politisch interessierte Leser diesen Rat, sollte ihn nichts an der Lektüre dieses lesenswerten Textes hindern. *Christiane Rinser*

***Tom Segev: „Die ersten Israelis – Die Anfänge des jüdischen Staates“** Pantheon, München 2010, kartoniert, 414 Seiten, 14,95 Euro*



Die Wahrheit hinter der Lüge

Bernhard Schlink bewegt mit sieben nachdenklich stimmenden Erzählungen

„Der Vorleser“ hat den deutschen Autor Bernhard Schlink weltberühmt gemacht und ihm zahlreiche Preise eingebracht. Doch auch die anderen Bücher des schreibenden Juristen und Professors belegen seine feine Beobachtungsgabe, sein Gespür für Atmosphäre und das bei ihm immer wieder in Worte gefasste Schweigen als literarisches Stilmittel. Auch sein vor zwei Jahren erschienener Roman „Das Wochenende“, in dem es um einen nach zwei Jahrzehnten aus der Haft entlassenen RAF-Terroristen geht, der massiv an Christian Klar erinnert, verknüpfte wie beim „Vorleser“ Zeitgeschichte und Zeitgeist mit individuellen Schicksalen. Die Hauptrolle vor dieser literarischen Leinwand spielen jedoch die zwischenmenschlichen Beziehungen, mit denen Schlink mehr zu fesseln mag als manch anderer Autor mit Mord und Totschlag.

In seinem neuen Erzählband „Sommerlügen“ bietet Schlink wieder höchste Spannung, mitreißende Atmosphäre und menschliche Dramen, die auf leisen Füßen daherkommen. So sieht ein erwachsener Mann im Kino den Film „Sunshine Cleaning“ und fühlt sich von dem Film inspiriert, sich seinem Vater endlich zu nähern. Er lädt ihn zu einem Bachkonzert nach Rügen ein und hofft, endlich mehr über seinen Vater zu erfahren. Doch der alte Mann erweist sich keinesfalls als auskunftsfreudig. Die Spannung zwischen den beiden steigert sich mit jeder Stunde, die sie miteinander verbringen, bis aller Frust aus dem Sohn herausbricht, doch auch das beeindruckt den Vater nicht, der nur verwundert meint, sein Sohn würde ihn doch kennen. Doch auf der Heimreise haben beide ein Schlüsselerlebnis.

Statt Verständnis erfährt der Todkranke Erkenntnis

Und dann ist da der todkranke Senior, der seine Krankheit aber für sich behält, um mit seiner Familie einen letzten unbeschwerten Sommer zu erleben, bevor er selbstbestimmt allein eine endgültige Entscheidung trifft. Doch sein Geheimnis bleibt nicht geheim und statt Verständnis zu erhalten, erfährt er Erkenntnis.

In einer weiteren der sieben Geschichten erkennt eine alte Dame, dass ihre unglückliche Liebesgeschichte aus Jugendjahren keineswegs so war, wie sie es sich über all die Jahre hat einreden wollen. Und ein Theater-Autor muss in „Die Nacht in Baden-Baden“ erfahren, dass das Verschweigen von Dingen zu Notlügen und Verletzungen führen kann, die genau das bewirken, was er mit dem Verschweigen verhindern wollte.

Schlinks Erzählungen enden nachdenklich, zum Teil sogar offen. Viele der Situationen, in denen seine Figuren sich befinden oder verstricken, hat man in irgendeiner Form schon selbst erlebt oder aus seinem Umfeld erfahren. Natürlich steht am Ende jeder Episode auch eine „Moral der Geschichte“, doch der Autor nötigt sie seinen Lesern nicht auf, sie schwingt vielmehr sanft zwischen den Seiten mit.

„Sommerlügen“ ist erneut ein absolut lesenswertes Schlink-Buch! *Rebecca Bellano*

***Bernhard Schlink: „Sommerlügen“**, Diogenes, Zürich 2010, gebunden, 279 Seiten, 19,90 Euro*



Zahlmeister mit Scheuklappen

»taz«-Autorin beklagt »Selbstbetrug der Mittelschicht«

„Die Reichen rechnen sich arm, während die Armen reich gerechnet werden. Damit verkehrt sich die Wahrnehmung, was eigentlich Ausplünderung ist.“ Derart pointiert beschreibt die Wirtschaftskorrespondentin der „taz“, Ulrike Herrmann, in ihrem neuen Buch engagiert eine jahrzehntelange Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft. „Hurra, wir dürfen zahlen – Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ heißt der provokante Titel. Herrmanns Buch hat Pamphletcharakter, fußt aber auf Fakten und wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Sie hält die Selbstwahrnehmung des Mittelstands für fatal, ist Ersterer doch bekanntlich Zahlmeister der Nation – aber eben ein Zahlmeister mit Scheuklappen. Diese Scheuklappen in Form des Selbstbetrugs, „zu denen da oben zu gehören“, obwohl man „für die da unten“ zahlt, während „die da oben“ in Ruhe gelassen werden, möchte sie wegreißen. Bereits ein Blick in das Inhaltsverzeichnis ist dazu angetan, Unmut zu erzeugen: „Den Vermögenden gehört fast alles in Deutschland – Die Eliten bleiben unter sich – Die Reichen rechnen sich arm – Die Mittelschicht schrumpft – Die Wut über die Manager – Die Armen sind alle Betrüger: über ‚Florida-Rolf‘ und ‚Karibik-Klaus‘ – Firmenerben entrichten keine Erbschaftssteuer mehr – Wie die Mittelschicht für die Armen zahlt“.

Krankenversicherung im Visier

Die linke Autorin prangert die Duldsamkeit der hart arbeitenden Mittelständler an, die sich von Slogans wie „mehr Netto vom Brutto“ beeindrucken ließen. Klaglos sähen diese zu, dass die sogenannten Eliten weniger Steuern zahlen und wählten immer wieder Politiker, deren wirtschaftspolitische Entscheidungen diese Tendenz weiter verfestigen. Zwar wird kräftig über die Managergehälter geschimpft, doch über den Verbleib der satten Firmengewinne wird kaum nachgedacht. Indessen schrumpft der Mittelstand, verfügen die Empfänger mittlerer Einkommen, bedingt durch direkte und indirekte Besteuerung sowie ein sinkendes Lohnniveau, über ein immer geringeres Ausgabenpotential. Ein Übel seien auch die Sozialversicherungen, so die Autorin, wobei sie die gesetzliche Krankenversicherung ins Visier nimmt (Stichwort „Beitragsbemessungsgrenze“): „Das deutsche System ist nicht progressiv, sondern regressiv, und damit recht einzigartig auf dieser Welt.“

Sie fordert, der Mittelstand müsse sich zuerst einmal vom Glauben an Chancengleichheit verabschieden. Die Eliten bilden eine geschlossene Gesellschaft, „Kinder aus gutem Hause“ heiraten mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen Partner aus ärmlichen Verhältnissen. Fazit: „Aschenputtel ist heute mehr denn je ein Märchen.“ Weiter heißt es: Verblüffend sei der Umstand, dass sich bei uns die meisten nach wie vor beinahe wohlhabend fühlen, himmelweit entfernt jedenfalls von der Bedürftigkeit, sprich: den Suppenküchen.

Was aber empfiehlt sie – eine Abkehr vom Kapitalismus? Weit gefehlt. Sie erinnert an die positive Wirkung des New Deal in den USA seit 1933 unter dem demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Damals lag der Spitzensteuersatz bei 91 Prozent, während die Besteuerung der Unternehmen von 14 auf 45 Prozent anstieg. Am Ende gehörten fast alle der Mittelschicht an; dies betraf allerdings überwiegend die weiße Bevölkerung. Erst Ronald Reagan begann wieder mit der systematischen Entlastung der Spitzenverdiener. Bei dem Rückgriff auf die Geschichte stellt sich jedoch die Frage: Welchen Effekt hätte eine Umverteilung heute angesichts der globalisierten Strukturen?

Hermanns Fazit: Es täte allen, auch der Wirtschaft gut, „wenn ein starker Staat Krisen ausgleicht und dafür sorgt, dass möglichst alle Schichten am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand teilhaben.“ *Dagmar Jestrzemski*

***Ulrike Herrmann: „Hurra wir dürfen zahlen – Der Selbstbetrug der Mittelschicht“**, Westend Verlag, München 2010, geb., 224 Seiten, 16,95 Euro*



Hitler, Stalin, Berija, Benesch, Gomulka und Co.

»Lexikon der Vertreibungen« bietet eine gute Übersicht – Idee der ethnisch »reinen« Nationalstaaten setzte sich um 1918 durch

„Zu Beginn des nationalen Zeitalters noch als unmenschlich abgetan, gehörten Aus- und Umsiedlungen am Ende des 19. Jahrhunderts bereits zum Instrumentarium der europäischen Politik.“ So schreibt der Tübinger Historiker Mathias Beer in seinem Beitrag im „Lexikon der Vertreibungen“. In der Tat: Kaum eine Zeit vor dem 20. Jahrhundert hat derart massenhaft Vertreibungen, Deportationen, Flucht sowie letztlich auch Tod und Ermordung gesehen.

Das gut 800 Seiten starke „Lexikon der Vertreibungen“ wurde mit Unterstützung staatlicher Stellen in Deutschland und Österreich von den Historikern Detlef Brandes (Düsseldorf), Holm Sundhausen (Berlin) und Stefan Troebst (Leipzig) in Verbindung mit Kristina Kaiserová aus Tschechien (Aussig) und Krysztof Ruchniewicz (Breslau) erarbeitet. Die rund 300 Beiträge wurden von 122 Autoren geschrieben, zwei Drittel von ihnen aus dem deutschsprachigen Raum, die meisten anderen aus Ost- und Südosteuropa. Das Ergebnis dieser jahrelangen Arbeit ist ein ebenso beeindruckender wie bedrückender Überblick über das, was sich die europäischen Nationen in Hass und Verblendung gegeneinander und auch untereinander angetan haben.

Europa voller Hass und Verblendung

Die Texte sollen gleichermaßen Bestandsaufnahme als auch Quellen sein. Die Schlagworte sind, grob gesagt, in vier Kategorien unterteilt: Zum einen werden betroffene Völker und Nationalitäten genannt, was von Finnland und dem Baltikum wie selbstverständlich über Deutschland und Polen zum Balkan und zur Türkei (Armenier, Griechen) reicht. Zweitens werden die wichtigsten Protagonisten wie Hitler und Himmler, Stalin, Berija, aber auch Benesch, Gomulka oder Nansen (Nansenpass in den 20er Jahren!) vorgestellt, drittens einzelne Aktionen wie das Massaker von Aussig vom Juli 1945, der Brünner Todesmarsch oder Flucht und Vertreibung der ostpreußischen Bevölkerung ab Ende 1944 bis zur Ausweisung der letzten Königsberger 1948.

Die umfangreichste und wichtigste Gruppe der Schlagworte sind Grundbegriffe, die den Aspekt von Flucht und Vertreibung in denkbarer Breite ausleuchten. Das reicht von „Asyl“ und „Genozid“ bis zu „Heimatvertriebenen“, „Repatriierung“, „Souveränität“ und „Vertreibung“ selbst. Die Kriege auf dem Balkan vor 1914, der griechisch-türkische Krieg nach 1918 oder die beiden Weltkriege werden jeweils unter dem besonderen Aspekt von Deportation, Vertreibung, Haft und Terror aufgeführt. Das System der Vernichtungslager des NS-Regimes ist ebenso ausführlich dokumentiert wie die massenhaften Deportationen innerhalb der Sowjetunion (zwischen 1920 und 1952 etwa zwölf Millionen Menschen), der Mord an den Armeniern 1915 und der brutale „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Griechen und Türken 1923.

Der Gedanke, ethnisch „reine“ Nationalstaaten zu schaffen – das Wort „ethnische Säuberungen“ gehört heute zum international gebräuchlichen Wortschatz –, hatte sich nach 1918 immer stärker durchgesetzt. Ethnische Minderheiten galten oft als Feinde der Majorität im Staat und im Falle kriegerischer Konflikte als „Kollaborateure“ mit dem Feind. Das Abkommen von Lausanne von 1923 über den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechen und Türken stellte gleichsam die Weichen; die Sowjetunion gegenüber ihren kleineren Nationalitäten und die Nationalsozialisten in ihrem Rassenwahn gegenüber den osteuropäischen Völkern hielten sich dann an keine völkerrechtlichen Regelungen mehr, sondern verfuhren bei Deportation, Vertreibung und Mord brutal nach eigenem Ermessen.

Von Vertreibungen bis hin zu Mord

1945 schlug das Pendel furchtbar auf die Deutschen im Osten zurück. Es ist eine makabre Liste an Wörtern, die dafür gefunden wurden: Absiedlung, Entmischung, Entwirrung, gereinigte Nation, Verschleppung, Hinausführung, Umvolkung, Zwangsemigration – rundweg Ausdrücke, die in das „Wörterbuch des Unmenschen“ passen und nur schlecht den dahinter stehenden Terror verbergen.

In jüngster Zeit hat es vermehrt wichtige Darstellungen zu Flucht und Vertreibung gegeben. Dieses Lexikon dürfte für längere Zeit eine Summe der einschlägigen Forschungen darstellen. Wollte man kritteln, könnte man den etwas zu intensiven Gebrauch von Abkürzungen monieren, ferner dass die Charta der Vertriebenen nur en passant erwähnt wird, vor allem aber, dass jegliches Kartenwerk fehlt; das wäre gerade in den Beiträgen zum Balkan oder zur Kaukasusregion überaus hilfreich gewesen. *Dirk Klose*

***Detlef Brandes, Holm Sundhausen, Stefan Troebst (Hrsg.): „Lexikon der Vertreibungen – Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts“**, Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar 2010, gebunden, 801 Seiten, 79 Euro*



Elch als Plüschtier

Der Elch ist kuschelweich und bestens zum Spielen geeignet.
Maße des Elchs (Länge x Breite x Höhe in cm): 44 x 30 x 36
Aufwendige Handarbeit aus den Werkstätten der Kösener Spielzeug Manufaktur GmbH
Der Elch ist per Handwäsche bei 30°C waschbar.

Best.-Nr.: 6992

€ 147,-



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Sommer in Ostpreußen 1942

Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich", wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

DVD

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



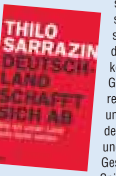


Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50



Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

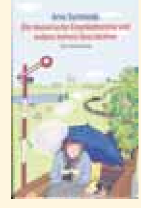
THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB



Wie wir unser Land aufs Spiel setzen
Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

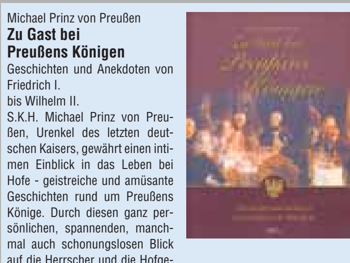


Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000, € 19,95



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

Michael Prinz von Preußen
Zu Gast bei Preußens Königen
Geschichten und Anekdoten von Friedrich I. bis Wilhelm II.
S.K.H. Michael Prinz von Preußen, Urenkel des letzten deutschen Kaisers, gewährt einen intimen Einblick in das Leben bei Hofe - geistreiche und amüsante Geschichten rund um Preußens Könige. Durch diesen ganz persönlichen, spannenden, manchmal auch schonungslosen Blick auf die Herrscher und die Hofgesellschaften im Wandel der Zeiten ist ein anschauliches Panorama der preußischen Monarchie entstanden.



Geb., mit Schutzumschlag, 144 Seiten, Format 23 x 29 cm
Best.-Nr.: 7019, € 16,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



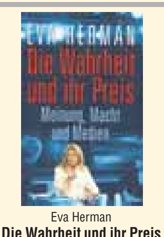
David Priestland
Weltgeschichte des Kommunismus
Das Standardwerk über den Kommunismus
Der Kommunismus war die wohl prägendste politische Kraft des 20. Jahrhunderts. Doch wie gelang es einer Idee, die erstmals in den Wirren der Französischen Revolution Form gewann, auf der Höhe ihrer Macht mehr als ein Drittel der Welt zu beherrschen? David Priestland erzählt die Geschichte vom Aufstieg und Fall des Kommunismus und erklärt, warum diese utopische Idee, die so viel Leid und Gewalt über die Menschheit brachte, auf der ganzen Welt glühende Anhänger fand – und auch heute wieder an Einfluss gewinnt. Im November 1989 läutete der Fall der Mauer das Ende der Sowjetunion ein und zugleich, so schien es, auch das Ende der kommunistischen Idee. Zweihundert Jahre nachdem in Frankreich das erste Mal ein Volk gegen ein feudales Regime revoltiert hatte, schien die Niederlage des Kommunismus besiegelt zu sein. Doch statt auf dem »Müllhaufen der Geschichte« zu landen, erlebt die kommunistische Idee nicht erst seit der weltweiten Finanzkrise eine Renaissance. David Priestland zeichnet den Aufstieg und Fall des Kommunismus nach und wirft einen frischen Blick auf jene politische Idee, die den Verlauf der vergangenen zwei Jahrhunderte so stark geprägt hat wie keine andere. Er folgt dem Siegeszug des Kommunismus rund um den Erdball, von der Französischen Revolution bis zur Russischen Revolution 1917, von Dschungel Lateinamerikas bis in ostdeutsche ZK-Sitzungen. Dabei porträtiert Priestland die großen kommunistischen Vordenker wie Marx, Lenin, Stalin, Mao, Che Guevara und Gorbatschow und ergründet zugleich, was Millionen von Menschen auf der ganzen Welt an dieser Utopie faszinierte.

Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 784 Seiten
Best.-Nr.: 7018





Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.
Armut ist für alle da - die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Gebunden, 372 Seiten
Best.-Nr.: 7003, € 19,95



Eva Herman
Die Wahrheit und ihr Preis
Wie viel Meinungsfreiheit und Toleranz gegenüber Andersdenkenden gibt es in den deutschen Medien?
Geb., 281 Seiten
Best.-Nr.: 6945, € 19,95



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95



Thorsten Hinz
Die Psychologie der Niederlage
Über die deutsche Mentalität
Geb., 208 S., geb.
Best.-Nr.: 7004, € 19,80



Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95

Ostpreußen- Fleecejacke
Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße: Breite 4,5cm Höhe: 5cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.



Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008
Größe M, Best.-Nr.: 7009

je € 54,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



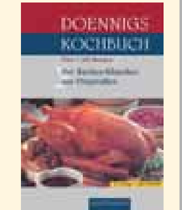
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

statt € 7,00 nur noch € 3,95

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



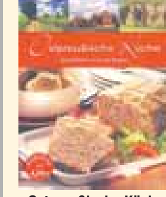
Herma Kennel
BergersDorf:
Gewidmet allen unschuldigen Opfern politischer Gewalt in Böhmen und Mähren
Geb., 351 Seiten
Best.-Nr.: 7005, € 19,90



Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



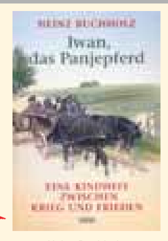
Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

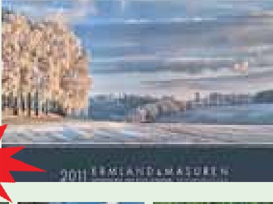


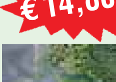
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

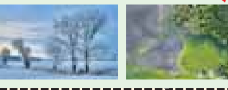
Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

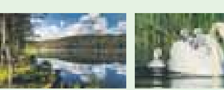
Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Sprialbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm
Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989













Elchschaufel-Polo-Hemd

Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung, 100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL, Best.-Nr.: 6971

je € 22,95

Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Rob Riemen
Adel des Geistes
Ein vergessenes Ideal
Adel des Geistes bezeichnet eine Haltung, die Bildung mit gesellschaftlichem Engagement verbindet. Sie war in der Vergangenheit das Merkmal herausragender Denker und ist heute, angesichts vielfältiger sozialer, ökonomischer und politischer Herausforderungen, aktueller denn je. Rob Riemens international gefeiertes Buch zeigt uns, wie wir dieses vergessene Ideal für unser heutiges Leben fruchtbar machen können. Rob Riemen plädiert für eine Rückkehr zu den zentralen Idealen der westlichen Kultur.
Gebundenes Buch, mit Schutzumschlag, 160 Seiten
Best.-Nr.: 7020



€ 16,95



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

38/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Roma bleiben in Deutschland

Düsseldorf – Massenabschiebungen von Roma werde es in Deutschland nicht geben, so der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) im Hinblick auf jüngste Aktionen Frankreichs. Von 12000 kosovarischen Roma (davon 3700 in NRW), die nach einem deutsch-kosovarischen Vertrag ausreisepflichtig sind, mussten im ersten Halbjahr somit nur 87 Deutschland verlassen. Auch künftig will Jäger unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten darauf achten, dass es bei Rückführungen zu keinen Härten komme. *H.H.*

Wilders bestätigt Berlin-Besuch

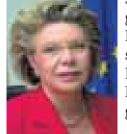
Den Haag – Der niederländische, islamkritische Politiker Geert Wilders hat bestätigt, dass er am 2. Oktober auf Einladung von Parteigründer René Stadtkewitz in Berlin sprechen werde. Er käme selbst dann, wenn dadurch die wiederaufgenommenen Tolerierungsverhandlungen mit Rechtsliberalen und Christdemokraten unterbrochen würden. *H.H.*

ZUR PERSON

Mit Brüssel fest verwachsen

Würden Politiker nach der Fülle der Schlagzeilen bewertet, die sie erzeugen, wäre der September für die EU-Kommissarin **Viviane Reding** ein erfolgreicher Monat. Erst sorgte sie für Verwunderung, weil sie EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso eine teure Image-Kampagne mit Rund-um-die-Uhr-Berichterstattern empfahl, dann, weil sie Europas Unternehmen eine Frauenquote vorschreiben wollte, und nun, weil sie die französische Roma-Politik mit Verschleppungen im Zweiten Weltkrieg in Verbindung brachte.

Nein, sie selbst sei absolut keine Quotenfrau, versicherte die luxemburgische Christdemokratin, als sie mit der Frauenquote drohte. Wer allerdings in ihren Lebenslauf blickt, entdeckt, dass der damalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi 1999 durchaus froh war, in ihr eine Frau zu haben, die in der Brüsseler Altherrenriege einen weiblichen Akzent setzen konnte. Er machte die ehemalige Journalistin des „Luxemburger Wortes“, die seit 1989 als Abgeordnete im EU-Parlament saß, zu seiner Kommissarin für Bildung und Jugend.



Die 1951 in Esch nahe der französischen Grenze geborene Kommunikationswissenschaftlerin hat in Paris an der Sorbonne studiert. Doch obwohl ihr die französische Sprache leicht von der Zunge geht, besteht sie darauf, auch nach all den Jahren in Brüssel Luxemburgerin und somit pragmatisch zu sein. Auf jeden Fall kann sich die geschiedene dreifache Mutter schnell in Themen einarbeiten.

Reding ist die dienstälteste EU-Kommissarin, da schon seit elf Jahren in Amt und Würden. Nur die Ressorts wechselten. Nach „Bildung und Jugend“ folgte „Medien und Informationsgesellschaft“ und nun „Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft“. Seit Anfang des Jahres ist die streitbare Dame sogar Vizepräsidentin der Kommission. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Mehr Quoten!

Wie der Staat zu unserem Geld kommt, was sich hinter »hervorragenden Beziehungen« verbirgt, und was Frau Reding als nächstes macht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da sind sie endlich: Heftig hat Deutschland darum gerungen, auch ein paar Guantánamo-Häftlinge abzubekommen. Nun hat man uns zwei überlassen. Jetzt zeigen wir mal, was integrationspolitisch in uns steckt. Es werden weder Kosten noch Mühen gescheut: Der staatenlose Palästinenser Ayman Muhammad Ahmad S. kam Ende vergangener Woche in Hamburg an. Dort erwartete ihn sein persönlicher Betreuer, außerdem eine Wohnung, Sozialhilfe und die Aussicht, über das zunächst genehmigte Jahr hinaus in Deutschland bleiben zu dürfen.

Hamas-Aktivist S. wollte eigentlich in den Heiligen Krieg gegen die Amerikaner ziehen und Ungläubige erschießen. Dazu kam er aber aufgrund unglücklicher Umstände nicht: Die Amis nahmen ihn 2002 fest, bevor er loslegen konnte. Nun möchte sich der 34-Jährige in Hamburg niederlassen und „soziale Kontakte knüpfen“, wie verlautbart wird. Was für „Kontakte“ er anstrebt, dafür interessiert sich niemand so sehr wie Hamburgs Innensenator Heino Vahldieck. Der Christdemokrat will den Guantanamero in „enge Manndeckung“ nehmen, sprich: Rund-um-die-Uhr-Überwachung. Nachdem vor vier Jahren ein in NRW lebender Islamist in den Verdacht geriet, während der Fußball-WM einen Anschlag verüben zu wollen, waren 24 Beamte nur damit beschäftigt, den Mann rund um die Uhr im Auge zu behalten. Vahldiecks Engagement wird daher bei Hamburgs Polizisten, die gerade gegen schmerzhafte Kürzungen und quälende Personalnot auf die Straße gehen, einen sagenhaften Eindruck machen: Die deutsche Politik versteht es eben, Prioritäten zu setzen!

Das erleben auch die Berliner, die in ihren Stammlokalen von „Zweierteams des Ordnungsamtes“ heimgesucht werden, die nach Aschenbechern fahnden, um das gesundheitsschädliche Rauchen zu bekämpfen. Draußen vor der Tür gehen derweil die zwölfjährigen Drogendealer ihren Geschäften nach, bei denen ihnen die Staatsmacht zuguckt. Aber warum sollte sie da auch eingreifen? Bei dem strafunmündigen Dealer kann sie ja nicht mal ein Bußgeld eintreiben. Den Wirt der Schwarzraucher-Kneipe hingegen kann man saftig zur Ader lassen. Aus demselben Grund ist das Falschparker-Abkassieren auch viel attraktiver für den Staat als Beamte einzustellen, die die Wagen nachts vorm Abfackeln bewahren.

Allerdings schlagen die Bürger dem Apparat häufig ein Schnippchen, indem sie sich dreist an die Regeln halten und so kaum zu schröpfen sind. Doch dagegen hat man in Sachsen einen Trick entwickelt: Entwerfe Vorschriften, die derart idiotisch und unglaublich sind, dass kein Bürger außerhalb geschlossener Einrichtungen auf die Idee käme, dass sie existieren. Zunächst halte sie ein paar Jahre geheim, bis ordentlich dagegen verstoßen wurde, und dann schlage zu: Das Finanzamt Plauen hat einem Imbissbetreiber 38000 Euro Steuernachzahlung aufgebrummt, weil seine Portionen zu groß seien und sein Hawaii-Schnitzel obendrein zwei statt einer Scheibe Ananas aufweise und eine geschmolzene Käsescheibe, die dort im Sinne der Verordnung nichts zu suchen habe. Das meldet die „Sächsische Zeitung“ (am 15. September, nicht am 1. April). Hilflos barmt der Imbissmann um sein finanzielles Überleben: Er koche für Arbeiter, die benötigten mehr Kalorien als Finanzbeamte. Keine Chance, der sitzt in der Falle!

> **38000 Euro Strafe für fehlerhafte Hawaii-Schnitzel: Ein Staat setzt Prioritäten**

Wenn der Hamburger Therapeut mit seinem Hamas-Schützling durch ist, sollte er mal im Plauener Finanzamt vorbeischauen. Da gäbe es einige Fälle für einen robusten Seelendoktor, der krasse Herausforderungen nicht scheut.

Deutschland braucht sowieso viel mehr Therapeuten. Denken wir nur an all die verkrachten Paare! Nach außen halten sie die gutbürgerliche Fassade aufrecht und loben auf Partys ihre „hervorragende Beziehung“. Doch kaum zu Hause, geht's rund. Da drangsaliert der eine Partner den anderen aufs Übelste. Und wenn der Gepiesackte auch nur ein bisschen zurückkeilt, dann gibt's erst richtig Dresche, solange, bis er sich kleinlaut entschuldigt. Was das Skurrilste ist: Der, der ständig austeilt, spielt dabei meist den ewig Gekränkten, während die andere Hälfte sich von einem Schuldgefühl ins nächste windet.

Meist bemerken wir Außenstehenden das Drama gar nicht. Erst dieser Tage wieder beschworen alle die „hervorragende Beziehung zwischen Polen und Deutschland“, die bei Lichte genauso funktioniert wie diese Sado-Maso-Tragödien hinter den hübschen Gardinen: Der eine hat jederzeit das Recht, gekränkt zu sein und teilt derbe aus. Dem anderen bleibt nichts übrig, als demütig einzustecken und seine ewige Schuld zu bekennen. Muckt er mal auf, muss er umgehend bereuen wie nun Frau Steinbach. Doch selbst das bringt ihm außer einer gönnerhaft hingeschleuderten Viertel-Absolution nichts ein. Wenn überhaupt.

Polen beklagen sich übrigens hin und wieder darüber, dass ihr Land in Deutschland weitaus weniger Interesse und Beachtung finde als Deutschland bei den Polen, sprich: Viel zu viele Deutsche vernachlässigen unsere „hervorragende Beziehung“! Nun ja, bei dieser Rollenverteilung irgendwie nachvollziehbar.

Doch im „gemeinsamen Haus Europa“ kann man sich nicht einfach ignorieren, selbst wenn Nicolas Sarkozy das mit EU-Kommissarin Viviane Reding am liebsten getan hätte. Nachdem sie ihm mit dem Zweiten Weltkrieg gedroht hatte, lief das aber nicht mehr. Sie erinnern sich: Es geht um eine Gruppe bulgarischer und rumänischer Roma, die Paris gerne wieder los wäre, was Frau Reding an die Deportationen zur Zeit des Krieges erinnert hat. Die Replik Sarkozys, die Kommissarin könne die Zigeuner gern bei sich zu Hause in Luxemburg aufnehmen, hat in dem kleinen Großherzogtum für einigen Wirbel gesorgt. Die Bemerkung des Franzosen sei „boshaft“, zischte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Die EU fordert Frankreich und die anderen europäischen Länder auf, sich menschenverachtende Ausweisungen aus dem Kopf zu schlagen und stattdessen endlich mehr für die Integration der Roma zu tun. Doch wenn die sich gar nicht integrieren lassen wollen? Dann müssen wir eben noch mehr für ihre Integration tun. Und wenn die es dann immer noch nicht wollen? Dann noch, noch, noch mehr! Immer weiter!

Moment mal, wollen die uns verkaspern? Aber mitnichten: Nur fällt Brüssel aus Gründen der guten Gesinnung leider nichts anderes ein als immer mehr vom Immergleichen zu fordern.

Viviane Reding ist das schon irgendwie unangenehm, weshalb sie gern das Thema wechselt und nun eine Frauenquote in den Chefetagen von Europas Unternehmen fordert. Mindestens 30 Prozent soll dort weiblich besetzt sein, weil Frauen benachteiligt werden. Nur Frauen? Forscher haben ermittelt, dass Glatzköpfe weniger Chancen haben als Vollschöpfe, weil die intakte Haarpracht auf dem Bewerbungsfoto den Eindruck von Jugend und Frische vermittle. Der Verfasser dieser Zeilen, am Scheitel selber schon reichlich verödet, fordert daher eine Quote für die von der Natur Gemähten.

Quoten sind die beste Medizin gegen Diskriminierung. Denn wo freie Wahl herrscht, wird immer diskriminiert. Man kann ja nicht alle wählen. Wenn wir die europäischen Gesellschaften durchquotiert haben, gilt es daher, endlich das EU-Parlament diskriminierungsfest zu machen, ergo: die Sitze dort nach Quoten an die Parteien zu vergeben. Dabei sollte man auch der europäischen Jugend, den Gewerkschaften sowie unseren Sportlern und Kulturschaffenden eine fixe Zahl von Plätzen in der Europäischen Bevölkerungenkammer reservieren. Frau Reding könnte so ihr Lebenswerk würdig krönen. Und sie müsste diese Reform nicht mal neu erfinden. Schließlich staubt in unseren Archiven noch die Verfassung eines deutschen Staates vor sich hin, in dem das alles in ihrem Sinne geregelt war.

Der 500. Pannonicus

Als im Juni 2000 in dieser Zeitung ein Gedicht von einem Autor namens „Pannonicus“ erschien, hätte niemand – auch nicht der Autor selber – geahnt, dass daraus eine Art Markenartikel der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, eben „der Pannonicus“, werden könnte. Das Pseudonym sollte einen zwar richtigen und doch etwas irreführenden Hinweis geben, denn wer denkt schon daran, dass die Garnison Vindobona (Wien) einst zur römischen Provinz Pannonia gehörte, die sonst vor allem das heutige Ungarn umfasste?

Aber schon bald hatten einige Leser richtige Vermutungen und endgültig „enttarnt“ wurde Pannonicus dann durch das Gedicht „Höhere Finanzmathematik“. Es erschien hier erstmalig im September 2008, wurde im Internet unzählige Male fälschlicherweise als Werk von „Kurt Tucholsky“ verbreitet und auch von teils sehr Prominenten als solches zitiert – die sich damit allesamt blamierten. Medien, die bisher die *PAZ* ignoriert hatten, waren gezwungen, uns zur Kenntnis zu nehmen, und auch im Internet sind Hinweise auf die *PAZ* viel zahlreicher geworden. Den 500. Pannonicus in dieser Ausgabe nehmen wir zum Anlass unserem verdienten Autor Dr. Richard G. Kerschhofer, der sonst vor allem über den Nahen Osten und natürlich über Österreich für uns schreibt, auch im Namen unserer Leser herzlich zu danken. *PAZ*

An den Spaß

Wie zu lesen, war die Ode
erst der Freiheit zugedacht –
nur warum hat der Rhapsode
„An die Freude“ draus gemacht?

Immer schon galt freies Streben
als politisch nicht korrekt,
und so hat der Dichter eben
– freudlos wohl – zurückgesteckt.

Nie hat er zudem erfahren,
dass ein anderes Genie
dem Gedicht in späten Jahren
ungeahnten Klang verlieh:

Fulminant ist das Finale,
das des Meisters Neunte krönt
und uns hier im Jammertale
wenigst kurze Zeit versöhnt.

Nun, auch dieser Töne Vater
nahm den Geist der Zeit in Kauf
und er trat – das war probater –
anfangs meist als Luigi auf.

Seine Dritte hat er heiter
gar dem Korsen dediziert,
dann indes – bereits gescheiter –
diese Widmung ausradiert.

Aber kann den Wert es schmälern,
dass ein Werk wem dienlich war?
Spätgeborenen Krakeelern
scheint's in manchen Fällen klar.

Denn was vor ein paar Dekaden
wer im falschen Lande schuf,
gilt für sie als schuldbeladen
und ist in ewig in Verruf.

Doch zurück zu jener Weise,
die so gut wie jeder kennt
und zum Heil gewisser Kreise
jetzt Europa-Hymne nennt.

Text natürlich singt man keinen
– deutsches Wort ist nicht genehm –
und der Freiheit, die sie meinen,
fehlt die Freude außerdem.

Spaß und Fraß nur ist, was oben
man für die da unten ließ –
was bei Juvenal gehoben
panem et circenses hieß.

Und ein Chor gekaufter Barden
singt die Ode an den Spaß:
Seid verschlungen, Milliarden,
ohne Scham und ohne Maß!

Pannonicus